

Wolke

WAHLPROGRAMM

BERLIN 2021

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

WARUM TRITT EINE EUROPÄISCHE PARTEI IN BERLIN AN?

Menschen aus ganz Europa haben entschieden, dass es Zeit ist, für gemeinsame Überzeugungen einzustehen und über nationale Grenzen hinaus zu handeln. Aus diesem Gedanken heraus gründete sich Volt. Seitdem wächst die Bewegung in allen europäischen Ländern, Regionen und Städten. Seit letztem Jahr sind wir auch als Landesverband in Berlin vertreten.

WIR SETZEN UNS EUROPaweIT EIN FÜR:

besseren
Klimaschutz

soziale
Gerechtigkeit

nachhaltige
Wirtschaft

stärkere
Bürger*innen
Beteiligung

digitalen
Fortschritt

eine gemeinsame
europäische
Demokratie

Dafür arbeiten Volt-Teams aus vielen Nationen zusammen, unterstützen sich gegenseitig und gestalten so Politik über Ländergrenzen hinweg.

Davon wird Berlin profitieren, denn der Blick zu unseren europäischen Nachbar*innen lohnt sich: Überall in Europa existieren bereits kreative Lösungen für lokale Herausforderungen, sogenannte »Best Practices«. In Berlin setzen wir uns ein für mehr gemeinwohlorientierten Wohnungsbau wie in Wien, digitale Behördengänge wie in Schweden, Verkehrsberuhigung wie in Barcelona oder lebenslanges Lernen wie in Estland.

Volt versteht sich dabei als Gegenentwurf zum Populismus: Auf komplexe Fragen wollen wir mit sorgfältig erarbeiteten Lösungen antworten und so eine lösungsorientierte und evidenzbasierte sowie eine pragmatische und zukunftsgerichtete Politik etablieren. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir uns als junge Partei für dieses Berliner Wahlprogramm fünf Schwerpunkte gesetzt: Digitalisierung, Verwaltung, Bildung, Wohnen und Mobilität. Unser Wahlprogramm wurde von motivierten Freiwilligen verfasst, in Kooperation mit Expert*innen, Fachkräften, und zivilen Organisationen. Daraus entstanden ist eine Vision für unsere Stadt - **von Berliner*innen für Berliner*innen.**

Viele Herausforderungen unserer Stadt sind nur gemeinschaftlich deutschland- und europaweit zu lösen. Wir empfehlen daher zusätzlich die Lektüre unseres Wahlprogramms zur Bundestagswahl, welches ab Anfang Juni auf voltdeutschland.org zu finden ist.

VOLT - DEINE STIMME FÜR BERLIN UND EUROPA!

Sprache

Volt Berlin verwendet in diesem Wahlprogramm eine weitgehend neutrale oder geschlechter-inklusive Sprache, so werden Lehrer zu Lehrkräften (neutral) oder zu Lehrer*innen (geschlechter-inklusiv). Auch werden wir »Menschen mit Be_hinderung« schreiben, um aufzuzeigen, dass Menschen oft durch Hürden von außen behindert werden. Dies soll sich auch im Wort selbst widerspiegeln. Wir erkennen alle Familien und Erziehungskonstellationen gleichermaßen an und schreiben daher »Erziehungsberechtigte« statt »Eltern«. Wir sind uns bewusst, dass der Begriff »Menschen mit Migrationshintergrund« mit vielen negativen Assoziationen behaftet ist. Leider sind Alternativen jedoch noch nicht weit verbreitet und zu ungenau, daher werden wir den Begriff vorerst weiterhin verwenden.



Symbole

Europäische Lösungsansätze und Gewährleistung eines effektiven Klimaschutzes ziehen sich durch alle Themengebiete. Diese sind deshalb in unserem Wahlprogramm mit Symbolen hervorgehoben.



*Der Text des Wahlprogramms entspricht der
Beschlussfassung vom 10. April 2021*

MEHR EUROPA LEBEN

- 8 Mehr Austausch und Engagement auf europäischer Ebene**
- 8 Rechte europäischer Bürger*innen in Berlin stärken**
 - Wahlrecht für alle EU-Bürger*innen
 - Erfolgreich Ankommen durch Welcome Desks
- 9 Ein klares Bekenntnis zu Europa in der Berliner Verfassung**
- 10 Den Europatag begehen**
- 10 Das Engagement europäischer Bürger*innen unterstützen**

EINE AKTIVE STADT DURCH DIGITALISIERUNG

- 12 Digitalen Fortschritt nutzen und vorantreiben**
 - Smart City Berlin
 - Innovative Technologien entwickeln und einsetzen
- 13 Der Standort Berlin als Erfolgsfaktor für Start-ups**
 - Schnelles Gründen durch den Abbau von Hürden
 - Berlin als weltoffene Start-up-Metropole mit enger europäischer Anbindung
 - Unterstützung der Berliner Start-up-Community
- 16 Schnelles Internet in jedem Haushalt**
 - Einfacher Zugang zum schnellen Internet
 - Neue Verantwortlichkeiten für zügigen Breitbandausbau
 - Gerechte Rahmenbedingungen für schnelles Internet
 - Ausbau der Mobilfunknetze fördern
- 18 Datenschutz und digitale Sicherheit**
- 20 Mehr digitale Selbstbestimmung durch Open Source und moderne Infrastruktur**
- 20 Bibliotheken als Orte der Begegnung vielfältig nutzen**
- 21 Die Zivilgesellschaft durch mehr Beteiligung stärken**
 - Berlin gestalten auf mein.berlin.de
 - Demokratie leben durch Bürger*innenräte
 - Partizipative Bürger*innen-Budgets schaffen
 - Neue Formate der Bürger*innenbeteiligung erforschen

VERWALTUNG FÜR BERLIN NEU DENKEN

- 26 Möglichkeiten der Digitalisierung in der Verwaltung entfalten**
 - Einführung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung
 - Bürger*innenkontakt – digital und einfach
- 29 Zukunftsfähige und nachhaltige Verwaltungsstrukturen schaffen**
 - Zuständigkeiten eindeutig verteilen
 - Reform der Bezirksverwaltungen
 - Verwaltungsabläufe effizienter gestalten

33 Ein umfassendes Personalkonzept für den öffentlichen Bereich

- Personal vorausschauend einsetzen
- Berliner Verwaltung – eine attraktive Arbeitgeberin
- Die besten Köpfe für die Berliner Verwaltung gewinnen

36 Meine Stadt Berlin – sicher in die Zukunft

- Eine Polizei gewappnet für das 21. Jahrhundert
- Organisierte Kriminalität als europäische Herausforderung
- Rechtsextremismus in Berlin keine Chance geben
- Terrorabwehr und Bürger*innenrechte in Balance
- Eine gestärkte Justiz

CHANCENGLEICHHEIT IM BILDUNGSSYSTEM SCHAFFEN

40 Innovative und digitale Konzepte im Unterricht

- Innovative Konzepte vor Ort umsetzen

42 Chancengleichheit von Anfang an – beginnend mit der Schwangerschaft

42 Mehr Miteinander im Bildungssystem

- Professionelle Förderung individueller Bedürfnisse

44 Frühkindliche Bildung als Grundstein für erfolgreiches Lernen

- Bessere Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen
- Effiziente KiTaplatz-Vergabe und Flexibilisierung der Betreuungszeiten

46 Schulisches Lernen für alle Beteiligten verbessern

- Multiprofessionelle Teams und bessere Konditionen für Lehrkräfte
- Bildungsqualität durch Feedback und Vernetzung von Lehrkräften erhöhen
- Persönlichkeitsentwicklung, Reflexionsfähigkeit und politische Mündigkeit
- Senkung der Zahl an Schulabbrechenden
- Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf

50 Betriebliche Ausbildung attraktiver machen

51 Hochschulen – Orte des kritischen Denkens und unabhängigen Forschens

- Progressive und reflektierte Bildungsinhalte
- Bessere Arbeitsbedingungen für Forschende und Doktorand*innen

52 Lebenslanges Lernen ermöglichen

- Volkshochschulen als integrative Bildungsinstanzen
- Arbeitnehmer*innen fit für die Zukunft durch Weiterbildung und europäischen Austausch

EINE VIELFÄLTIGE KULTURLANDSCHAFT FÜR ALLE

56 Kulturförderung – langfristige Perspektiven schaffen

57 Die Clubszene – ein Markenzeichen Berlins

- Clubkultur fördern und bewahren
- Freiluftveranstaltungen niedrigschwellig ermöglichen
- Aufwertung der Jugendleitercard

58 Unkomplizierte Hilfen im Rahmen der COVID-19-Pandemie

59 Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte

62 Förderung einer inklusiven Gesellschaft

- Sichere und selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche
- Förderung sozialer Einrichtungen für Minderheiten
- Integration und Inklusion im Sport
- Politik von allen für alle

65 Ein Obdach für alle

- Unbürokratischer Schutz vor Obdachlosigkeit
- Langfristige Hilfe für das eigene Zuhause
- Obdachlosigkeit kennt keine Grenzen – eine europäische Strategie

WOHNEN - EIN MENSCHENRECHT

70 Erschwinglicher Wohnraum in Berlin

- Stärkung des Sozialen Wohnungsbaus
- Sinnvolle Nutzung von vorhandenem Wohnraum
- Stärkung der Wohnungsbaugenossenschaften
- Schaffung neuer Milieuschutzgebiete
- Förderung gemeinschaftlichen Wohnens
- Reform des Gewerbemietrechts
- Transparenz, Fairness und Rechtssicherheit am Berliner Wohnungsmarkt

74 Neuen Wohnraum schaffen

- Weniger Bürokratie für schnelles und günstiges Bauen
- Nachverdichtung und Neubau mit Augenmaß
- Günstiger Wohnraum für Studierende und Auszubildende
- Die Idee der Werkwohnungen neu denken
- Ausreichend Mittel für den kommunalen Bodenfonds
- Berliner Boden bleibt in Berliner Besitz
- Kulturstätte: Tempelhofer Feld

77 Klimaneutralität beim Bauen und Wohnen

- Einsatz nachhaltiger Baumaterialien
- Energiewende – jetzt!
- Intensivierung energetischer Modernisierung von Gebäuden
- Dach- und Fassadenbegrünung für ein besseres Stadtklima
- Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030

81 Anreize für einen fairen und sozialen Berliner Wohnungsmarkt

- Senkung der Grunderwerbsteuer bei Eigennutzung
- Bodenwert-Modell – Reform der Grundsteuer
- Wohnraum zum Nutzen aller

84 Verkehrsberuhigung für eine lebenswerte Stadt

Erhöhung der Lebensqualität durch Förderung von Kiezblocks
Autofreie Zonen und hybride Straßen schaffen

86 Raum für die Vielfalt an Fortbewegungsmitteln

Ausbau der Fahrradstellplätze und »Park & Ride« für PKW
Modernisierung der Sharing-Angebote

88 Gleichberechtigung und Sicherheit bei der Mobilität

Entwicklung einer inklusiven Mobilitätsstrategie
Gerechtere Preise und Wegzeiten für alle

90 Förderung klimafreundlicher Fortbewegungsarten

Fußverkehr – eine gesunde Alternative
Fahrradstadt Berlin
Radwege für das zunehmende Fahrradaufkommen ausbauen
Reduzierung von Unfällen durch bessere Kreuzungsbereiche
Förderung von Lastenrädern als Alternative zum Auto
Stärkere Vernetzung der Verwaltungen und der Polizei
Ein attraktiver ÖPNV als zentrales Element der Mobilität
Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur
Bessere Anbindung des Berliner Umlandes
Klimaschutz in den 2020ern durch schnellen Ausbau des Busnetzes
Verbesserung des ÖPNV durch Digitalisierung

98 Für einen nachhaltigen motorisierten Individualverkehr

Tempo 30 als Standard in der Innenstadt
Eine soziale und gerechte City Maut für Berlin – Schritt für Schritt
Eine gerechte Parkraumbewirtschaftung
Eine smarte Ladeinfrastruktur für ganz Berlin

102 Lieferverkehr umfassend denken

Neue Wege bei der Paketzustellung

103 Nachhaltige Schifffahrt in der Stadt der 1000 Brücken

MEHR EUROPA LEBEN

Ein vereintes Europa zu schaffen ist ein realistisches Ziel für dieses Jahrzehnt. Dafür müssen wir Grenzen überwinden und Heimat neu denken.

Berlin kann einen großen Teil dazu beitragen, indem es Menschen aus allen Ländern willkommen heißt und EU-Bürger*innen stärker an der Gestaltung der Stadt beteiligt.

Europa ist unser gemeinsames Erbe und unsere gemeinsame Zukunft.

MEHR AUSTAUSCH UND ENGAGEMENT AUF EUROPÄISCHER EBENE

Deutschland ist seit 1. Januar 1958 Gründungsmitglied der Europäischen Union. Dennoch haben viele Menschen das Gefühl, keinen Einfluss auf Entscheidungen nehmen zu können, die in Europa getroffen werden. Weiterhin ist in Teilen der Bevölkerung eine zunehmende Kritik an der Europäischen Union und ihren Werten zu vernehmen. Dies wollen wir ändern, indem wir Bürger*innen mehr **Möglichkeiten der Einflussnahme** auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene ermöglichen (hierzu auch das Kapitel [Die Zivilgesellschaft durch mehr Beteiligung stärken](#)). Weiterhin wollen wir den **Austausch** zwischen Bürger*innen, Politiker*innen und mittelständischen Unternehmen aus verschiedenen europäischen Städten und Regionen **stärken**.

Berlin ist Mitglied des Netzwerks EUROCITIES: Dies ist ein Zusammenschluss größerer europäischer Städte, der den Austausch in den Bereichen Kultur-, Umwelt-, Stadtentwicklungs- und Sozialpolitik fördert. Als Teil des RGRE¹ kann Berlin europäische Themen voranbringen und den Austausch institutionalisieren. Ziel von Volt Berlin ist es, die Aufmerksamkeit für diese Netzwerke zu steigern, da europäische Beschlüsse weitreichende Bedeutung für die kommunale Ebene haben (mehr als 70 % aller europäischen Regelungen haben kommunale Auswirkung²). Es gibt Veranstaltungsformate, Foren und Projektstage zu diversen europäischen Themen und Möglichkeiten für motivierte Europapolitiker*innen und Bürger*innen, sich zu engagieren. Eine breite und regelmäßige Partizipation soll für eine volle Nutzung der Potenziale sorgen.

RECHTE EUROPÄISCHER BÜRGER*INNEN IN BERLIN STÄRKEN

Wahlrecht für alle EU-Bürger*innen

In Berlin leben und arbeiten circa 265.000 EU-Bürger*innen. Diese Menschen leisten einen wesentlichen Beitrag für unsere Gesellschaft und haben ihren **Lebensmittelpunkt in Berlin**. Dennoch besitzen sie kein vollständiges Wahlrecht. Dies betrifft Bundes- und Landtagswahlen sowie Volksentscheide und Volksbegehren, welche auf die Lebenswirklichkeit der Menschen an ihren Wohnorten großen Einfluss haben. Lediglich bei den Bezirkswahlen gilt für EU-Bürger*innen eine Ausnahme. Wir bedauern, dass nach aktueller Rechtsprechung eine Beteiligung von EU-Bürger*innen bei Land- und Bundestagswahlen nicht möglich ist.

1 Rat der Gemeinden und Regionen Europas mit 57 nationalen Kommunalverbänden aus 41 europäischen Ländern.

2 Vgl. Kommunale Europaarbeit - Rat der Gemeinden und Regionen Europas: in: RGRE, <https://www.rgre.de/int/essenvertretung/europaarbeit> [01.05.2021].

Volt setzt sich europaweit dafür ein, dass EU-Bürger*innen zukünftig an ihrem Wohnort an lokalen und nationalen Wahlen teilnehmen können.

Erfolgreich Ankommen durch Welcome Desks

Ein **Welcome Desk** soll personalisierte Leistungen und Beratungen für zugezogene Bürger*innen anbieten. Relevante Informationen werden von den sprachlich und interkulturell ausgebildeten Mitarbeitenden des Welcome Desks gesammelt, verdichtet und anschließend in eine verständliche und anschauliche Form (Checklisten, Prozessbeschreibungen) gebracht.

Volt möchte zudem, dass ein vom Welcome Desk koordiniertes ehrenamtliches **Buddy-System** angeboten wird: Langjährig in Berlin wohnende Bürger*innen sollen den Zugezogenen als Ansprechpersonen für Fragen zur Seite stehen, die schwerpunktmäßig nicht im Zuständigkeitsbereich des Welcome Desks liegen (Kultur, Sport usw.). Wir möchten in allen Kiezen und Bezirken eine Datenbank mit freiwilligen Stadtpat*innen (Buddys) erstellen. Diese können die neu zugezogenen Bürger*innen dann kontaktieren, wenn sie nähere Informationen erhalten möchten oder jemanden finden wollen, mit dem sie Freizeitaktivitäten etc. ausüben können.

Alle bestehenden offiziellen Behördengänge und Prozesse bleiben hierbei unverändert, aber betroffene Referate werden dadurch entlastet und ein **interkultureller Austausch** ermöglicht.



Best Practice: Brüssel (Belgien) und Düsseldorf

Der Expat Welcome Desk³ in Brüssel und der Expat Service Desk⁴ in Düsseldorf unterstützen alle ausländischen Arbeitskräfte durch Beratung unter anderem zu den Themen Wohnungssuche, Steuern, Transport und Kinderbetreuung.

EIN KLARES BEKENNTNIS ZU EUROPA IN DER BERLINER VERFASSUNG

Wir möchten, dass Berlin ein klares Bekenntnis zu Europa in die Landesverfassung aufnimmt. Aktuell haben fast alle deutschen Bundesländer, mit Ausnahme von Hamburg und Berlin, ein Europabekenntnis in ihren Landesverfassungen aufgenommen. Unsere Stadt hat oft eine zentrale Rolle in der europäischen Geschichte gespielt und soll heute Impulsgeberin für progressive Politik und europäische Integration werden.

3 Vgl. Netassopro: Expat Welcome Desk, in: Brussels Commissioner for Europe and International Organisations, <https://www.commissioner.brussels/i-am-an-expat> [01.05.2021].

4 Vgl. Expat Service Desk | Guidance for Expats & Enterprises: in: Servicestelle für internationale Fach- und Führungskräfte, <https://www.expatservicedesk.de/en.html> [01.05.2021].

Ein Europabekenntnis in der Berliner Verfassung würde die Grundlage schaffen für ein stärkeres europäisches Engagement und eine Zusammenarbeit, sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung und in der Zivilgesellschaft.

DEN EUROPATAG BEGEHEN

Berlin ist eine moderne und weltoffene Metropole im Herzen von Europa mit einer diversen und internationalen Bevölkerung. Zudem gilt unsere Stadt als **Symbol der europäischen Einheit** zwischen dem Osten und dem Westen.

Wir planen daher die **Einführung des Europatages** als gesetzlichen Feiertag in Berlin am 9. Mai. Wir möchten so ein Bewusstsein dafür schaffen, dass wir nur als Teil von Europa und in Zusammenarbeit mit den anderen Regionen Europas langfristig Frieden und Wohlstand sichern können. Am Europa-Tag wollen wir Europa und die kulturelle Vielfalt auf dem Kontinent feiern und an die gemeinsame Geschichte erinnern.



Best Practice: Luxemburg⁵

Luxemburg ist der erste EU-Mitgliedstaat, der 2019 den Europatag als gesetzlichen Feiertag eingeführt hat. Zu den Feierlichkeiten gehören die Organisation eines Europafestes sowie Kunstinitiativen.

DAS ENGAGEMENT EUROPÄISCHER BÜRGER*INNEN UNTERSTÜTZEN

Europa ist nicht einfach nur ein abstraktes politisches Objekt, es ist vielmehr unser gemeinsames Projekt, die Gemeinschaft, in der wir leben, und ein ständiger Teil unseres Alltags.

In Berlin engagieren sich tagtäglich europäische Bürger*innen vielfältig für andere Menschen sowie für ein besseres und gemeinsames Europa und betreiben somit ein Stück Europapolitik an der Basis. Dieses Engagement wollen wir aktiv unterstützen und die Zusammenarbeit ausweiten, um so einen vielfältigen Austausch und gemeinsames Wachstum in Europa zu voranzutreiben.

Weiterführende Informationen sind auch im Kapitel [Die Zivilgesellschaft durch mehr Beteiligung stärken](#) zu finden.

⁵ Vgl. Europatag: in: Großherzogtum Luxemburg, 08.05.2020, <https://luxembourg.public.lu/de/gesellschaft-und-kultur/feste-und-traditionen/europatag.html> [01.05.2021].

EINE AKTIVE STADT DURCH DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft. Wir wollen diese Veränderung in eine Richtung lenken, die den Bürger*innen dient. Statt im Wartezimmer zu sitzen, reicht oft eine Videosprechstunde, und statt jeden Tag ins Büro zu pendeln, kann im Home Office gearbeitet werden. Das bringt mehr Zeit für Freund*innen und Familie und entlastet den Verkehr.

Berlins digitale Start-ups und Forschungseinrichtungen bringen nicht nur Steuereinnahmen und Beschäftigung, sondern machen das Leben mit ihren Technologien einfacher und nachhaltiger. Um diese Entwicklung zu fördern, wollen wir Berlins Digitalsektor besser in europaweite Kooperationen einbinden und beim Zugang zu EU-Fördermitteln unterstützen.

Mit neuen Tools können Bürger*innen zudem besser an der Politik teilhaben und diese mitgestalten, sodass Demokratie nicht nur in Parlamenten, sondern auch in Wohnzimmern stattfindet. Bürger*innen-Räte und partizipative Bürger*innenbudgets sind dank neuester Technik einfacher umzusetzen. Um alle diese Möglichkeiten nutzen zu können, braucht jede*r Bürger*in Zugang zu schnellem und sicherem Internet.

Wir möchten die Digitalisierung nutzen, um unsere Gesellschaft näher zusammenzubringen.

DIGITALEN FORTSCHRITT NUTZEN UND VORANTREIBEN



Smart City⁶ Berlin

Berlin genießt als Wissenschaftsstandort einen ausgezeichneten Ruf in Europa: Mit 42 Universitäten und Hochschulen bietet Berlin eine breites Angebot für Studierende. Dennoch funktioniert der Austausch von Daten zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen nicht immer reibungslos. Dies führt zu zusätzlichem Aufwand und langsamer Kommunikation.

Darüber hinaus existieren berlinweit mehrere Forschungsstandorte, wie zum Beispiel Berlin Adlershof, der Cleantech Park in Marzahn oder der Innovationspark Wuhlheide. Hier ist es erforderlich, die **Vernetzung der Wissenschaftsstandorte** untereinander und mit den ansässigen Bildungseinrichtungen zu verbessern. Besonders die in der Digitalisierung relevanten MINT-Wissenschaftsfelder⁷ sollen ihren Platz in Berlin finden, um den Wirtschaftsstandort Berlin weiterhin attraktiv zu halten.

Smart City-Projekte erfordern die Zusammenarbeit von städtischen Betrieben mit Wirtschaft, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten. Für diese Art der Kooperationen ist ein fester organisatorischer Rahmen zu definieren.

Insbesondere die IT-Kooperation mit anderen europäischen Smart Cities und Bildungseinrichtungen soll verstärkt werden. Ziel ist die Einigung auf **einheitliche Software- und, wo erforderlich, Hardwarestandards**, sodass Forschungsergebnisse und Lösungen ohne aufwändige Anpassungen von Stadt zu Stadt weitergegeben werden können. Beaufsichtigt wird dies durch die von uns geplante [Einführung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung](#). Europäische Ansätze zur **Standardisierung** werden dabei unterstützt und vollständig umgesetzt.

Innovative Technologien entwickeln und einsetzen

Das **Internet der Dinge** (Internet of Things, IoT) ist eine Grundlage für die Entwicklung Berlins zu einer Smart City. Sowohl die kluge (smarte) Steuerung des Verkehrs und die Weitergabe von Informationen über Staus, als auch die kluge und effiziente Müllentsorgung sind bekannte Beispiele, wie das IoT das Stadtleben verbessern kann. Diese Technologie ermöglicht geringere Wartungsausgaben für Geräte und einen direkten Datenzugriff von den Bürger*innen. Eine IoT-Strategie für Berlin, welche die neuesten Herausforderungen bewältigt und die modernsten Erfindungen implementiert, fehlt bisher. Wir wollen in eine solche Strategie besonders die Berliner Universitäten

6 Als Smart City Initiativen gelten alle Projekte, die durch intelligente (digitale) Technologien verschiedene ökologische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Probleme einer Großstadt lösen möchten.

7 MINT ist eine Abkürzung der Studienfachbereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

einbinden – in Anlehnung an die existierenden Exzellenzcluster⁸ –, um Berlin auch in diesem Bereich zu einem führenden europäischen Forschungsstandort zu machen.

Die Entwicklung und die Umsetzung einer solchen Strategie, auch im Hinblick auf andere Hoch-Technologien⁹, soll von der [Senatsverwaltung für Digitalisierung](#) übernommen werden. Ein anderer Aspekt für die nahtlose Implementierung von neuen Technologien für Wissenschaft und Wirtschaft (besonders für neue Start-ups) ist der **Open Data**¹⁰-Zugang. Besonders soll hierbei auf Datenschutz und Datensicherheit geachtet werden. Ebenso soll das Bewusstsein gestärkt werden, IoT-Infrastrukturen gegen Hackerangriffe abzusichern.

DER STANDORT BERLIN ALS ERFOLGSFAKTOR FÜR START-UPS

Berlin hat sich als eines der führenden Zentren für **Start-ups** in Europa etabliert. Die Digitalwirtschaft stellt mit 78.000 hochqualifizierten Fachkräften einen enormen Wirtschaftsfaktor für Berlin dar und lockt zahlreiche nationale und internationale Investitionen an.

Schnelles Gründen durch den Abbau von Hürden

Gleichzeitig gibt es weiterhin große Herausforderungen für Berliner Start-ups: Teilweise unkoordinierte Einzelmaßnahmen, die Verteilung von Informationen auf verschiedene Plattformen sowie bürokratische Hemmnisse stellen ein wichtiges Problem dar. Dies ist für viele Gründer*innen und hochqualifizierte Fachkräfte, besonders für Personen ohne ausgeprägte Deutschkenntnisse, ein Erfolgshemmnis.

Mithilfe einer **einheitlichen Plattform** sollen bürokratische Hürden bei der Gründung und Geschäftstätigkeit in Berlin reduziert werden. Alle Inhalte und die Beratung sollen mindestens auf Deutsch und Englisch verfügbar sein. Gemeinsam mit Berliner Unternehmer*innen soll die Plattform fortwährend weiterentwickelt werden, um sich auf die rasanten Entwicklungen im Digitalsektor anzupassen. Folgende Informationen werden wir strukturiert auf einer Plattform zusammenführen:

- Für Unternehmer*innen: Alle notwendigen **Informationen und Formulare** sind **online abrufbar**. Alle Termine für Behördengänge sind online buchbar. Außerdem wird ein Servicecenter aufgebaut, das zu allen relevanten Themen schnelle und qualifizierte Hilfestellung bietet.

8 Vgl. Exzellenzcluster: in: Berlin University Alliance, <https://www.berlin-university-alliance.de/excellence-strategy/clusters/index.html> [01.05.2021].

9 Gute Beispiele für solche Technologien sind Big Data Analytics (Datenanalytik) und Machine Learning (KI) (maschinelles Lernen). Die Bundes-HighTech Strategie kann als eine überzeugende Grundlage für diese Zwecke dienen. Vgl. Innovationen für Deutschland: in: Die neue Hightech-Strategie, Bundesministerium für Bildung und Forschung, https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub_hts/HTS_Broschure_Web.pdf [01.05.2021].

10 Open Data bezeichnet vor allem das kostenlose und frei zugängliche Anbieten von digitalen Datensätzen, insbesondere aus dem öffentlichen Sektor. Siehe dazu z. B. <https://data.europa.eu/de>.

- **Fachkräfte** aus dem In- und Ausland erhalten in [Welcome Desks](#) umfangreiche Informationen, welche Behördengänge notwendig und wie Termine zu buchen sind, sowie Hilfestellung bei allen weiteren Fragestellungen zum »Ankommen« in Berlin, unter anderem für die Vermittlung von Wohnraum und Kinderbetreuung.
- Alle Angebote, die zum Ziel haben, die Start-up-Szene in Berlin zu stärken und bei denen öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, werden **transparent** auf der **Plattform** gelistet. Dies beinhaltet unter anderem den Businessplan-Wettbewerb Berlin Brandenburg, die Programme der Investitionsbank Berlin, des IBB Business Teams, von Berlin Partner sowie das Berliner Startup Stipendium und die Initiativen der Universitäten und Fachhochschulen.
- **Zentrale Bewerbung** von Jobs, Veranstaltungen oder weiteren Themen für Interessierte (Start-ups, Vermietende, Co-Working-Spaces, Acceleratoren, Investor*innen, Steuerberater*innen, Rechtsanwält*innen etc.).



Berlin als weltoffene Start-up-Metropole mit enger europäischer Anbindung

Berlin soll sich auch in Zukunft als wichtiger Start-up-Hub in Europa behaupten. Die europäische und internationale Dimension ist dabei für Berlin von entscheidender Bedeutung. Das Anwerben von hochqualifizierten Fachkräften für Berliner Unternehmen und Forschungseinrichtungen ist immer noch sehr komplex und mit hohem Aufwand verbunden. Um Berlin als Ziel für Talente aus der ganzen Welt attraktiver zu machen, ist ein weiterer Abbau von Zugangsbarrieren für internationale Studierende und Forscher*innen an den Berliner Universitäten nötig.

- Volt macht sich dafür stark, den **Zugang für Berliner Unternehmen und Forschungseinrichtungen, insbesondere für Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMUs), zu europäischen Förderprogrammen** wie Horizon Europe zentral zu koordinieren und zu unterstützen (siehe [Einführung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung](#)). Die mit der Bewerbung um Fördermittel verbundenen hohen bürokratischen Hürden und der immense zeitliche Aufwand, der vor allem für kleinere Betriebe und Forschungsteams oft nicht praktikabel ist, soll durch zentrale Anlaufstationen und eine koordinierte Vertretung in Brüssel erleichtert werden. Zur besseren Einbindung von Berliner Start-ups in europaweite Initiativen wird sich Volt auch im Rahmen des Digital Europe Programme¹¹ in Berlin für den weiteren Aufbau von Digital Innovation Hubs¹² einsetzen.. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf die juristische Betreuung von Start-ups bei der Umsetzung

11 Vgl. Europe investing in digital: the Digital Europe Programme: in: Shaping Europe's digital future - European Commission, 08.04.2021, <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/europe-investing-digital-digital-europe-programme> [01.05.2021].

12 Vgl. Digital Innovation Hubs (DIHs) in Europe: in: Shaping Europe's digital future - European Commission, 28.04.2021, <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/digital-innovation-hubs-dihs-europe> [01.05.2021].

von komplexen europäischen Gesetzen, wie z. B. der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

- Zur vereinfachten Rekrutierung von hochqualifizierten Fachkräften setzt sich Volt auf der europäischen und der Bundesebene für eine **stärkere Nutzung der Blue-card**¹³ ein. Ihre Bindung an formale Qualifikationen soll gelockert und stattdessen an die Vermittlung von Arbeitsplätzen in Mangelberufen gekoppelt werden. Für diese Fachkräfte sollte es darüber hinaus möglich sein, problemlos innerhalb einer Firma in ein anderes europäisches Land zu wechseln, was heute noch mit sehr hohem Aufwand verbunden ist.

Berlin soll zudem seine **Attraktivität für internationale Forschende und Studierende** weiter verbessern. Die Zahl der englischsprachigen Programme soll weiter ausgebaut werden. Engere Betreuung, Abbau von Bürokratie und Unterstützung bei der Unterkunftssuche sollen intensiviert werden. Darüber hinaus ist es von zentraler Wichtigkeit, den Übergang in den Arbeitsmarkt oder in forschende Tätigkeit nach dem Studienabschluss zu vereinfachen, zum Beispiel durch die unbürokratische Gewährleistung eines Aufenthaltsstatus für Studierende nach dem Studienabschluss.

Unterstützung der Berliner Start-up-Community

Wir werden eine berlinweite hoch- und berufsschulübergreifende Initiative starten, durch die Studierende und Auszubildende aller Fachrichtungen mehr über **Unternehmertum als Karrierepfad** erfahren. Relevante Informationen zum Thema **Gründung** sollen hier vermittelt werden. Ein besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf frühe Bildung und Ermutigung von Mädchen und Frauen; Berliner Unternehmer*innen und praxisnahe Expert*innen sollen hierfür gewonnen werden.

Auch öffentliche Beschaffungsprozesse spielen für die Stärkung des Start-up-Standorts Berlin eine wichtige Rolle:

- Im Rahmen des bestehenden **GründungsBONUS** sollen verstärkt Anreize für junge und innovative Firmen geschaffen werden, die Lösungen für die Verwaltung entwickeln und somit den langfristigen Wettbewerb zwischen den Anbieter*innen von Verwaltungssoftware erhöhen. So sollen auch bisherige Monopol- und Oligopolstrukturen reduziert werden.
- Bei der **Vergabe von Aufträgen** sollen grundsätzlich verstärkt die innovativen Dienstleistungen von Start-ups in den Vergabeverfahren berücksichtigt und entsprechende hohe Hürden abgebaut werden.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass soziale, gesellschaftliche und ökologische Kriterien für in Berlin ansässige Unternehmen definiert werden. Unternehmen, die Programme der Wirtschaftsförderung in Anspruch nehmen, sollen einen Beitrag zur

¹³ Vgl. Legislative train schedule: in: European Parliament, <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-towards-a-new-policy-on-migration/file-jd-revision-of-the-blue-card-directive> [01.05.2021].

nachhaltigen Entwicklung des Standorts Berlin leisten. Der Katalog soll flexibel genug gestaltet werden, um nach Möglichkeit Synergien mit dem Unternehmenszweck zu ermöglichen.

SCHNELLES INTERNET IN JEDEM HAUSHALT

Nach unserer Auffassung stellt ein **schneller Internetzugang** in unserer heutigen Gesellschaft ein **Grundrecht** dar. Der Breitbandausbau und das dazugehörige schnellere Internet sind die Bedingungen für eine moderne, erfolgreiche und soziale Gesellschaft. Um Berlin zu einem europäischen und weltweiten Vorreiter in der Digitalisierung zu machen, muss die Internetgeschwindigkeit, die den Berliner*innen zur Verfügung steht, drastisch erhöht werden. In der COVID-19-Pandemie hat sich zudem gezeigt, dass schnelles Internet für alle Haushalte und Unternehmen dringend benötigt wird.

Einfacher Zugang zum schnellen Internet

Der Breitbandausbau in Berlin erfolgt unter anderem auf Basis der angegebenen Nachfrage im Breitbandportal.¹⁴ Dies beeinflusst die Pläne der Privatanbieter*innen, das Netzwerk zu verbessern. Eine höhere öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Portal kann die Vorhaben der Anbieter*innen besser steuern.

Der Bedarf von **Privatpersonen** an **schnellen Internetverbindungen** steigt durch die zunehmende Nutzung von Home Office und Home Schooling kontinuierlich an. Services wie Video-on-Demand, E-Sports oder Hackathon-Events stellten schon vor der COVID-19-Pandemie eine Herausforderung für knapp bemessene Bandbreiten dar.

Kleine und mittlere Unternehmen stoßen ebenfalls schnell an die Grenzen des bisherigen Leistungsangebotes. Aber auch diese müssen die Möglichkeit bekommen, durch schnelle und stabile Internetverbindungen uneingeschränkt von der Digitalisierung zu profitieren.

Neue Verantwortlichkeiten für zügigen Breitbandausbau

Laut eines Berichtes der Europäischen Kommission gehen die erfolgreichsten Projekte im Breitbandausbau von der Initiative und Beteiligung der lokalen Regierungsstrukturen aus.¹⁵ In Berlin wird eine vollständige Abdeckung mit schnellem Internet nur durch **gezieltes und koordiniertes Handeln** möglich sein. Deswegen setzt sich Volt Berlin für eine Umstrukturierung der Verwaltung ein, die die Effizienz des Breitbandausbaus in der Stadt antreiben soll:

¹⁴ Vgl. Berliner Breitband Portal - Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe: <https://breitband.berlin.de> [01.05.2021].

¹⁵ Vgl. Optic fibre to all houses in Gotland, Sweden: in: Shaping Europe's digital future - European Commission, 24.04.2018, <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/content/optic-fiber-all-houses-gotland-sweden> [01.05.2021].

- Die neu zu gründende **Senatsverwaltung für Digitalisierung** soll die federführende Koordination für den Breitbandausbau übernehmen (siehe [Einführung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung](#)). Auch die Aufgaben des Breitband-Kompetenz-Teams sollen in dieser aufgehen.
- Die Bezirksämter sollen zukünftig durch die Senatsverwaltung für Digitalisierung unterstützt werden. Hierbei müssen Zuständigkeiten klar benannt werden.
- Wir streben eine enge **Zusammenarbeit** zwischen der Senatsverwaltung für Digitalisierung und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen an. Diese ist wichtig, um die Tiefbauaspekte des Breitbandausbaus zu vereinfachen, wie z. B. die unterirdische Kabelverlegung. Ein Referat für Breitband- und Netzwerkausbau soll einen beschleunigten Ausbau des Breitbandnetzes in Berlin vorantreiben.



Best Practice: Gotland (Schweden)¹⁶

In Gotland hat jeder Haushalt einen Zugang zum schnellen Glasfasernetz. Ein Grund für das hohe Interesse sind die niedrigen Preise. Das Projekt wurde durch die lokale Regierung durchgeführt und koordiniert.

Gerechte Rahmenbedingungen für schnelles Internet

Konkrete **technologische Rahmenbedingungen** sollen Berlin dabei helfen, den Ausbau des schnellen Internets zu beschleunigen und die Abhängigkeit von den Plänen privater Internetanbieter*innen zu reduzieren:

- Beim Wohnungsbau muss die **Glasfaserverkabelung bis zum Gebäude** gelegt werden (FTTH/B, Fiber to the Home/Building; Glasfaser bis zum Haus/Gebäude). Dies führt zu einer höheren Internetgeschwindigkeit mit geringer Latenz. Diese Praxis hat zu guten Ergebnissen in den skandinavischen und baltischen Ländern geführt.¹⁷
- **Abschaffung** der Praxis des **Supervectoring**¹⁸ für alte Kupferkabel: Diese Methode entspricht nicht mehr dem heutigen technischen Stand und verzögert den Ausbau des schnellen Glasfasernetzes. Stattdessen sollten wo immer möglich die alten Kupferkabel durch Glasfaserkabel ersetzt werden.
- Im Rahmen von Tiefbauarbeiten soll immer geprüft werden, ob die **Verlegung von Glasfaserkabeln im selben Schritt** durchgeführt werden kann. So werden künftige Ausgaben für den Ausbau und Reparaturen gespart. Der Landesbetrieb Berlin Energie ist für die Bewirtschaftung der Strom- und Gasnetze zuständig. Dieser ist

¹⁶ Siehe Fußnote 15.

¹⁷ Vgl. Markets at September 2019: in: Fibre to the Home Council Europe, <https://www.ftthcouncil.eu/documents/FTTH%20Council%20Europe%20-%20Panorama%20at%20September%202019%20-%20Webinar%20Version%20.pdf> [01.05.2021].

¹⁸ Supervectoring ist ein Verfahren, bei dem vorhandene alte Kupferkabel für höhere Geschwindigkeiten angepasst werden. Diese Investitionen sollen stattdessen in den Ausbau von Glasfaser fließen. Glasfaser erlaubt viel höhere Geschwindigkeiten als Kabel mit Supervectoring und kann auch in Zukunft ohne zusätzliche Wartungen nachhaltig genutzt werden.

als Verteilnetzbetreiber prädestiniert für den Betrieb von Glasfaserinfrastruktur. Insbesondere Gebiete, die aktuell nicht im Fokus der bisherigen Netzbetreiber*innen liegen, könnten durch Berlin Energie mit Glasfasernetzen versorgt werden. Zusätzliche Synergien ergeben sich durch den gleichzeitigen Aus- und Umbau von Strom-, Gas- und Glasfasernetzen.

Ausbau der Mobilfunknetze fördern

Neben der Verbesserung des Breitbandnetzes ist der Ausbau des **schnellen Mobilfunknetzes** von großer Bedeutung. In Zukunft werden Smart Devices, Smart City und das Internet der Dinge (Internet of Things, IoT) in unseren Städten einen hohen Stellenwert haben.

Der **5G-Strukturaufbau** ist auf Bundesebene noch nicht vollständig geregelt; dies verlangsamt konkrete Maßnahmen auf Landesebene. Allerdings kann Berlin bereits vorbereitende Maßnahmen ergreifen, die den Übergang zu 5G vereinfachen können: Im Breitbandportal soll neben der Bedarfsmeldung für schnelles Internet im eigenen Haushalt eine zusätzliche Meldung für einen 5G-Bedarf erfolgen können. Parallel sollen bedarfsgerecht (auch für IoT/IoD) geeignete Lagen für 5G-Antennen und -Strukturen vorbereitet werden. Zusätzlich sind für Smart City-Sensoren und zukünftige Mobilitätsservices im Stadtumfeld flächendeckend IoT-Netze wie LoRaWAN (Long Range Wide Area Network) oder TTN (TheThingsNetwork) sehr relevant. Wir unterstützen deren Ausbau und halten ein ähnliches Vorgehen wie oben für 5G beschrieben für sinnvoll.

DATENSCHUTZ UND DIGITALE SICHERHEIT

Im Zuge der Digitalisierung von Verwaltung und anderen Bereichen sind Datenschutz und digitale Sicherheit von fundamentaler Wichtigkeit. Schon jetzt sieht Volt die Bürger*innen und deren persönliche Daten nicht ausreichend geschützt und die einschlägige Gesetzeslage nicht umfassend umgesetzt.^{19, 20}

Noch immer arbeiten zahlreiche Berliner Behörden und Verwaltungseinheiten mit veralteter Technik und setzen Vorgaben unzureichend um.

Wir wollen sicherstellen, dass diesbezüglich die schnelle und umfassende Umsetzung relevanter Vorschriften sowie Standards hinsichtlich Informationssicherheit und Datenschutz in allen Berliner Behörden erfolgt; dies soll explizit in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Digitalisierung geschehen (siehe [Einführung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung](#)).

19 Vgl. Urteil über »Privacy Shield«: EuGH kippt EU-US-Datenschutzvereinbarung, in: ZDF heute, <https://www.zdf.de/nachrichten/digitales/eugh-facebook-datenschutz-urteil-privacy-shield-100.html> [01.05.2021].

20 Vgl. Gesetz zur Förderung des E-Government: in: Berliner Vorschriften- und Rechtsprechungsdatenbank, 30.05.2016, <https://gesetzte.berlin.de/bsbe/document/jlr-EGovGBErahmen> [01.05.2021].

Dies beinhaltet u. a. die Einhaltung der DSGVO²¹ sowie mindestens die Standardabsicherung der Informationssicherheit nach Vorgabe des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)²² bspw. durch den **Aufbau effizienter und effektiver Managementsysteme für Informationssicherheit (ISMS)** sowie derer dauerhafter und gewissenhafter Umsetzung.

Unter Beachtung der DSGVO und den Vorgaben des BSI soll bei allen bereits bestehenden und zukünftig geplanten Projekten beispielhaft darauf geachtet werden, dass durch sämtliche Behörden immer **Datenschutz-Folgenabschätzungen** erarbeitet werden (diese beurteilen die Risiken im Umgang mit personenbezogenen Daten sowie im Hinblick auf deren Missbrauchspotenzial). Zudem soll immer die **sicherste und nachhaltigste Option der Datenverschlüsselung** genutzt sowie für die Speicherung personenbezogener Daten ausschließlich **Serverstandorte innerhalb der EU** gewählt werden. Dies gilt auch für die Nutzung von Cloud-Anwendungen im Allgemeinen. Ferner jedoch erachten wir es hier als sinnvoll, dass eine regelmäßige Offenlegung über den Stand der Umsetzung in allen Berliner Behörden und vergleichbaren Institutionen erfolgt. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil, um die Vorgaben bei der Digitalisierung von Verwaltungen umzusetzen und so die Einhaltung fundamentaler Sicherheitsstandards gewährleisten zu können. Neben der Ausstattung mit moderner IT-Technik ist ebenfalls die **Qualifikation der Beschäftigten** maßgeblich, um die einheitliche Absicherung umsetzen zu können. Beschäftigte der Berliner Behörden, Schulen und anderer städtischer Einrichtungen sollen deshalb in den Bereichen Datenschutz und digitale Sicherheit qualifiziert werden.

Dazu zählen Maßnahmen wie:

- **bessere Erkennung von Betrugsversuchen** (Phishing) und anderer Sicherheitsrisiken
- datenschutzkonformer Umgang mit personenbezogenen Daten im Arbeitsalltag
- Aufbau umfassender Kenntnisse innerhalb der Behörden zur korrekten und sicheren Installation und Handhabung von IT-Systemen

Um die Berliner Behörden zukunftssicher aufzustellen, ist es zudem nötig, zusätzliche Fachkräfte im Bereich IT-Sicherheit einzustellen sowie die Ausstattung auf den Stand der Technik zu bringen. Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) soll vom Senat stärker dabei unterstützt werden, dies umzusetzen.



21 Vgl. Datenschutzgrundverordnung: in: EUR-Lex, 27.04.2016, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:02016R0679-20160504> [01.05.2021].

22 Vgl. BSI-Standards: in: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Unternehmen-und-Organisationen/Standards-und-Zertifizierung/IT-Grundschutz/BSI-Standards/bsi-standards_node.html [01.05.2021].

MEHR DIGITALE SELBSTBESTIMMUNG DURCH OPEN SOURCE UND MODERNE INFRASTRUKTUR

Die aktuelle Abhängigkeit der Berliner Verwaltung und (Hoch-)Schulen von kommerziellen Angeboten von Software sowie Datenspeicherung hat negative Konsequenzen für den Datenschutz und die digitale Sicherheit. Unter der Maßgabe der digitalen Selbstbestimmung und Kosteneffizienz sollten die Abhängigkeiten von einzelnen Konzernen reduziert werden.

Als Alternative zu herstellergebundenen Anwendungen hilft Software, die ohne Lizenzgebühren genutzt werden kann (**Open Source-Software**). Diese gewährleistet nachhaltig Datenschutz und digitale Sicherheit. Hierfür müssen die Daten in einem **technologisch transparenten System** gelagert und nicht in proprietären Clouds gehalten werden.

Schleswig-Holstein und München arbeiten an Strategien zur breiten Anwendung von Open Source-Lösungen. Gerade das Beispiel von München²³ zeigt, dass bei einem Umstieg viel beachtet werden muss, um einen nachhaltigen und durchdachten Übergang zu ermöglichen. Hier streben wir einen intensiven Austausch mit der Stadt München an, um von den dortigen Erfahrungen zu lernen.

Volt unterstützt die Entwicklung einer **europäischen Strategie zur Förderung von Open Source-Produkten**.²⁴ Um die Entwicklung zu beschleunigen, Kosten gering zu halten und die Kompatibilität zu gewährleisten, soll die Zusammenarbeit innerhalb Europas deutlich ausgebaut werden. So kann eine gemeinsame Datenstruktur entwickelt und der Wartungsaufwand bei Software minimiert werden. Außerdem unterstützt Volt die Entwicklung einer interoperablen²⁵ und offenen **europäischen Cloud-Infrastruktur**, die auch Start-ups und KMUs einen fairen Zugang zur europäischen Datenökonomie gewährt.

BIBLIOTHEKEN ALS ORTE DER BEGEGNUNG VIELFÄLTIG NUTZEN

Die rund 80 öffentlichen Bibliotheken in Berlin bieten allen Bürger*innen günstigen Zugang zu Informationsmedien. Bibliotheken haben eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft und tragen zu **Bildung, Integration, Informationsfreiheit** und Wohlergehen bei. Sie bieten jetzt schon Möglichkeiten, die über das Verleihen von

23 Vgl. Von Microsoft zu Linux und zurück: in: Golem.de, <https://www.golem.de/news/von-microsoft-zu-linux-und-zurueck-es-gab-bei-linux-keine-unloesbaren-probleme-1911-144917.html> [01.05.2021].

24 Vgl. Open-Source-Software-Strategie 2020–2023: in: Europäische Kommission, 21.10.2020, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/de_ec_open_source_strategy_2020-2023.pdf [01.05.2021].

25 Wenn Unternehmen oder öffentliche Verwaltungen organisationsübergreifende Geschäftsprozesse implementieren wollen, müssen die IT-Systeme der Organisation in der Lage sein zusammenzuarbeiten; in anderen Worten: Die Informationssysteme müssen interoperabel sein.

gedruckten Medien hinausgehen. Um Bibliotheken auch im **Zeitalter der Digitalisierung** als ansprechende und weiterhin bedeutende Orte im Stadtleben zu verankern, wollen wir die bereits bestehenden Angebote ausbauen.

Damit effizientes Arbeiten, Recherchieren und Archivieren in Bibliotheken möglich wird, muss der Breitbandausbau hier besonders gefördert werden. So können Bibliotheken zu Orten werden, in denen Berliner*innen außerhalb ihrer Wohnung einen **schnellen Internetzugang** nutzen können.

Als Orte der Begegnung können Bibliotheken helfen, Bürger*innen in das digitale Zeitalter zu führen. Es müssen Fördermittel bereitgestellt werden, um gezielt Bibliothekspersonal weiterzubilden. So können sie als Expert*innen den Umgang mit neuen Medien unterstützen. Auch Weiterbildungen für Senior*innen können hier verstärkt angesiedelt werden. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die digitale Kluft zu verringern.

Wenn es die räumlichen Gegebenheiten ermöglichen, sollen größere Bereiche als Arbeitsplätze bereitgestellt werden. So können Bibliotheken helfen, Menschen einen **Arbeitsraum** zu geben, wenn dies in der eigenen Wohnung nicht möglich sein sollte.

Die zentrale Amerika-Gedenk-Bibliothek oder der Neubau der Schiller-Bibliothek in Mitte können hier als Vorbild dienen. Hier wurden interessante, moderne und digitale Möglichkeiten (z. B. der Makerspace) geschaffen, um die Orte auch in der heutigen Zeit für Familien, Kinder und Jugendliche, wohnungslose und/oder einkommensschwache Bürger*innen und Senior*innen (siehe [Gemeinsam verantwortlich für Berlin](#)) relevant zu machen.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT DURCH MEHR BETEILIGUNG STÄRKEN

Bürger*innen fehlt es oft an Möglichkeiten zur **aktiven politischen Teilhabe**. Dies führt vielfach zu Politikverdrossenheit.

Es muss ein Umfeld geschaffen werden, in dem Bürger*innen ihre Bedenken äußern, ihre Ideen einbringen, Initiative ergreifen und Leitlinien für die Regierung formulieren können. Mitarbeitende in der Verwaltung und Abgeordnete hingegen erhalten einen engeren »Draht« zu den Bürger*innen im Bezirk. Das ermöglicht ihnen, Bedürfnisse besser zu verstehen und Feedback zu berücksichtigen. Herausforderungen können so effektiv und gemeinschaftlich gelöst werden.

Berlin gestalten auf mein.berlin.de

Mit mein.berlin.de ist bereits eine Plattform geschaffen worden, Bürger*innen in Entscheidungsprozesse zu involvieren und die Stadtentwicklung aktiv mitzugestalten.

Wir setzen uns für die Pflege und für den Ausbau der Plattform ein. **Sie soll zur zentralen Anlaufstelle für städtische Entwicklung ausgebaut werden** und Informationen aus einer Hand liefern. Darüber hinaus soll die Plattform um **aktive Möglichkeiten zur Teilhabe** ergänzt werden. Ergebnisse der Bürger*innenbeteiligung sollen in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Die verantwortlichen Stellen auf Bezirks- und Landesebene sollen Konzepte erarbeiten, wie die Beteiligung der Bürger*innen für alle Seiten gewinnbringend umgesetzt werden kann. Durch mehrsprachige sowie in leichter Sprache verfasste Werbemaßnahmen soll der Bekanntheitsgrad der Plattform gesteigert werden. Die Verantwortung für die Plattform soll in die geplante Senatsverwaltung für Digitalisierung (siehe [Einführung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung](#)) überführt werden.

Demokratie leben durch Bürger*innenräte

Wir unterstützen Gründung und Ausbau von Bürger*innenräten auf Landes- und Bezirksebene. Diese sind ein innovatives Instrument, mit dem die Bürger*innen komplexe politische Fragen erörtern können. Feedback und Empfehlungen können so an die repräsentativen Organe gegeben werden. Bürger*innenräte können somit die Qualität und Legitimität politischer Entscheidungen erhöhen, insbesondere wenn die Empfehlungen von Bürger*innenräten die politischen Entscheidungen oder die Verwendung lokaler Mittel direkt beeinflussen. Die Ratsmitglieder werden zufällig für eine bestimmte Zeitdauer aus allen Anwohnenden des Bezirks bestimmt. Bürger*innenräte sollen so zusammengesetzt werden, dass sie die **Vielfalt der Bevölkerung** des Bezirks **repräsentativ abbilden**. Ratsmitglieder können ihren Amtsantritt begründet ablehnen. Teilnehmende werden für ihre Tätigkeit entlohnt.

Die Abgeordneten bzw. Bezirksverordneten müssen die Empfehlungen der Bürger*innenräte einbeziehen und bei der Entscheidungsfindung **Rechenschaft ablegen**. Aus diesem Grund ist es wichtig, das Engagement und die Unterstützung der lokalen Politiker*innen von Anfang an sicherzustellen. Bürger*innen können durch das Sammeln von ausreichend Unterschriften für ihr Anliegen Bürger*innenräte berufen; Volt plädiert jedoch für die Einführung klarer Mechanismen zur Einberufung von Bürger*innenräten.



Best Practice: Irland

Bürger*innenräte bilden nicht nur auf lokaler Ebene (wie z. B. aktuell schon in Schöneberg oder Lichtenrade) eine gute Ergänzung im demokratischen System, sondern können auch auf nationaler Ebene wichtige Entscheidungsprozesse beeinflussen. In Irland wird das Prinzip der Bürger*innenräte seit 2016 aktiv gelebt.²⁶ Selbst bei fundamentalen Entscheidungsprozessen haben sie Einfluss auf das Entwickeln von Lösungen. Beispielhaft seien hier die Beratungen um das Abtreibungsverbot genannt.

Partizipative Bürger*innen-Budgets schaffen

Partizipative Budgets innerhalb des Haushalts eines Bezirkes ermöglichen es den Bürger*innen, staatliche Ausgaben und Investitionen direkt mitzugestalten. Für partizipative Projekte sollen **finanzielle Mittel** im jeweiligen Haushalt **reserviert** werden. Über die Höhe der Förderung partizipativer Projekte sollen Bürger*innenräte entscheiden. Die direkte Beratung der Bürger*innen über einen Teil des Haushalts erhöht die Transparenz und Akzeptanz von Veränderungen. Weiterhin können Bürger*innenbudgets durch die Möglichkeiten der Einflussnahme zu einer Stärkung der demokratischen Erfahrung führen.

Berliner*innen sollen in ihrer Arbeit mit bereits bestehenden Bürger*innen-Budgets unterstützt und ihre Erfahrungen für weitere Gründungen genutzt werden.

Darüber hinaus sollen **Bürger*innen als Ratgebende** für die Aufstellung des Berliner Gesamthaushalts einbezogen werden. Ziel ist die Erarbeitung einer Prioritätenliste durch Bürger*innen für die Verwendung des Haushalts. Die Prüfung der Vorschläge und der Beschluss des Haushaltsplans obliegt weiterhin den zuständigen politischen Gremien; diese müssen jedoch einen Rechenschaftsbericht über die Annahme bzw. Ablehnung der Vorschläge der Bürger*innen ablegen.



Neue Formate der Bürger*innenbeteiligung erforschen

Im Rahmen aktiver Bürger*innenbeteiligung gibt es viele Modelle, die auf Bezirks- und Landesebene eine direkte Mitgestaltung an Stadtentwicklungsprojekten ermöglichen. Darüber hinaus unterstützen wir den Austausch und **europäische Kooperationen** von Berliner Bürger*innen, Vereinen und Unternehmen.

Formen der Bürger*innenbeteiligung sind ständig im Wandel und sollten daher hinterfragt und weiterentwickelt werden. Wir unterstützen die Erforschung neuer Formate der Bürger*innenbeteiligung und Ideen wie »Planung von unten (Planning for real)«, um Budgets aus Bürger*innenhaushalten im Interesse aller umzusetzen.

²⁶ Vgl. Irische Bürgerräte: »Demokratischster Prozess meines Lebens«, in: Tagesschau, 13.01.2021, <https://www.tagesschau.de/ausland/irland-buergerrat-101.html> [01.05.2021].

Digitale Partizipation hilft, gesellschaftliche Teilhabe niedrigschwellig zu ermöglichen.²⁷ Sämtliche Formate der aktiven Bürger*innenbeteiligung müssen auch unter dem Gesichtspunkt der Digitalisierung entwickelt werden. Digitalisierte Formate sollen als Ergänzung zu analogen Formaten genutzt werden und diese nicht ersetzen. So kann **niedrigschwellige Teilhabe** ermöglicht werden, ohne digital unerfahrene Bürger*innen auszuschließen. Gleichzeitig wollen wir im Rahmen von Bürger*innenbeteiligung Instrumente nutzen, um Menschen an die Digitalisierung heranzuführen. So soll der digitalen Spaltung (Digital Divide) der Gesellschaft entgegengewirkt werden.

27 Vgl. Hennen, Leonhard et al.: European E-Democracy in Practice (Studies in Digital Politics and Governance), 1. Aufl.Aufl.: in Springer, 2019, <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-030-27184-8.pdf> [01.05.2021].

VERWALTUNG FÜR BERLIN NEU DENKEN

Die öffentliche Verwaltung dient den Bürger*innen dieser Stadt. Unser Ziel ist es, die Berliner Verwaltung zur bürger*innenfreundlichsten Verwaltung Deutschlands zu machen, in der Behördengänge einfach online erledigt werden können. Dänemark und Estland zeigen, wie eine papierlose Verwaltung funktioniert und tragen so bereits zum Klimaschutz bei. Hier kann und muss auch die Berliner Verwaltung eine Vorbildfunktion einnehmen.

Die Verwaltung, die wir uns vorstellen, ist für alle Bürger*innen zugänglich. Die Zeit, die durch den Bürokratieabbau eingespart wird, soll genutzt werden, um Bürger*innen individuell zu unterstützen. Wir wollen sprachliche sowie sonstige Barrieren abbauen und die Attraktivität der Verwaltung als Arbeitgeberin steigern.

Innerhalb der Verwaltungsstrukturen wollen wir starre Hierarchien aufbrechen und Innovation stärker belohnen. Eine funktionierende Verwaltung ist Voraussetzung für politische Veränderung. Damit die Verwaltung diese Aufgabe besser umsetzen kann, setzen wir uns für eine effektivere Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken ein.

Nur mit einer funktionierenden Verwaltung funktioniert auch Berlin.

MÖGLICHKEITEN DER DIGITALISIERUNG IN DER VERWALTUNG ENTFALTEN

Die Digitalisierung verändert rasant das Leben und Arbeiten der Bürger*innen in Berlin. Um fit für die Zukunft zu sein und ein bürger*innenfreundliches Angebot zu schaffen, muss die Verwaltung Berlins digitaler werden. Wichtig ist es daher, den **digitalen Bürger*innenkontakt** sowie **eGovernment** zu stärken und eine **Senatsverwaltung für Digitalisierung** einzurichten.

Einführung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung

Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der größten, wenn nicht die größte Chance für ein effektives und effizientes Berlin des 21. Jahrhunderts. Besonders die COVID-19-Pandemie legte den unzureichenden Digitalisierungsgrad der Berliner Verwaltung offen. Ob Erweiterung der digitalen Serviceangebote, Ausbau der IT-Infrastruktur von Behörden und Bildungseinrichtungen, Einführung der E-Akte, Zugang zu Open Data oder Breitbandausbau – vielfältige Herausforderungen müssen von der Berliner Verwaltung in den kommenden Jahren bewältigt werden. Nur so können Bürger*innen die benötigte Unterstützung und Dienstleistung umgehend und unkompliziert in Anspruch nehmen. In Berlin gibt es zu viele verschiedene Akteur*innen²⁸, die für digitale Projekte verantwortlich sind. Diese dezentralen Strukturen führen insgesamt zu Abstimmungsproblemen und einer Verlangsamung notwendiger Projekte zur Digitalisierung. Zudem ist der Prozess zur Erstellung einer Digitalisierungsstrategie nach wie vor nicht abgeschlossen und unterstreicht die teilweise vorherrschende Orientierungslosigkeit und den Flickenteppich von unkoordinierten ad-hoc-Lösungen.

Mit der **Schaffung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung** wollen wir bisherige Rollen bündeln und alle großen Digitalisierungsprojekte mit neuen Innovationsimpulsen anschieben. Zudem sollen so die nötigen Kapazitäten geschaffen werden, die in der Vergangenheit bei der Ausarbeitung der Digitalisierungsstrategie gefehlt haben. Die Senatsverwaltung für Digitalisierung wird eng mit den Bezirken, den Stabsstellen und Fachabteilungen einzelner Behörden bei der Umsetzung eigener Projekte zusammenarbeiten. Insbesondere die **Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie** bei der Digitalisierung von Bildungseinrichtungen wird ein wichtiger Schwerpunkt sein (siehe [Chancengleichheit im Bildungssystem schaffen](#)).

Die Senatsverwaltung für Digitalisierung ist insbesondere für Folgendes verantwortlich:

²⁸ Unter anderem: die Senatskanzlei, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ), die Digitalisierungsagentur DAB und verschiedene Digitalisierungsbeauftragte.

- die **Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes**²⁹ im Berliner Verantwortungsbereich sicherzustellen, die **Umsetzung des Projekts »Föderales Informationsmanagement«** (FIM)³⁰ zu beschleunigen, den **Ausbau der digitalen Services (Bürger*innendienste)** der Stadt Berlin schneller voranzutreiben und Transparenz über den jeweiligen Fortschritt zu schaffen,
- die Zusammenarbeit mit dem **IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ)** zu verbessern und diesbezüglich den*die Verwaltungsratsvorsitzende*n zu stellen,
- die reibungslose Einführung der **E-Akte** sicherzustellen und die Anzahl an **Open Data-Projekten** mit Unterstützung des Infralabs Berlin zu erhöhen,
- die Entwicklung und Nutzung von **Open Source** in den Berliner Verwaltungen mit der Unterstützung des CityLabs voranzutreiben,
- die **Koordinierung Berliner Digitalinitiativen mit EU-Programmen** und anderen EU-Städtepartnerinnen, sowie die Unterstützung Berliner Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Bewerbung um verfügbare EU-Fördermittel, zum Beispiel aus Horizon Europe,
- die Transformation der Stadt Berlin zur **Smart City** gezielter voranzutreiben,
- die Förderung und Vernetzung digitaler Forschung, Technologien, Unternehmen und Bürgern*innen auszubauen sowie verstärkt **Dialog-Plattformen** mit Partnerstädten ins Leben zu rufen, um mehr von Best Practices aus dem In- und Ausland zu lernen.

Insgesamt soll die Senatsverwaltung für Digitalisierung eine Vorreiterrolle im Thema moderne Verwaltung in Deutschland und Europa einnehmen. So soll in der neuen Senatsverwaltung grundlegend auf agile Methoden des Projektmanagements zurückgegriffen und starre Organisationsstrukturen sowie ausgeprägtes Hierarchiedenken aufgebrochen werden. Wir möchten die Verteilung der Zuständigkeiten auf unnötig viele Akteur*innen und die damit einhergehenden Kompetenzstreitigkeiten in Berlin endgültig beenden.



Best Practice: Ängelholm (Schweden)

In der Stadt Ängelholm hat sich die Stadtverwaltung eine neue Organisationsstruktur und neue Leitlinien gegeben und sich in verschiedenen Bereichen auf agile Arbeitsmethoden umgestellt. Dazu gehört vor allem der bewusste Bruch mit dem herkömmlichen Silodenken und das Arbeiten in übergreifenden Vorgangsteams.³¹

29 Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet den Bund und die Länder bis Ende 2022 575 sogenannte OZG-Leistungen, die alle zusammen mehrere tausend einzelne Verwaltungsleistungen bündeln, online zur Verfügung zu stellen. Berlin ist für sogenannte Querschnittsleistungen im Hinblick auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz zuständig.

30 Das föderale Informationsmanagement verfolgt das Ziel, Informationen zu Verwaltungsvorgängen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu harmonisieren.

31 Vgl. Johansson, Sara: Ängelholm – Schwedens erste agile Kommune, in: Transformations-Werkstatt, 26.08.2019, <https://transformations-werkstatt.de/2019/08/23/aengelholm-schwedens-erste-agile-kommune-eine-transformatonsreise> [01.05.2021].

Bürger*innenkontakt – digital und einfach

Für viele Prozesse in der Berliner Verwaltung, sei es die Beantragung von Wohngeld oder eine Ummeldung der Wohnung, müssen Berliner*innen noch immer persönliche Termine in Ämtern wahrnehmen. Dies führt zu langen Wartezeiten, die nicht selten mehrere Wochen betragen können. Darüber hinaus sind Formulare in Papierform weiterhin der Standard in der Berliner Verwaltung. Vor allem die Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie haben den **Bedarf nach digitalen Angeboten** für Bürger*innen weiter verstärkt und den unzureichenden Digitalisierungsgrad der Berliner Verwaltung sichtbar gemacht.

Um auch Berlin fit für die Zukunft zu machen, setzen wir uns vor allem für folgende Sofortmaßnahmen ein:

- Berlin soll seine Verpflichtungen im Rahmen der Bund-Länder-Kooperation erfüllen und dazu beitragen, dass bis Ende 2022 alle geplanten Verwaltungsdienstleistungen online zur Verfügung stehen.
- Nachdem die **Einführung der E-Akte** aufgrund von Vergabebefehlern nicht wie geplant 2023 stattfindet, werden wir **eine Task Force** innerhalb der Senatsverwaltung für Digitalisierung bilden, um die Umsetzung ohne weitere Verzögerung voranzutreiben.
- Wir werden eine **signifikante Ausweitung der Veröffentlichungen von Open Data**³²-Datensätzen sicherstellen und eine weitere Standardisierung von Verwaltungsdaten nach den Maßstäben des European Interoperability Framework³³ anstreben. Open Data soll auch über Programmierschnittstellen (APIs) zur Verfügung gestellt werden.
- Wir werden umgehend evaluieren, ob das geplante Transparenzgesetz der letzten Landesregierung dem Anspruch von mehr Transparenz und zur proaktiven Veröffentlichung wichtiger Informationen der Berliner Verwaltung gerecht wird. Gegebenenfalls werden wir eine **Reform des Transparenzgesetzes** unverzüglich anstreben.
- Wir werden verstärkt **Berliner Hackathons** auf der Basis der neuen Veröffentlichungen von Open Data in die Wege leiten.
- Wir werden das **Sprachangebot** von Informationen auf Berlin.de deutlich und schneller erweitern. Damit alle Berliner Bürger*innen Informationen auf Berlin.de verstehen und nutzen können, sollen dementsprechend Angebote auch bereitgestellt werden.³⁴

32 Als Open Data werden Daten bezeichnet, die von allen zu jedem Zweck genutzt, weiterverbreitet und weiterverwendet werden dürfen.

33 Das European Interoperability Framework definiert Maßstäbe für den digitalen Austausch öffentlicher Stellen innerhalb Europas. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Harmonisierung von Daten, Softwaresystemen und Services zur besseren europäischen Zusammenarbeit.

34 Neben Einfacher Sprache möchten wir insbesondere folgende Sprachen abdecken: Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Arabisch, Türkisch, Polnisch, Russisch, Bulgarisch, Vietnamesisch, Farsi.

- Alle digitalen Angebote sollen einfach zugänglich und **niedrigschwellig bedienbar** sein. Menschen, die digitale Wege aufgrund von Behinderung, Überforderung und wenig Erfahrung mit Technik lieber vermeiden, wie zum Beispiel viele ältere Menschen, sollen direkt und schnell persönlich Unterstützung bekommen.

ZUKUNFTSFÄHIGE UND NACHHALTIGE VERWALTUNGSSTRUKTUREN SCHAFFEN

Nicht nur eine beschleunigte Digitalisierung ist essentiell für eine **leistungsfähige Verwaltung**. Ebenso stellen eindeutige Zuständigkeiten, eine gute Zusammenarbeit sowie effiziente Abläufe wichtige Handlungsfelder dar.

Zuständigkeiten eindeutig verteilen

In Berlin übernehmen die Stadt- und Bezirksebene kommunale Aufgaben. Dabei können unklare Zuständigkeiten ein Problem darstellen. Sind verschiedene Behörden auf Bezirks- und Senatsebene verantwortlich, bestehen zwei Gefahren. Zum einen können die Beteiligten die Verantwortung weiterreichen – das bekannte »Behörden-Ping-pong« beginnt. Zum anderen können die Vorgänge in der Berliner Verwaltung durch zahlreiche Beteiligte unnötig verlangsamt, im schlimmsten Fall blockiert werden.

Der Berliner Verfassung zufolge nimmt der Senat durch die Hauptverwaltung die Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung wahr. Die Bezirke nehmen alle anderen Aufgaben der Verwaltung wahr. Diese Aufteilung ist richtig, jedoch ist es schwierig, sie im Konkreten umzusetzen. Unser Grundgedanke soll hierbei als Leitlinie helfen: Wir sind überzeugt, dass Bezirke die nötige Nähe zu den Bürger*innen haben. Diese braucht es zwingend für Belange von lokaler Relevanz, um bessere Entscheidungen für die Anwohnenden im Kiez treffen zu können. Der Senat wiederum vereint Kenntnisse und langfristige Visionen für die Entwicklung der Stadt Berlin als Gesamtes. Diese müssen bei der Entwicklung städtischer Infrastruktur wie Fahrradwegen und Straßen, ÖPNV oder Internet zwingend berücksichtigt und angewendet werden.

- Um Doppelzuständigkeiten und damit unnötigen Arbeitsaufwand und Verzögerungen zu vermeiden, ist die **eindeutige Verteilung von Verantwortung** besonders wichtig. Daher wollen wir mit einer grundlegenden Analyse überprüfen, an welchen Stellen die derzeitige **Aufgabenteilung zwischen Senat und Bezirken verbessert** werden kann. Damit diese Analyse unabhängig von parteipolitischen Interessen stattfinden kann, wollen wir sie durch ein unabhängiges Gremium durchführen lassen.
- Für unklare Zuständigkeiten soll eine zentrale **Schlichtungsstelle** eingerichtet werden, die Entscheidungen herbeiführen kann. Die getroffenen Entscheidungen sollen über einen stetigen Verbesserungsprozess bei der weiteren Ausgestaltung der Zuständigkeiten und Geschäftsprozesse berücksichtigt werden.

Reform der Bezirksverwaltungen

Derzeit werden die Bezirksstadträt*innen nach Fraktionsstärke verteilt. Das kann dazu führen, dass diese unterschiedlichen Parteien mit teils entgegengesetzten Zielen angehören. Zusammen mit dem*der Bezirksbürgermeister*in bilden die Bezirksstadträt*innen das Bezirksamt, eine Art Bezirksregierung – bisher ohne Koalitionsvertrag oder festgeschriebene Regierungsziele. Die jeweiligen Ziele der Bezirksstadträt*innen können sich in Abhängigkeit ihrer Parteizugehörigkeit stark voneinander unterscheiden. In diesen Fällen gestaltet sich ihre Zusammenarbeit schwierig.

Damit sie mit vereinter Kraft gemeinsame Ziele verfolgen können, sollten die Bezirksstadträt*innen künftig mit Mehrheit von der BVV gewählt werden. Dieses sogenannte politische Bezirksamt würde Absprachen und damit eine gemeinsam zu erreichende politische Agenda verlangen.

Bezirksbürgermeister*innen haben derzeit keinerlei fachliche und organisatorische Eingriffsrechte in die Aufgabenerledigung in den Ressorts der Bezirksstadträt*innen. Um die **Handlungsfähigkeit der Bezirke zu stärken** und den Bezirksbürgermeister*innen die Verantwortung für die bezirkliche **Umsetzung von Zielvereinbarungen** geben zu können, wollen wir folgende Änderungen erreichen:

- Dem*Der Bezirksbürgermeister*in soll ein Weisungsrecht gegenüber den Bezirksstadträt*innen eingeräumt werden. Außerdem sollten den Bezirksbürgermeister*innen die bezirklichen Geschäftsbereiche Finanzen, Personal und Organisation unterstellt werden.

Aufgrund des allgemeinen Bevölkerungszuwachses und der Erweiterung der Aufgabengebiete in den Berliner Bezirken kommt es zu einer Erhöhung des Arbeitsaufwandes in den jeweiligen Bezirksämtern. Stadträt*innen sind teilweise nicht mehr in der Lage, ihrem gewachsenen Aufgabenspektrum gerecht zu werden.

- Für eine nachhaltige Verteilung der Aufgabenlast und Zuständigkeiten streben wir an, die **Anzahl der Stadträt*innen** je Bezirksamt von fünf auf sechs zu **erhöhen**.

Verwaltungsabläufe effizienter gestalten

Neben unklaren Zuständigkeiten leiden die Abläufe in der Berliner Verwaltung unter ineffizienten Prozessen, veralteten Strukturen, einer hohen Anzahl an Prozessbeteiligten, heterogenen Informations- und Kommunikationsplattformen sowie einem fehlenden Projektmanagement. Diese **Rahmenbedingungen** wollen wir **verbessern**. Um die Arbeit der Berliner Verwaltung **effizienter** zu gestalten, sehen wir folgende Handlungsfelder:

- eine grundlegende, organisatorische Überarbeitung der Geschäftsprozesse mit dem Ziel, sämtliche Arbeitsabläufe **effektiv** und **rechtssicher** zu lenken: Zum einen sollen **Zuständigkeiten klar definiert** werden. Zum anderen soll eine **Bündelung von Kompetenzen** sichergestellt werden. Somit soll die Anzahl an Beteiligten an einem Verwaltungsakt auf das nötige Minimum reduziert werden. Darüber hinaus wollen wir sogenannte »**Fallkonferenzen**« verstärkt auf Senats- und Bezirksebene etablieren. Bei dieser Kollaborationsmethode kommen im Rahmen komplexer Vorhaben entscheidungsbefugte Vertretende aller beteiligten Behörden zusammen. Sie können somit gemeinsam kritische Punkte identifizieren, Lösungen erarbeiten und Entscheidungen zügig fällen. Verwaltungsvorgänge können mit dieser Methode erheblich abgekürzt werden.
- **einheitliche Amtsstrukturen**, um eine gleichmäßige Ausgestaltung der Geschäftsbereiche der Bezirke sowie eine **effizientere, ämterübergreifende Zusammenarbeit** der Bezirksverordneten zu ermöglichen.
- **Einheitliche** und **moderne Softwarelösungen** in der Verwaltung wie Kommunikationstools, Dokumentations- und Projektsoftware sollen zum effizienten Informationsaustausch und zu reibungsfreien Abläufen beitragen.
- Um den Ablauf und die Steuerung von Projekten auf ein solides Fundament zu stellen, soll ein **Zielvereinbarungssystem** installiert werden, wie es im Zukunftspakt Verwaltung adressiert wird. Dazu sollen in enger Zusammenarbeit von Senats- und Bezirksebene (Zwischen-)Ziele definiert werden, die den **Projektfortschritt** jederzeit **messbar machen**. Damit können bei Bedarf rechtzeitig Maßnahmen eingeleitet werden, um Projektziele sicher und termingerecht zu erreichen.

Um sicherzustellen, dass bestimmte Verwaltungsprozesse eine gewisse Maximaldauer nicht überschreiten, stellt die sogenannte **Genehmigungsfiktion**³⁵ eine gute Möglichkeit dar. Dadurch können **Verwaltungsprozesse abgekürzt** und insgesamt der **Arbeitsaufwand reduziert** werden. Wir wollen daher überprüfen, für welche Verwaltungsvorgänge eine Ausweitung der Genehmigungsfiktion sinnvoll ist.



Ein wichtiger Bestandteil zukunftsfähiger und effizienter Verwaltungsprozesse sind auch Maßnahmen des Klimaschutzes. Die Berliner Verwaltung sollte an dieser Stelle eine Vorbildfunktion einnehmen und bis 2035 klimaneutral sein. Um dieses Ziel zu erreichen, muss eine berlinweite Strategie zur Erreichung der Klimaneutralität entwickelt werden. Darüber hinaus bedarf es eines datenbasierten Monitoringsystems, das es den jeweiligen Behörden erlaubt, ihren CO₂-Fußabdruck zu bestimmen und zu überwachen. Die Umsetzung muss halbjährlich und transparent für die Öffentlichkeit aufbereitet werden. Die folgenden Projekte sollen Teil der Strategien sein.

³⁵ Mithilfe der Genehmigungsfiktion wird eine beantragte Genehmigung, nach Ablauf einer definierten Frist, fiktiv rechtskräftig erteilt. Voraussetzung ist, dass sie dem geltenden Recht entspricht. Ist dies nicht der Fall, kann sie aufgehoben werden. Einem Missbrauch ist damit vorgebeugt.

- Bislang stehen ökologische Verantwortung und Innovationsförderung am unteren Ende des Zielkatalogs öffentlicher Beschaffungsstellen. Nachhaltige Güter und Dienstleistungen müssen jedoch dauerhaft bevorzugt werden. Mit dem Auftragsvolumen der öffentlichen Beschaffung wird damit ein nachhaltiger Innovationsimpuls geschaffen. Ab 2022 sollten daher Nachhaltigkeit und Klimaneutralität über die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen der öffentlichen Hand entscheiden. Somit kann die öffentliche Hand eine immense Hebelwirkung auf die Innovationstätigkeit der Wirtschaft ausüben.

Weitere Maßnahmen, die zum Ziel der Klimaneutralität beitragen sollen:

- Fuhrparks der öffentlichen Verwaltung mit Lastenrädern, Fahrrädern und verbrauchsarmen E-Autos ausstatten
- eine saisonale, regionale und ökologische Ernährung in allen öffentlichen Einrichtungen einführen
- energetische Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden und die Nutzung von Ökostrom zeitnah in die Wege leiten. Außerdem soll die Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden mit geeigneten Dächern umgesetzt werden.
- ein ZERO-Waste-Konzept³⁶ und klare Regeln zur Vermeidung von Müll in Ämtern, landeseigenen Unternehmen und anderen öffentlichen Einrichtungen erstellen

In den letzten Jahren haben Behörden vom Bund und der EU bereitgestellte **Förder-gelder** nur zu einem Bruchteil abgerufen. In Berlin wurden beispielsweise bis Januar 2021 nur 11 % der seit 2019 zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Digitalpakt 2024 zur Digitalisierung von Schulen bewilligt, obwohl die Zielvereinbarung mindestens 50 % bis Ende 2021 vorsieht.³⁷ Um dieses **Potenzial** in Zukunft besser zu **nutzen**, sollen die zur Verfügung stehenden Fördergelder sowie Leitfäden und Hilfestellungen zur Antragstellung übersichtlich auf einer Plattform zusammengefasst werden.

Best Practice: Digitalpakt Sachsen

In Sachsen sind Ende Januar 2021 99 % aller Fördergelder des Digitalpaktes schon bewilligt worden. Dies wurde aufgrund eines einfachen und unbürokratischen Antragsprozesses möglich, indem die beantragenden Schulen u. a. bei der Ausarbeitung der komplexen Medienentwicklungspläne von Expert*innen medienpädagogischer Zentren unterstützt wurden. Eine Förderrichtlinie und Medienentwicklungspläne für viele Schulen lagen zudem schon frühzeitig vor.

36 ZERO-Waste hat das Ziel, im Alltag Müll zu vermeiden und langfristig in Richtung Kreislaufwirtschaft überzuziehen (vgl. <https://www.zero-waste-deutschland.de>) [01.05.2021].

37 Vgl. Von Lindern, Jakob: Digitalisierung an Schulen: Die Milliarden, die nicht ankommen, in: Zeit Online, 26.01.2021 <https://www.zeit.de/digital/2021-01/digitalpakt-schule-fernunterricht-homeschooling-tablets-foederalismus-digitale-bildung/komplettansicht> [01.05.2021] und Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024: in 2024: in: Bundesministerium für Bildung und Forschung, https://www.bmbf.de/files/VV_DigitalPaktSchule_Web.pdf [01.05.2021].

EIN UMFASSENDES PERSONALKONZEPT FÜR DEN ÖFFENTLICHEN BEREICH

Das öffentliche Personal ist die Basis einer funktionierenden Stadt Berlin. Um eine effiziente Verwaltung bereitstellen zu können, müssen die Digitalisierung sowie die strukturellen Reformen im Zusammenspiel mit **individuellen Fähigkeiten** entwickelt werden. Darüber hinaus soll der öffentliche Dienst in Berlin ein **attraktives Arbeitsumfeld** für alle Mitarbeitenden bieten.

Personal vorausschauend einsetzen

Die Berliner Verwaltung befindet sich in einer **personellen Krise**. So ist beispielsweise im Landesamt für Gesundheit jede fünfte Stelle unbesetzt. Hinzu kommt, dass ein Großteil des Personals der Berliner Verwaltung in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen wird.

Gleichzeitig setzt Berlin das vorhandene Personal auch ineffizienter als andere Bundesländer ein: So hat Berlin trotz der Vielzahl unbesetzter Stellen im Durchschnitt der Bundesländer die meisten staatlich Beschäftigten pro 1.000 Einwohnenden.³⁸ Im Kontext der Umstrukturierung der Berliner Verwaltung (siehe [Zukunftsfähige und nachhaltige Verwaltungsstrukturen schaffen](#)) muss daher insbesondere beachtet werden, das **Personal dort einzusetzen, wo es gebraucht wird**. Dazu planen wir konkret:

- Damit die Verwaltung mit dem Wandel der Stadt und dem Wachstum der Berliner Bevölkerung mithalten kann, ist es notwendig, unbesetzte Stellen schnellstmöglich mit **talentierten Arbeitnehmenden** zu besetzen. Momentan dauern Einstellungsverfahren in Berlin zu lange, sodass gerade die besten Bewerber*innen bereits bei anderen Arbeitgebenden eine Stelle finden. Wir befürworten die fortlaufende **Digitalisierung des Bewerbungsprozesses** und planen weiterhin, die Einstellungsverfahren zu **vereinfachen, transparenter** zu gestalten und zu **beschleunigen**.
- Durch ein behördenübergreifendes **Nachbesetzungskonzept** soll gefördert werden, dass auslaufende Stellen vorausschauend ausgeschrieben und nicht einfach 1:1 nachbesetzt werden.

Berliner Verwaltung – eine attraktive Arbeitgeberin

Die Berliner Verwaltung hat ein Nachwuchsdefizit. Nur knapp 6 % der Beschäftigten im Landesdienst sind jünger als 30 Jahre. Dies liegt insbesondere an einem veralteten Wertversprechen der Verwaltung und der damit einhergehenden Arbeitsatmosphäre. Das Problem wird dadurch verstärkt, dass Berlin nicht nur Stadtstaat, sondern

³⁸ Verglichen mit Hamburg, das im Bundesländervergleich das zweitmeiste öffentliche Personal einsetzt, hat Berlin pro 1.000 Einwohner knapp sechs weitere Vollzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst.

auch die Hauptstadt Deutschlands ist. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern steht Berlin beim Anwerben neuer Arbeitskräfte daher ständig in Konkurrenz zu Brandenburg und zum Bund. Um zukünftig im Wettbewerb um Nachwuchskräfte zu bestehen und Personalmangel zu bekämpfen, muss die Arbeit im öffentlichen Dienst in Berlin attraktiver werden. Neben positiven Effekten beim Anwerben neuer Arbeitskräfte führt eine steigende Zufriedenheit und Motivation von Mitarbeitenden außerdem zu verbesserter Gesundheit und effizienterer Verwaltungsarbeit.

Folgende Vorhaben sollen die Stadt als Arbeitgeberin attraktiver machen:

- Die Möglichkeiten der Mitarbeitenden der Verwaltungen, im **Homeoffice** oder **mobil** zu arbeiten, müssen ausgebaut werden. Durch **flexiblere Arbeitsmöglichkeiten** steigt nicht nur die Attraktivität Berlins als Arbeitsplatz. Die COVID-19-Pandemie hat uns allen darüber hinaus gezeigt, wie wichtig Telearbeit für ein erfolgreiches Krisenmanagement sein kann und welche Defizite die Berliner Verwaltung hier aufweist.
- Durch sinkende Hürden sollen mehr Mitarbeitende ihr **Recht auf Teilzeit** wahrnehmen können. Ebenso soll die Möglichkeit einer Ausbildung in Teilzeit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steigern.
- Die Berliner Bevölkerung bildet eine vielfältige Gesellschaft. Eine ideale Berliner Verwaltung muss attraktiv für alle Berliner*innen sein, damit sie die gesellschaftlichen Strukturen der Stadt repräsentieren kann. Darum wollen wir Barrieren abbauen und **Diskriminierungen am Arbeitsplatz reduzieren**. Wir planen, Schlichtungsstellen zu stärken, durch Aufklärung für vermehrte Sensibilisierung zu werben sowie kulturellen Austausch am Arbeitsplatz zu fördern.
- Eine umfassende **Personalentwicklungsstrategie** (s. u.) soll zur persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung beitragen und den Arbeitsalltag abwechslungsreicher gestalten.
- Damit Berlin in Konkurrenz zu den Bundesbehörden bestehen kann, sollten die Gehälter der Berliner Verwaltung an die **Bezahlung vergleichbarer Tätigkeiten** bei Bundesbehörden angepasst werden. Nicht zuletzt wollen wir dadurch den Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!« stärken.

Die besten Köpfe für die Berliner Verwaltung gewinnen

Die technischen und individuellen Anforderungen an die Beschäftigten in der Verwaltung verändern sich rasant. Um auf die Zukunft Berlins vorbereitet zu sein, muss allen Verwaltungsmitarbeitenden ein **umfassendes Weiterbildungsangebot** gemacht und Positionen verstärkt nach Fähigkeiten besetzt werden.

Unsere konkreten Vorhaben lauten:

- Bei der Einstellung neuer Mitarbeitender setzen wir uns dafür ein, künftig vermehrt **ausländische Bildungsabschlüsse** anzuerkennen. So wird sichergestellt, dass tatsächlich die besten Bewerbenden ausgewählt werden und niemand im Bewerbungsprozess aufgrund seiner Herkunft benachteiligt wird.
- Der **Wechsel** zwischen einer beruflichen Tätigkeit in der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung muss weiter **vereinfacht** werden. Dies gilt besonders bei Führungspositionen. Stellenausschreibungen sollen verstärkt praktische Kompetenzen und fachliche Erfahrungen in den Fokus stellen. Die darauf basierende Besoldung muss transparenter gestaltet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, die Möglichkeiten eines **dualen Studiums** innerhalb der Verwaltung auszubauen.
- Wir wollen ein **Austauschprogramm »Smart State«** in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnerländern, insbesondere Städtepartnerschaften, für den öffentlichen Dienst aufbauen. Dadurch sollen Angestellte des öffentlichen Dienstes Best Practices beispielsweise im Bereich der Digitalisierung vor Ort kennenlernen und übertragbare Ansätze im Anschluss in Berlin einbringen.
- Die Veränderung der Berliner Verwaltung äußert sich insbesondere in Form der Digitalisierung. Um die Modernisierung der Stadt voranzutreiben, planen wir, dem öffentlichen Personal verstärkt Schulungen anzubieten, insbesondere im **IT-Bereich**. Wir setzen uns außerdem für die Ausweitung von Anti-Diskriminierungs-Trainings und Klimaschutz-Schulungen ein.
- Durch **Stationswechsel**, also geplante Arbeitsplatzwechsel innerhalb der Verwaltung, erhalten Verwaltungsangestellte eine **umfassendere Ausbildung** und lernen ämterübergreifendes Denken. Neben dem persönlichen Nutzen als willkommene Abwechslung dient ein solcher Perspektivwechsel auch als Weiterbildungsmaßnahme und verbessert durch vermehrtes **Netzwerken** die **interne Zusammenarbeit**. Wir wollen die Hürden für Stationswechsel senken und Anreize dafür schaffen. Außerdem sollen Stationswechsel stärker in die Ausbildung angehender Führungskräfte einbezogen werden.
- Durch **flexiblere Aufstiegsmöglichkeiten** und **transparente Karrierepfade** sollen Führungspositionen verstärkt mit den geeignetsten Kandidierenden besetzt werden. Insbesondere Führungskräfte, die in einer zielorientierten Verwaltung viel Verantwortung innehaben, müssen gezielt nach Talent, Fähigkeiten, Führungs- und Innovationsbereitschaft eingesetzt werden.

MEINE STADT BERLIN – SICHER IN DIE ZUKUNFT

Damit sich alle Berliner*innen in ihrer Stadt uneingeschränkt sicher fühlen, müssen mehr Straftaten aufgeklärt und verhindert werden. Hierfür brauchen wir sowohl mehr erfolgreiche Präventionsarbeit als auch eine moderne, gut ausgebildete und diverse Polizei, die Gleichbehandlung und das Wohl der Bürger*innen in den Mittelpunkt stellt.

Eine Polizei gewappnet für das 21. Jahrhundert

Berlin ist bei der Aufklärungsquote von Straftaten häufig das **Schlusslicht im Bundesländervergleich**. Insbesondere die Digitalisierung der eigenen Infrastruktur und der Einsatz neuer Instrumente der Ermittlungsunterstützung sind unerlässlich für eine **Steigerung der Aufklärungsquote**. Die Implementierung neuer Techniken, die insbesondere den steigenden Anforderungen einer modernen Beweisführung entsprechen, muss vollumfänglich sichergestellt werden. Zudem ist in diesem Bereich die **Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt** weiter zu intensivieren.

Die bisherigen Bemühungen der Landesregierung haben nicht dazu geführt, dass bei der Polizei genug Stellen besetzt wurden. Insbesondere das Landeskriminalamt ist in einigen Dezernenten weiterhin chronisch unterbesetzt, was unmittelbare und gravierende Folgen für die Strafverfolgung hat. Volt will sich insbesondere dafür einsetzen, dass:

- eine **Ausbildungsoffensive** ins Leben gerufen wird. Wir benötigen in Berlin genügend qualifizierte und motivierte Polizist*innen, die für die steigende Komplexität ihres Berufs bestmöglich vorbereitet werden müssen.
- die **Ausbildungspläne** sich noch stärker mit dem neuen Antidiskriminierungsgesetz und dem Thema Racial Profiling auseinandersetzen, damit bestehende Denkmuster bereits frühzeitig kritisch hinterfragt werden. Ebenso soll die Bedeutung von interkulturellen Aufgaben innerhalb der Polizei verstärkt Teil des Lehrplans werden.
- die **Polizeischulen** mit ausreichend Lehrkräften besetzt sind, damit die Auszubildenden optimal vorbereitet werden.



Organisierte Kriminalität als europäische Herausforderung

Wir legen Wert darauf, die Netzwerke der kriminellen Systeme als Ganzes zu bekämpfen. Die organisierte Kriminalität ist oftmals europäisch und weltweit vernetzt und macht nicht an Grenzen halt. Wir setzen uns daher insbesondere für **europäische Lösungen** zur Bekämpfung von Kriminalität ein.

Konkret möchten wir umsetzen, dass:

- der Aufbau von europäischen Austauschformaten und sogenannten **Joint Investigation Teams** innerhalb der Berliner Polizei proaktiv ausgeweitet wird. Zudem soll sich die Berliner Polizei weiterhin an temporären europäischen Projekten beteiligen.
- die **Spezialabteilung der Berliner Staatsanwaltschaft** und das Landeskriminalamt zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität mit weiteren Ressourcen ausgestattet wird. Insbesondere die Bekämpfung der Geldwäsche muss noch stärker im Fokus stehen.
- Geldwäsche insbesondere im Immobilienmarkt unterbunden wird. Dazu wollen wir prüfen, ob die seit Oktober 2020 geltende »Geldwäschegesetzmeldepflichtverordnung – Immobilien« effektiv wirkt. Zudem wollen wir Schlupflöcher, wie sie zum Beispiel durch sogenannte Share-Deals (siehe [Senkung der Grunderwerbsteuer bei Eigennutzung](#)) entstehen, schließen.
- **Aussteiger*innenprogramme** für sämtliche Mitglieder der organisierten Kriminalität etabliert werden.

Rechtsextremismus³⁹ in Berlin keine Chance geben

Die Zahl an rechtsextremen Straftaten hat sich im letzten Jahrzehnt nahezu verdoppelt, wobei die Aufklärungsquote von rechten Gewaltdelikten zuletzt weiter abgenommen hat.

Folgende Maßnahmen wollen wir ergreifen:

- die rasche **Weiterentwicklung des Analysetools »Radar«** des Bundeskriminalamts im Land Berlin zur Anwendung in unterschiedlichen Einsatzgebieten.
- Der Berliner Verfassungsschutz soll sicherstellen, dass der **Austausch von Informationen mit anderen Bundesländern**, dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie unseren europäischen Partner*innen weiter intensiviert wird.
- intensivere **Aufklärung und politische Bildung** innerhalb der Polizei zum Thema Rechtsextremismus und Reflektion von Vorurteilen.
- **Rechtsextreme Äußerungen**, im Dienst sowie in Chatgruppen, müssen ernst genommen und sanktioniert werden. Die Meldung kritischer Äußerungen muss für Kolleg*innen, Täter*innen und Zeug*innen anonym und einfach ermöglicht werden, unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten.
- in jedem Bezirk ein **Dialogforum** geschaffen wird. Dort können Polizei und Bürger*innen intensiv in Kontakt treten und darüber Vertrauen, Sensibilität und Verständnis für beide Seiten aufbauen.

³⁹ Wir verzichten bewusst darauf, linksextremistisch motivierte Gewalt in diesem Kapitel zu benennen (auch wenn wir diese selbstverständlich ablehnen). Dies würde die Gefahr einer Relativierung und Verharmlosung von rechts-extremen und rassistischen Grundgedanken mit sich bringen.

Terrorabwehr und Bürger*innenrechte in Balance

Weitreichende Eingriffe und eine Einschränkung von Bürger*innenrechten mit Verweis auf eine mögliche Terrorgefahr sehen wir sehr kritisch. Insbesondere den ausufernden Einsatz von **Videouberwachung ohne stichhaltigen Nachweis** eines Nutzens lehnen wir ab. Daher setzen wir uns dafür ein, die bestehenden Systeme im öffentlichen Raum dahingehend zu überprüfen, ob diese tatsächlich effektiv Kriminalität reduziert haben und den Datenschutzvorgaben entsprechen.

Umfangreiche Pilotprojekte zur Gesichts- und Gestenerkennung wurden bereits am Bahnhof Berlin-Südkreuz durchgeführt. Diese Systeme schränken die Grundrechte der Bürger*innen stark ein. Auch wenn diese Möglichkeiten aktuell noch nicht voll ausgeschöpft werden, ist eine Änderung in Zukunft denkbar. Um eine mögliche missbräuchliche Nutzung zu verhindern, setzen wir uns ein für einen **grundsätzlichen Verzicht auf Technologien zur automatisierten Gesichtserkennung** im öffentlichen Raum. So wurde es zum Beispiel auch in San Francisco entschieden.

Eine gestärkte Justiz

Der bestehende Personalmangel und die Vernachlässigung der Digitalisierung sind die Hauptgründe dafür, dass die Berliner Justiz seit Jahren überlastet ist. Als Folge werden Strafverfahren verzögert oder ausgesetzt. Dieser Rückstand sorgt für Frustration im gesamten Justizapparat. Konkret setzen wir uns ein für:

- **Abbau des Personalmangels** in der Berliner Justiz durch Schaffung von neuen Stellen und Erhöhung der Attraktivität der Berufsfelder
- Förderung der Diversität **der Mitarbeitenden** in der Berliner Justiz, die der Berliner Bevölkerung entspricht
- digitale Transformation der Berliner Justiz mithilfe der geplanten **Senatsverwaltung für Digitalisierung** (siehe [Einführung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung](#)). Hiermit kann eine deutliche bürokratische und zeitliche Entlastung der Mitarbeitenden in wenigen Jahren erfolgen.
- Bildung einer festen Organisationseinheit in der Senatsverwaltung für Digitalisierung in Zusammenarbeit mit dem IT Dienstleistungszentrum Berlin und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zum **Schutz** der Justiz **vor Cyberangriffen** wie durch Emotet
- rasche Einführung der **E-Akte in der Justiz** deutlich vor 2026
- **Ausbau der Justiz-Onlinedienste** in sinnvoller Verknüpfung mit den digitalen Services (Bürger*innendiensten) der Stadt Berlin, sodass entsprechende Leistungen einfacher gefunden und in Anspruch genommen werden können

CHANCEN- GLEICHHEIT IM BILDUNGSSYSTEM SCHAFFEN

Über die letzten Jahrzehnte blicken wir auf eine immer schnellere und komplexere gesellschaftliche Entwicklung zurück. Um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen aktiv und chancengerecht zu gestalten, müssen sich auch KiTas, Schulen und Hochschulen an zeitgemäßes Lernen anpassen und auf den Aufbau von Zukunftskompetenzen ausrichten. Bildung ist eine der wichtigsten Säulen für eine demokratische, gerechte und offene Gesellschaft.

Unsere Vision ist es, ein chancengerechtes, inklusives und progressives Bildungssystem zu etablieren. Es darf keinen Unterschied mehr machen, welche soziale oder kulturelle Herkunft ein Mensch hat.

Wir möchten jeder und jedem ermöglichen, sich frei zu entfalten. An interdisziplinären Lernorten sollen sich besonders jüngere Generationen auf die großen Fragen der Zukunft, durch Experimentieren, Forschen und Gestalten vorbereiten. Deshalb setzt sich Volt für einen gezielten Einsatz der Geldmittel und eine stärkere Vernetzung der Bildungsakteur*innen ein. Das beginnt bei der Bezahlung der betreuenden Personen unserer Kleinsten, dem Einsatz innovativer Lehrmethoden, der Vermittlung von Klimaschutz und -gerechtigkeit, der Umsetzung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie und schließt das lebenslange Lernen mit ein.

INNOVATIVE UND DIGITALE KONZEPTE IM UNTERRICHT

Es fehlen an vielen Stellen Computer, schnelle Internetverbindungen, digitale Unterrichtsmittel, IT-Fachkräfte und digitale Kompetenzen der Lehrkräfte. Besonders der Breitbandnetzausbau verläuft nur schleppend an Berliner Schulen. Dabei sind sich mehr als 70 % der Erziehungsberechtigten und Lehrenden einig: **Digitale Kompetenzen** und Mittel müssen **grundlegender Bestandteil des Unterrichts** sein.⁴⁰ Daher werden wir uns für das einfache und effiziente Abrufen der Geldmittel aus dem Digitalpakt einsetzen. Derzeit verzögern unklare Anforderungen und unzureichende Hilfestellungen die Finanzierung von nachhaltigen IT-Infrastrukturkonzepten. Die Digitalisierung soll keine zusätzliche Aufgabe sein, sondern mittelfristig das Lernen wesentlich erleichtern und verbessern.

Die Digitalisierung an Schulen erleichtern wir durch folgende Maßnahmen:

- die **Bündelung der Kompetenzen** zur Unterstützung des infrastrukturellen Ausbaus in einer neu zu gründenden Senatsverwaltung für Digitalisierung, die dabei die zuständigen Bezirke unterstützt
- Bereitstellung von **notwendiger Hardware** für Lernende
- Beratung zur Erarbeitung der Förderanträge im Rahmen des Digitalpaktes. Verbesserte Prozesse zur Bestimmung und Aktualisierung der digitalen Schulausstattung, sodass Gelder zügiger ausgezahlt werden
- Freistellung von Lehrkräften für **Fortbildungen** zum Umgang mit neuen Medien (wie Rechtsgrundlagen der Nutzung von Medien, Datenschutz, ethische Grundlagen der neuen Medien (z. B. »HateSpeech«))
- Integration von Inhalten zu **IT- und Medienkompetenz** in der Ausbildung von Lehrkräften
- Ausreichend und gut ausgebildete Fachkräfte im digitalen Bereich an Schulen, durch
 - die Weiterbildung, die finanzielle Anerkennung und den nötigen Zeitrahmen für Lehrkräfte, die diese Aufgabe übernehmen wollen.
 - eine ausgeweitete und verbesserte Unterstützung durch das ITDZ.
 - den verstärkten Einsatz von nicht-lehrenden IT- Fachkräften an der Schule.
- einheitliche **Datenschutz- und Datensicherheitskonzepte**, sowie Software- und Kommunikationstools

⁴⁰ Vgl. Sonderstudie »Schule Digital« Lehrwelt, Lernwelt, Lebenswelt: Digitale Bildung im Dreieck SchülerInnen-Eltern-Lehrkräfte, in: Initiative D21, 2016, https://initiatived21.de/app/uploads/2017/01/d21_schule_digital2016.pdf [01.05.2021].

- altersgerechte Einführung von Inhalten zur Förderung der **Informatik- und Medienkompetenz** vom Kleinkindalter bis zum Schulabschluss (wie Umgang mit Medien, Medienkonsum, rechtliche Grundlagen und Datenschutz, sowie Programmiersprachen).

Best Practice: »Digital macht Schule«⁴¹

Bei »Digital Macht Schule« handelt es sich um ein Projekt der Hamburgischen Bildungsbehörde in Zusammenarbeit mit der Joachim Herz Stiftung und der Technischen Universität Hamburg. Es wurden im Herbst 2019 ca. 20 (von gut 450) Hamburger Schulen ausgewählt, die in einem Netzwerk im Austausch stehen. Dort werden gemeinsam Projekte erarbeitet und Fortbildungen zu spezifischen Themen angeboten. Ziel ist ein konstruktiver Austausch über digitale Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie im zweiten Schritt die konkrete Anwendung digitaler Unterrichtsmethoden in den Schulen.



Innovative Konzepte vor Ort umsetzen

Viele Lehrkräfte kritisieren, dass ihnen keine Zeit bleibt, neue Konzepte auszuprobieren und zu realisieren. Zudem werden Veränderungen und Initiativen in der Bildungspolitik meist durch Parteipolitik und weniger durch den aktuellen Wissensstand der Forschung geprägt. Selten werden **evidenzbasierte Konzepte** herangezogen.

Volt wird sich deswegen für den Einsatz von **Innovationsbeauftragten** an Bildungseinrichtungen in Berlin einsetzen. Diese sollen in Zusammenarbeit mit bestehenden Stellen (wie Qualitätsbeauftragte, Schulleitung) neue wissenschaftliche und innovative Konzepte an Schulen einbringen, testen und evaluieren, und hierbei die Lehrkräfte im Schulalltag entlasten. So kann Innovation stattfinden, ohne dass der laufende Schulalltag behindert wird. Neue Konzepte werden erprobt und langsam in enger Zusammenarbeit mit allen Lehrkräften eingeführt, wobei ein großer bürokratischer oder finanzieller Aufwand vermieden wird.

Dabei ist die Qualität der neuen Lernkonzepte nicht ausschließlich über die Noten der Absolvent*innen und Lernenden definiert. Ebenso sollte das **Feedback aller Beteiligten** miteinbezogen werden, allen voran der Schüler*innen selber, deren Bedürfnisse im Zentrum des Bildungssystems stehen sollten. Durch Einbindung der Schüler*innenmeinung erfahren und erlernen diese echte Teilhabe, was sie langfristig für Übernahme von Verantwortung in unserer Gesellschaft und Demokratie ermutigt.

Innovation bedeutet auch, die Lehrinhalte stetig an aktuelle Herausforderungen anzupassen. Als besonders wichtigen Punkt möchten wir hier eine umfassende

⁴¹ Vgl. Digital macht Schule, in: Projekt der Behörde für Schule und Berufsbildung und der Joachim Herz Stiftung, <https://digitalmachtschule.de> [01.05.2021].

Klimabildung nennen, welche auf vielen verschiedenen Ebenen innerhalb des Schulalltags stattfinden sollte. Hierzu gehört auch **regionales, saisonales** und **ökologisches Essen** in Mensen und Cafeterias. Kinder sollen schon frühzeitig einen nachhaltigen Umgang mit Pflanzen, Tieren und Lebensmitteln erlernen.

Volt wird sich dafür einsetzen, dass **finanzielle, rechtliche und zeitliche Rahmenbedingungen** für die Innovationsbeauftragten in den Berliner Bildungsstätten geschaffen werden. Unsere Bildung soll sich individueller, progressiver, schneller und effektiver an die heutigen Herausforderungen anpassen.

CHANCENGLEICHHEIT VON ANFANG AN – BEGINNEND MIT DER SCHWANGERSCHAFT

Die Geburt und die ersten drei Lebensjahre sind entscheidend für die emotionale und kognitive Entwicklung von Kindern. Hierauf haben Chancenungleichheiten oder -ungerechtigkeiten einen großen Einfluss. Ein gerechtes Bildungssystem setzt somit vor der Geburt an. Es gibt bereits gute Möglichkeiten der Unterstützung in diesem Zeitraum, wie beispielsweise durch Hebammen. Schwangere und junge Familien in Berlin haben oft große Schwierigkeiten, eine Hebamme oder auch ein passendes Kranken-/Geburtshaus zu finden. Die Zahl der Geburtshäuser hat in Berlin in den letzten Jahren abgenommen.

Konkret setzen wir uns ein für:

- eine stärkere **Förderung der Ausbildung von Hebammen** sowie eine Verbesserung der Vergütung und der rechtlichen Rahmenbedingungen
- eine optimale **Vernetzung** zwischen Hebammen, Frauenärzt*innen, Kinderärzt*innen, Sozialarbeitenden, Psychotherapeut*innen und (Kinder-) Psychiater*innen. Dies hat zum Ziel, jedem Kind den **bestmöglichen Start ins Leben** zu ermöglichen. Junge Familien sollen die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.
- eine gesicherte Versorgung für Mütter und Kinder, z. B. durch eine höhere Zahl an Geburtshäusern und eine bessere Ausstattung von Kinder- und Frauenkliniken

MEHR MITEINANDER IM BILDUNGSSYSTEM

Der Bildungsstand einer Person in Deutschland hängt stark von der sozialen und kulturellen Herkunft ab. Gute Sprachkenntnisse sind wichtig für den Erwerb weiterer Fähigkeiten. Aktuelle Integrationsmodelle sind noch nicht ausreichend ausgewertet, wie zum Beispiel die Willkommensklassen für geflüchtete Kinder. Die Organisation des Unterrichts soll verbessert werden. Weiterhin möchten wir die Umwandlung des

Berliner Leitfadens⁴² zu einem verbindlichen Curriculum in Willkommensklassen vorantreiben. Zudem erscheint uns die Trennung der migrierten und nicht-migrierten Kinder und der unkoordinierte, langsame Übergang von Willkommensklassen zu anderen Klassen nicht förderlich.⁴³

Zusätzlich hängt der Bildungserfolg immer noch vom familiären Hintergrund eines Kindes ab. Das führt dazu, dass Kinder aus Haushalten ohne akademische Laufbahnen seltener Abitur machen und ein Studium aufnehmen.

Volt ist überzeugt, dass der kulturelle, sprachliche, religiöse, soziale und wirtschaftliche Hintergrund eines Kindes nicht den Bildungserfolg vorbestimmen darf. Jede Person soll die Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten – in der Schule, in der Ausbildung, im Studium oder im Beruf.

Deswegen werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- die Erarbeitung eines verbindlichen und **evidenzbasierten Curriculums** für Willkommensklassen⁴⁴
- die spezielle **Sprachförderung** von Kindern aus nicht-deutschsprachigen Haushalten in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten.
- die weiterführende Unterstützung durch Logopäd*innen und Sprachlehrkräfte beim Übergang von Willkommensklassen zu anderen Klassen
- die Mitarbeit von Sozialarbeiter*innen, Psychiater*innen und Psycholog*innen an Schulen und KiTas
- Förderung einer erfolgreichen Integration durch **frühzeitiges gemeinsames Lernen** und Teilhabe am Schulalltag von migrierten und nicht-migrierten Kindern. Gute Möglichkeiten stellen Bundesjugendspiele, Projektstage oder Festivitäten dar.
- individuelles Lernen in Schulen und KiTas, welches auf die Bedürfnisse des Kindes eingeht
- mehr Austausch über Religion, Diskriminierung, Kultur und Vielfalt im Schulalltag

Professionelle Förderung individueller Bedürfnisse

Viele Kinder lernen erfolgreicher in speziellen Förderschulen, da dort die Betreuung und das Lernen auf die Bedürfnisse eingestellt sind. Dadurch ergibt sich jedoch, dass

42 Vgl. Leitfaden zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in die Kindertagesförderung und die Schule, in: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, 07.12.2018, https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/faecher/sprachen/deutsch_als_Zweitsprache/Leitfaden_zur_Integration_Stand_07.12.18.pdf [01.05.2021].

43 Vgl. Forschungsbericht »Solidarität im Wandel?«, in: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, 2017, <https://www.bim-fluchtcluster.hu-berlin.de/de/fluchtcluster-1> [01.05.2021].

44 Vgl. Forderungen des Arbeitskreises Junge Flüchtlinge des Flüchtlingsrats Berlin an die bildungspolitischen Sprecher*innen der Berliner Regierungsfractionen, in: Flüchtlingsrat Berlin e.V., 06.06.2019, https://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/forderungen-des-akjf_6_6_19.pdf [01.05.2021].

Kinder mit und ohne speziellen Förderbedarf im Alltag seltener in Kontakt kommen, was zu weniger Verständnis für Diversität in unserer Gesellschaft führen kann.

Um auch an Regelschulen **Inklusion** gelingen zu lassen, ergreifen wir folgende Maßnahmen:

- die Förderung **multiprofessioneller Teams** aus Sozialpädagog*innen, Schulbegleiter*innen und Lehrkräften zur besseren Unterstützung flexibler Unterrichtssysteme für Kinder mit speziellem Förderbedarf und/oder Behinderung
- die Erhöhung der Sichtbarkeit der SIBUZ (Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren)
- verbindliche Schaffung eines*einer **Inklusionsbeauftragten** an jeder Bildungseinrichtung
- bessere **Vernetzung** der schulpsychologischen und beratenden Einrichtungen und Schulen (auch mit Unterstützung des*der Integrationsbeauftragten)

FRÜHKINDLICHE BILDUNG ALS GRUNDSTEIN FÜR ERFOLGREICHES LERNEN

Im vorschulischen Alter werden entscheidende kognitive, sozial-emotionale und sprachliche Grundlagen der Entwicklung gelegt. Versäumnisse können später nur schwer ausgeglichen werden. Es gibt einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Investition in frühkindliche Bildung und dem volkswirtschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Mehrwert. Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder nach Vollendung des ersten Lebensjahres und dem Gute-KiTa-Gesetz wurden bereits wichtige Impulse gesetzt. Allerdings wurden aus den Gesetzesvorhaben bisher zu wenige in die Praxis umgesetzt.⁴⁵

Wir setzen uns ein für **bessere Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen**, eine **effiziente KiTaplatz-Vergabe** und die **Flexibilisierung der Betreuungszeiten**.

Bessere Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen

Der Beruf von Erzieher*innen ist für Volt ein fundamentaler Teil einer funktionierenden Gesellschaft und muss entsprechende Anerkennung und ein angemessenes Arbeitsumfeld erhalten.

Konkrete Maßnahmen zur Aufwertung des Berufs und Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind folgende:

- höheres Gehalt für Erzieher*innen, schon in der Ausbildung
- kostenfreie Ausbildung von Erzieher*innen, auch bei freien Trägerschaften

⁴⁵ Vgl. Kitapersonal braucht bessere Arbeitsbedingungen: in: Bertelsmann Stiftung, 26.09.2019, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/september/kitapersonal-braucht-bessere-arbeitsbedingungen> [01.05.2021].

- Förderung von Weiterbildungen zur **Stärkung der Bildungsqualität**, Ausbau des lebenslangen Lernens und dem Aufzeigen von Entwicklungsmöglichkeiten
- mehr Möglichkeiten der **Mitgestaltung und Freiraum für Erzieher*innen** in öffentlichen KiTas, neue Konzepte einzubringen und zu erproben
- Förderung der **Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse** und Konzepte in KiTas
- eine Überprüfung, ob das aktuelle und zukünftige Angebot an Ausbildungsplätzen für Erzieher*innen der erwarteten Nachfrage gerecht wird
- Förderung eines höheren Anteils der Erzieher* (männlich und divers) durch passende Adressierung der Zielgruppe
- die enge Zusammenarbeit mit Logopäd*innen und Sprachlehrkräften in KiTas
- Anwendung verbindlicher Prüfverfahren mit anerkannten **Standards zur Qualitätsfeststellung und Qualitätsentwicklung** in KiTas und Krippen. Hierfür soll der Nationale Kriterienkatalog »Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder« (NKK) eingesetzt werden.⁴⁶ Als Prüfverfahren kommen für den Elementarbereich die Kindergarten-Einschätz-Skala (KES-RZ), für den Krippenbereich die Krippenskala (KRIPS) zum Einsatz.
- Ziele bis 2025: Steigerung der personellen Ressourcen, sodass 80 % der Kinder unter drei Jahren und 100 % der Kinder über drei Jahre betreut werden können. Dabei soll der Personalschlüssel für Kinder unter drei Jahren bei 1:3 und bei Kindern über drei Jahre bei 1:7,5 liegen.

Effiziente KiTaplatz-Vergabe und Flexibilisierung der Betreuungszeiten

Flexible Betreuungszeiten an KiTas sind ein fundamentaler Teil einer gleichberechtigten Gesellschaft, in der nicht grundsätzlich ein Teil der Erziehungsberechtigten zu Hause bleiben muss, um den Erziehungsauftrag erfüllen zu können.

Volt plant folgende Maßnahmen:

- vollständige Erfassung des tatsächlichen Bedarfs an KiTaplätzen in Berlin durch ein verständliches digitales System. Dies erleichtert die Vergabe freier Plätze über ein integriertes Meldesystem auf der KiTa-Navigator Plattform.
- frühzeitige Anpassung und Bedarfsberechnung künftig benötigter KiTaplätze anhand der Geburtenzahlen
- die Förderung von betrieblichen Trägerschaften. Abhängig von der Präferenz der Erziehungsberechtigten soll der KiTaplatz so nah wie möglich am Wohnort oder am Arbeitsplatz sein.

⁴⁶ Vgl. Dittrich, Irene et al.: Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder: Ein Nationaler Kriterienkatalog: in: verlag das netz GmbH, 2016, S. 23.

- **flexiblere und längere Kernzeitbetreuung** an allen KiTas von 7 bis 18 Uhr und Ausbau der KiTa-Plätze mit Betreuung zu Randzeiten und am Wochenende
- Entwicklung eines attraktiven Zuschlags-/Bonussystems, um Erzieher*innen entsprechend des zusätzlichen Aufwands zu entlohnen.
- Der finanzielle und betreuereische Ausgleich für Erziehende muss effizient und unbürokratisch erfolgen, solange in Berlin ein KiTaplatzmangel herrscht. Dies muss auch ohne eine Klage möglich sein.

Best Practice: Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten

In England gibt es seit 1997 das Early Excellence Center, welches darauf abzielt, die individuelle Förderung der Kinder zu stärken. Erziehungsberechtigte werden hierbei in die Förderung der Entwicklungspotenziale und Lernbedürfnisse ihrer Kinder aktiv einbezogen, indem eine stärkere Vernetzung zwischen Erzieher*innen und dem familiären Umfeld der Kinder aufgebaut wird.⁴⁷ Das Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin hat bereits ein pädagogisches Konzept, angelehnt an das englische Vorbild, erfolgreich umgesetzt. Diesen Ansatz möchten wir weiter ausbauen.

SCHULISCHES LERNEN FÜR ALLE BETEILIGTEN VERBESSERN

Schüler*innen sollen bestmöglich auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet sein durch eine **ganzheitliche und individualisierte Ausbildung**, die auf Fähigkeiten, Fertigkeiten und Potenziale der Lernenden eingeht. Unser Ziel ist es, informierte, involvierte, selbstständige und mündige Bürger*innen auszubilden. Lehrkräftemangel, zu große Klassen und zu wenig Innovation in den Schulen verhindern dies jedoch. Daher wollen wir **das öffentliche Schulsystem stärken** und für attraktive Lernbedingungen sorgen.



Multiprofessionelle Teams und bessere Konditionen für Lehrkräfte

In Berlin fehlen circa 3.000 Lehrkräfte. Nicht zuletzt auch wegen der COVID-19-Pandemie und der attraktiven Verbeamtung in Brandenburg wurden viele Lehrstellen nicht besetzt. Zudem leiden Lehrkräfte immer öfter an Stress und psychischem Druck, was zu weiterem Ausfall führt. Die 40 % quereinsteigenden Lehrkräfte in Berlin sind überproportional hoch auf soziale Brennpunkte und Randbezirke verteilt.

⁴⁷ Vgl. Unser pädagogisches Konzept Early Excellence, in: Pestalozzi-Fröbel-Haus, <https://www.pfh-berlin.de/de/early-excellence> [01.05.2021].

Wir werden folgende Maßnahmen ergreifen:

- Der Lehrberuf in Berlin muss attraktiver und an bessere Konditionen gekoppelt werden: mehr **Freiräume** für pädagogisches Arbeiten, Ausbau des therapeutischen Angebots für Lehrkräfte, Evaluierung und ggf. Anpassung der Hauptstadtzulage, **fächer-angepasste Klassengrößen**.⁴⁸
- Verteilung der komplexen pädagogischen Arbeit auf **multiprofessionelle Teams**. Es müssen nicht nur mehr Lehrkräfte, sondern auch zusätzliche sonderpädagogische Begleitende, Sozialarbeitende und Psycholog*innen an Schulen angestellt werden.
- angepasste **Weiter- und Fortbildungen**, die Lehrkräfte auf den tatsächlichen Schulalltag vorbereiten, wie z. B. Konfliktbewältigung, Kommunikationsfähigkeit
- **Bezug zu Klimawandel und -gerechtigkeit** im Curriculum der Lehrer*innen
- eine angemessene Zahl an Lehrkräften mit pädagogischer Ausbildung in sozialen Brennpunkten und Randbezirken

Bildungsqualität durch Feedback und Vernetzung von Lehrkräften erhöhen

Berlin gibt pro Schüler*in bundesweit das meiste Geld aus – allerdings wurde dadurch die Qualität der schulischen Bildungsvermittlung⁴⁹ nicht gesteigert. In den Schulen wurden bisher nur unzureichend Konzepte zum **Qualitätsmanagement** etabliert. Dementsprechend werden Evaluierungen häufig nicht durchgeführt oder die Resultate bleiben ohne Konsequenzen.⁵⁰

Unser Ziel ist es, Standards zu etablieren, Unterrichtsqualität regelmäßig zu überprüfen und Defizite unverzüglich zu beheben.

Volt wird folgende Ideen umsetzen:

- Aufbau eines **Netzwerks für Lehrkräfte** derselben Schule und verschiedener Schulen untereinander. Hierbei liegt der Fokus auf einer offenen Feedbackkultur, gegenseitiger Supervision, sowie Integration neuer didaktischer und methodischer Ansätze. Unterstützung der Schul- und Fachleitung beim Ausbau dieser Strukturen.
- Einführung einer effektiven und wertschätzenden **Feedback-Kultur** in Schulen durch regelmäßige Evaluation der Lehrkräfte untereinander nach einheitlich definierten Standards durch die Schul- und Fachleitung, sowie Einbindung von

48 Vgl. Country Note, Finland, in: OECD: Education at a Glance 2014, 2014, <http://www.oecd.org/education/Finland-EAG2014-Country-Note.pdf> [01.05.2021].

49 Mit der Qualität der schulischen Bildungsvermittlung ist nicht der (inter-)nationale Vergleich der Fähigkeiten der Schüler*innen gemeint, sondern die Qualität der Vermittlung der Lerninhalte.

50 Vgl. Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin, in: Berlin.de, 07.10.2020, <https://www.berlin.de/sen/bjf/service/presse/pressearchiv-2020/pressemitteilung.1001055.php> [01.05.2021].

Feedback von Lehrkräften und Schüler*innen. Darüber hinaus sollen auch Sonderpädagog*innen und Schulbegleiter*innen bei der Evaluierung einbezogen werden, soweit diese dem Unterricht regelmäßig beiwohnen.

- Erarbeitung eines Entwicklungsplans und konkreter Weiterbildungsziele für Lehrkräfte basierend auf der Evaluation
- Überarbeitung des **Weiterbildungskonzepts** für Lehrkräfte, mit stärkerer Ausrichtung an aktuellen Themen (z. B. Inklusion, Medienkompetenz, Klimagerechtigkeit)
- Rahmenbedingungen schaffen, damit Lehrkräfte ausreichende und kostenlose Fort- und Weiterbildungen in Anspruch nehmen können. Diese dürfen weder den Unterricht behindern, noch außerhalb der regulären Arbeitszeiten liegen, um keine Mehrbelastung für interessierte Lehrkräfte darzustellen.



Persönlichkeitsentwicklung, Reflexionsfähigkeit und politische Mündigkeit

Volt stellt die **Persönlichkeitsentwicklung**, das **selbstbestimmte Leben** sowie die Eingliederung und **Mitgestaltung der Gesellschaft** in den Fokus der Lehre an den Schulen.⁵¹

Volt möchte folgende Maßnahmen ergreifen:

- **flexibleres Curriculum**, das sich an das Weltgeschehen, die Bedürfnisse der Lernenden oder die Gruppensituation anpassen kann, um Lehrkräften mehr Freiraum zu geben
- **umfassende Klimabildung** an KiTas und Schulen. Hierfür sollen Bildungspläne in Kitas sowie Curricula in den Schulen entsprechend angepasst werden
- Reduktion der notenbasierten Bewertung und Ergänzung durch ein Feedbacksystem, welches sich an den **persönlichen Stärken und Fähigkeiten** von Schüler*innen orientiert. Dies hat zur Folge, dass die Persönlichkeitsentwicklung und weniger die reine Wissensabfrage in den Mittelpunkt rückt.
- Einführung von **verbindlichen strukturierten Gesprächen** zur Persönlichkeitsentwicklung (vgl. mit Lernentwicklungsgesprächen) mit Schüler*innen, Lehrkräften/ Erzieher*innen und Erziehungsberechtigten zum gemeinsamen Besprechen der Fortschritte, der persönlichen Umstände und der Planung von Zielen für das nächste Halbjahr⁵²
- Fortbildung der Lehrkräfte in Bezug auf kompetenzorientiertes, schüler*innen-zentriertes und projektbasiertes Lernen⁵³

51 Vgl. Pape, Helmut et al.: John Dewey - Über Bildung, Gewerkschaften und die demokratische Lebensform, in: Hans Böckler Stiftung, 06.2019, https://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_421.pdf, S. 16 [01.05.2021].

52 Vgl. Butz, Tobias: Dialogische Form der Leistungsbeurteilung, in: Das Deutsche Schulportal, 06.02.2020, <https://deutsches-schulportal.de/konzepte/portfolio-dialogische-form-der-leistungsbeurteilung> [01.05.2021].

53 Vgl. Dürr, Karlheinz: The school: A democratic learning community, in: Council of Europe, 11.2005, <https://rm.coe.int/16802f726f> [01.05.2021].

Senkung der Zahl an Schulabbrechenden

Im bundesweiten Vergleich hat Berlin eine hohe Schulabbrechendenquote. Durch ein sicheres und eng zusammenarbeitendes Netzwerk von Schüler*innen, Erziehungsberechtigten, Lehrenden, Sozialarbeitenden, Ämtern, Verwaltung und SIBUZ⁵⁴ kann die Abbrechendenquote gesenkt werden.

Volt möchte folgende Maßnahmen umsetzen:

- Erstellung eines Konzeptes zur besseren **Vernetzung von Bildungseinrichtungen**, sozialpädagogischen und therapeutischen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Erziehungsberechtigten sowie den staatlichen Ansprechpersonen
- finanzielle und personelle Aufstockung der Jugendhilfe und der Gesundheitsämter
- Verbesserung der **frühzeitigen Erkennung** und nachhaltigen Förderung von benachteiligten oder lernschwachen Schüler*innen. Dies kann durch **aufsuchende Arbeit** an Schulen und durch Verbesserung der digitalen Angebote des SIBUZ oder vergleichbaren Organisationen erzielt werden.
- Fortführung und wissenschaftliche Begleitung des Berliner »Bonus-Programms«. ⁵⁵ Hierbei erhalten Schulen mit einer hohen sozialen Belastung zusätzliche finanzielle Mittel vom Senat. Dies kann dabei helfen, soziale **Integration von schwächeren Schüler*innen** gezielter zu fördern und die Rate an Schulabbrechenden zu senken.

Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf

Die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin ist im Jahr 2020 auf 10,5 % gestiegen und höher als der Bundesdurchschnitt. Die **Orientierungsangebote** während und nach der Schulzeit müssen neben der Berücksichtigung individueller Fähigkeiten und Bedürfnisse neue **Perspektiven eröffnen** und die Absolvent*innen handlungsfähig machen.

Konkret setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- Herausarbeitung von individuellen Fähigkeiten, Interessen und Ressourcen bereits in den letzten Schuljahren, integriert in den Unterrichtsablauf. Zusätzliche Orientierungstage zur frühzeitigen Vernetzung mit Beratungsstellen, Arbeitgebenden, Hochschulen oder Förderungswerken.
- praktische **Bewerbungstrainings** in der Schul- und Abschlusszeit. Hier können Absolvent*innen Bewerbungsgespräche üben sowie Lebensläufe, Anschreiben und Mappen erstellen.
- Förderung und Bewerbung des freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres, des Bundesfreiwilligendienstes und des Europäischen Freiwilligendienstes

⁵⁴ Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren

⁵⁵ Vgl. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitstudie zum Bonus-Programm: in: DIPF - Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, 2018, https://www.berlin.de/sen/bildung/unterstuetzung/bonus-programm/anbieter/bonus_september-2018_zentrale-ergebnisse-fuer-senbjf.pdf, S. 3ff [01.05.2021].

- den Ausbau von Kontakten zwischen europäischen Schulen, Betrieben, Organisationen und anderen Bildungsinstitutionen, indem mehr außerschulische Lernsituationen (z. B. Praktika, Vorträge, Praxislernetage) angeboten und entsprechend finanziert werden werden
- die Förderung von Programmen zum Übergang zwischen Schule und Beruf (wie das MUT Camp⁵⁶ in Hamburg)



BETRIEBLICHE AUSBILDUNG ATTRAKTIVER MACHEN

In Berlin gibt es einen wachsenden Mangel an beruflichen Fachkräften, welcher die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt. Viele Ausbildungsstellen bleiben jedes Jahr unbesetzt, demgegenüber stehen einige Bewerber*innen, die keinen passenden Ausbildungsplatz finden. Oft stimmen das Interesse und die Fähigkeiten nicht mit dem Angebot überein. Rund ein Drittel aller Azubis bricht die Erstausbildung ab. Eine zu geringe Vergütung, eintönige Aufgaben oder eine fehlende Wertschätzung resultieren in Unzufriedenheit bei den Auszubildenden.⁵⁷ Hinzu kommt, dass sich Auszubildende unzureichend auf eine digitale Arbeitswelt vorbereitet fühlen, obwohl digitale Fähigkeiten für ihre berufliche Zukunft wichtig sind.

Daher werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- **Verbesserung der Rahmenbedingungen**, die zu Unzufriedenheit bei Auszubildenden führen, wie faire Arbeitszeiten und eine existenzsichernde Vergütung
- die Überprüfung der Lehrpläne bestehender Ausbildungsberufe in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern und eine entsprechende Erweiterung um den Erwerb **berufsübergreifender** und **digitaler Fähigkeiten**
- Erstellung eines **langfristigen Plans** zu benötigten Ausbildungsberufen gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern. So können die Betriebe frühzeitig Ausbildungsplatz-Angebote schaffen und diese in den Schulen aktiv beworben werden.
- die Stärkung der **Verbundausbildung**, bei der verschiedene Betriebe bei der Ausbildung von Fachkräften kooperieren. Dies ist insbesondere für kleinere Betriebe lohnenswert.
- aktive und gezielte Informationskampagnen zu **Fördermöglichkeiten** für Ausbildungsbetriebe, besonders für Kleinst- und Kleinbetriebe.
- finanzielle Förderung des **Meister-Abschlusses**, um dessen Attraktivität zu erhöhen

56 Vgl. <https://mutacademy.de>: Ein 5-tägiges Camp, bei dem in kleinen Lerngruppen die Themenschwerpunkte Abschluss, Persönlichkeitsentwicklung und Zukunftsplanung angegangen werden.

57 Vgl. Ausbildungsreport 2020: in: DGB Bundesvorstand, <https://www.dgb.de/++co++b79d0ae4-e7ab-11ea-807a-001a4a160123>, S. 31ff. [01.05.2021].

- stärkere Förderung von **ERASMUS+** (ehemals Leonardo) für europäische Auszubildende und Auszubildende. Gefördert werden grenzüberschreitende Projekte und Partnerschaften zum Zwecke der Berufsbildung.
- stärkere **Verzahnung** von Schulen und ausbildenden Betrieben, beispielsweise durch gemeinsame Workshops und Praktika. Dies sollte bereits mehrere Jahre vor dem geplanten Schulabschluss beginnen, um eine gezielte schulische Ausbildung zu ermöglichen.

HOCHSCHULEN – ORTE DES KRITISCHEN DENKENS UND UNABHÄNGIGEN FORSCHENS

Berlin besitzt eine breite Hochschullandschaft, die jedes Jahr tausende von Studierenden aus In- und Ausland in die Stadt zieht. Wir sehen Hochschulen und Universitäten als einen essentiellen Baustein zum Erlernen von kritischem Denken und der Möglichkeit des breiten und tiefen Forschens. Hierbei steht für Volt die **Freiheit der Forschung** und die **Förderung von Minderheiten** im Vordergrund, um der gesamten Gesellschaft **Zugang zu Wissen** zu ermöglichen.



Progressive und reflektierte Bildungsinhalte

Ein Ziel des Studiums ist das unabhängige, reflektierte und kritische Denken. Private Unternehmen haben in den letzten Jahrzehnten mehr Einfluss auf die Lerninhalte und Forschung an Universitäten und Hochschulen genommen, vor allem in naturwissenschaftlichen Fächern. Eine Ursache ist die Abhängigkeit von universitären Forschungseinrichtungen von externen Geldern. Eine enge Verzahnung von Forschung und Industrie kann in vielen Fällen förderlich sein, jedoch sollten Lerninhalte sowie Forschungsergebnisse davon unberührt bleiben.

Unsere Bildungsinhalte sind von lehrendem und forschendem Personal geprägt, in welchem Frauen und Minderheiten zu sehr unterrepräsentiert sind.⁵⁸ Dadurch ergibt sich unterbewusst ein Wissensaufbau aus einer Perspektive, die nicht unsere pluralistische Gesellschaft widerspiegelt.

Diese Situation soll sich verbessern durch:

- mehr Angebote für ein **Studium Generale**, welches fächerübergreifendes, transferierbares und progressives Lernen ermöglicht
- ausreichend finanzielle Förderung von Forschung, um unabhängige Forschungsergebnisse zu gewährleisten

⁵⁸ Vgl. Gender Datenreport 2018: in: Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender/kapitel/pdf/Gender_datenreport_2018.pdf [01.05.2021].

- Erarbeitung von Richtlinien, wie privatwirtschaftliche Kooperationen mit Bildungsinstituten gelingen können, ohne die **Unabhängigkeit von Lehrinhalten** oder **Forschungsergebnissen** zu gefährden
- verstärkte **Beteiligung** von Forschungseinrichtungen **an Gewinnen**, die durch Kooperationen mit der Wirtschaft entstehen
- Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten und Lehrmaterial, Autor*innen und Lehrkräften, die einen anderen als den westeuropa-zentrischen Blick auf Themen lehren und erforschen
- die Ausarbeitung und Umsetzung von Personal- und Lehrkonzepten, die von einem **vorurteilsfreien Blick auf die Kolonialzeit und heutige post-koloniale Strukturen** geprägt sind
- Integration von **Klimaforschung** und **nachhaltigem Wirtschaften** in alle universitären Curricula
- Ausbau der strukturellen und finanziellen Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Minderheiten und Menschen mit Behinderung in Lehre und Forschung durch Erarbeitung von **Gleichberechtigungskonzepten**

Bessere Arbeitsbedingungen für Forschende und Doktorand*innen

Viele Doktorand*innen sind in Teilzeit und mit zeitlich befristeten Verträgen angestellt. Dies hat oftmals zur Folge, dass die eigentliche Verfassung der Dissertationen in der »Freizeit« geschieht. Von der Forschung profitieren Lehrende und Einrichtungen, ohne dass Doktorand*innen eine angemessene Bezahlung erhalten. Folgen sind eine schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, fehlende Zukunftsperspektiven und mangelnder Nachwuchs in der Forschung. Verträge sind immer noch zeitlich begrenzt, da die Gesetzgebung durch Teilzeitverträge umgangen wird und die Tarifsperre des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes diese Befristungen ermöglicht. Dadurch entstehen unsichere Berufsperspektiven, welche das Templiner Manifest beheben möchte.

Wir setzen uns für **verbesserte Arbeitsbedingungen** für Forschende und Doktorand*innen ein, insbesondere für eine **gerechte Bezahlung, langfristige Arbeitsverträge** sowie eine bessere **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**.

LEBENSLANGES LERNEN ERMÖGLICHEN

Das Wissen der Menschheit vermehrt sich in unserer globalisierten Welt exponentiell. Für Arbeitnehmende und Arbeitgebende wird es immer wichtiger, sich lebenslang fortzubilden und das eigene Wissen dem aktuellen Stand der Wissenschaft anzupassen. Wir sind davon überzeugt, dass lebenslanges Lernen in Zukunft einen immer wichtigeren Aspekt unseres Lebens darstellen wird.



Volkshochschulen als integrative Bildungsinstanzen

Die Volkshochschulen stellen einen Grundpfeiler unserer Gesellschaft für lebenslanges Lernen dar. Das Angebot ist vielfältig und zumeist günstig.

Wir setzen folgende Maßnahmen um:

- Ausbau und finanzielle Förderung der Volkshochschulen
- Förderung von mehrsprachigen Angeboten sowie von Kursen in leichter Sprache, bei denen Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen zusammentreffen können
- Förderung von Angeboten, die Theorie und Praxis zu **nachhaltigem Leben** in der Klimakrise vermitteln
- kostenlose Angebote für Menschen, die nicht über ausreichend Geld verfügen
- Ausbau der hybriden **Ausbildungsmodelle für Migrant*innen** an den VHS, bei denen Integrationskurse mit betrieblicher Ausbildung kombiniert werden
- Ausbau von Systemen zum **Qualitätsmanagement** in Volkshochschulen und regelmäßige **Evaluation** der Lehrenden
- die Erweiterung der **digitalen Ausstattung** und **Kompetenzen** von Lehrenden und Lernenden
- stärkere Vernetzung von Bildungsträgerschaften aus Wirtschaft und öffentlicher Hand in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP)



Arbeitnehmer*innen fit für die Zukunft durch Weiterbildung und europäischen Austausch

Im Zuge der Digitalisierung und einer globalisierten Welt werden sich viele Berufe in Zukunft ändern. Viele neue kommen hinzu, manche werden zukünftig in unserer Gesellschaft nicht mehr benötigt werden. Aus diesem Grunde halten wir lebenslanges Lernen auch innerhalb der Betriebe für sehr wichtig. Dem europäischen Austausch kommt hierbei künftig eine zentrale Rolle zu. Bislang bieten ungefähr die Hälfte aller Betriebe aktiv Weiterbildungen für ihre Mitarbeitenden an.⁵⁹

Wir wollen Betriebe durch finanzielle und steuerliche Hilfen ermutigen, künftig mehr **Fortbildungen für Mitarbeitende** anzubieten. Diese sollen sich nicht nur die reine Wissensvermittlung zum Ziel haben, sondern weitergehende Fähigkeiten vermitteln: persönliche Weiterentwicklung, Klimaschutz, Abbau von Vorurteilen etc.

Best Practice: Estland

Bereits 2014 hat Estland eine landesweite Strategie zum lebenslangen Lernen erstellt. Wichtige Bereiche sind die Digitalisierung und die Nachhaltigkeit.⁶⁰

59 Vgl. Bildung in Deutschland 2020: in: bildungsbericht.de, https://www.bildungsbericht.de/static_pdfs/bildungsbericht-2020.pdf [01.05.2021] S.212.

60 Vgl. The Estonian Lifelong Learning Strategy 2020: in: Ministry of Education and Research, 2014, https://www.hm.ee/sites/default/files/estonian_lifelong_strategy.pdf[01.05.2021].

Darüber hinaus streben wir eine **europäische Vernetzung** von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden an. Dies kann durch gemeinsame Fortbildungen, gegenseitige Schulungen oder Kooperationsprojekte geschehen.

Voraussetzung hierfür ist die europaweite Anerkennung von Berufsabschlüssen, Zertifikaten und Weiterbildungen.

Auch **innereuropäische Praktika** oder **Austauschprogramme** sollen mehr als bislang gefördert werden. Das europäische Programm ERASMUS+ nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein.



Best Practice: ERASMUS+

ERASMUS+ vereint Förderprogramme zur Schul- und Hochschulbildung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt auf lebenslangem Lernen.⁶¹

61 Vgl. EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport: in: Erasmus+, 24.02.2021, <https://www.erasmusplus.de> [01.05.2021].

EINE VIELFÄLTIGE KULTUR- LANDSCHAFT FÜR ALLE

Kultur ist ein fundamentaler Baustein von Demokratie und Gesellschaft und der Kern des Berliner Freiheitsgefühls. Berlin beherbergt kreative Vielfalt, eine lebendige und diverse Clubszene sowie historische Gedenkstätten.

Spätestens seit der COVID-19-Pandemie ist die prekäre Lage vieler freischaffender Künstler*innen, Kultureinrichtungen und Jugendorganisationen sichtbar geworden.

Unsere Ziele sind der Erhalt und die Förderung dieser vielfältigen Kulturlandschaft.

KULTURFÖRDERUNG – LANGFRISTIGE PERSPEKTIVEN SCHAFFEN

Berlin ist eine europäische Kulturmetropole. Dies spiegelt sich vor allem in einer großen Vielfalt an Theater-, Opern- und Konzerthäusern sowie Ballett, Chören und Museen von internationalem Rang wider. Darüber hinaus spielen die vielen freien Künstler*innen und ein großes Angebot nicht-professioneller Orchester, Chöre und Bands eine herausragende Rolle. Diese einzigartige kulturelle Landschaft gilt es zu schützen und zu fördern. Neben der großen Bedeutung für viele Berliner*innen zieht die kulturelle Szene jedes Jahr viele Tourist*innen an. Die Kulturszene nimmt eine wichtige gesellschaftliche Funktion wahr, indem sie als Bildungs- und Begegnungsstätte dient, Safe Spaces und Repräsentation bietet und Aufmerksamkeit auf gesellschaftliche und politische Probleme lenken kann.

- Derzeit wird die Kultur in Berlin mit ca. sechshundert Millionen Euro pro Jahr vom Senat gefördert. Um die Attraktivität Berlins als internationalen Kulturstandort zu erhalten und auszubauen, will Volt diese Förderung beibehalten und nach Möglichkeit erweitern. Außerdem soll die **Förderung für aktuelle und entstehende Strömungen** geöffnet werden, beispielsweise digitale Kunst oder neuartige Musikrichtungen.
- Die Förderung soll transparent sein und Akteur*innen Planungssicherheit bieten. Dafür soll nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen ein **Kulturförderplan** auf mehrere Jahre angelegt werden: Dabei soll eine gute Balance gefunden werden zwischen kurzfristiger projektbezogener Förderung und längerfristiger Förderung von gewachsenen Strukturen. Künstler*innen sollen bei der Suche nach Proberäumen, Ateliers oder Ähnlichem Unterstützung erhalten können.
- Ein Schwerpunkt soll bei der Förderung auf Projekten liegen, die ihr Angebot durch kulturelle Bildungsprogramme einem breiten Publikum zugänglich machen und sich für eine solidarische, demokratische Gesellschaft einsetzen. Auf geschichtliche Bildung und **aktive Erinnerungskultur in den Berliner Museen** soll ebenso Wert gelegt werden, wie auf die Restitution von Raubkunst und eine kritische Reflexion der Museumsgeschichte.
- Neben den etablierten Einrichtungen sollen auch die **Jugend- und Breitenkultur** sowie **nicht-professionelle Kulturinstitutionen** wie Amateur*innenorchester, -chöre und -bands gefördert werden. Dies kann neben einer finanziellen Förderung auch etwa die Bereitstellung von (Proben-)Räumen oder Vernetzungsplattformen beinhalten.
- Darüber hinaus soll der kulturelle Austausch mit anderen Ländern gefördert werden. Volt setzt sich verstärkt für weitere **europäische Kulturpartnerschaften** ein, die Berlin mit anderen Städten und Regionen schließen soll. Für Kultureinrichtungen

und Menschen in der Kulturszene, die sich aktiv an dem Austausch beteiligen, soll Unterstützung in Form von Stipendien, Vernetzung oder projektbezogener finanzieller Förderung zur Verfügung gestellt werden.

DIE CLUBSZENE – EIN MARKENZEICHEN BERLINS

Clubkultur fördern und bewahren

Die Berliner Clubkultur ist eine der kulturellen und künstlerischen Säulen der Hauptstadt.

Berliner Clubs sind Orte, die vielen marginalisierten Gruppen die Chancen des Austauschs und freien persönlichen Entfaltung ermöglichen. Besonders für die LGBTQI+ Community ist die Berliner Clubszene ein Kulturraum, der unbedingt geschützt werden muss. Aus der ganzen Welt kommen jährlich tausende queere Menschen, um die Berliner Freiheit und Toleranz zu erleben. Um diese Vielfalt zu erhalten, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die Szene schützen und weiterentwickeln. Die Anerkennung von Clubs als offizielle Kultureinrichtungen war bereits ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Mit einem Umsatz von 1,48 Mrd. Euro (2019) und über 9000 Beschäftigten ist die Berliner Clubszene wichtiger Wirtschaftszweig und Arbeitgeberin der Stadt.

- Um den Bestand von Einrichtungen zu ermöglichen, wenn z. B. Neubau-Projekte in der Nachbarschaft von Clubs anstehen, soll das »**Agent of Change**«-Prinzip⁶² angewendet werden.

Best Practice: London (Vereinigtes Königreich)

Das Agent of Change«-Prinzip wird in London erprobt, um die dortige Kulturszene zu bewahren und gleichzeitig der Stadtentwicklung Raum zu geben. Um Clubs und andere geräuschintensive Kultureinrichtungen zu schützen, müssen Schalldämmung und weitere Maßnahmen bei Neubauprojekten genutzt und gefördert werden. So kann verhindert werden, dass bestehende Einrichtungen Beschwerden bzgl. Lärmbelästigung erhalten oder gar schließen müssen.

Freiluftveranstaltungen niedrigschwellig ermöglichen

Unter anderem durch viele Neubauprojekte wird das Veranstalten von Freiluftpartys in Berlin immer schwieriger. Viele Veranstaltungen finden illegal statt und werden oft von Polizei und Ordnungsamt aufgelöst.

⁶² Vgl. Agent Of Change verändert die Stadtentwicklungspolitik in London: in: LiveMusikKommission e.V., <https://www.livemusikkommission.de/arbeitskreise/kulturraumschutz/agent-of-change/> [01.05.2021].

Um Planungssicherheit zu gewährleisten und **Freiluftveranstaltungen** in ganz Berlin **rechtlich zu ermöglichen**, planen wir ein Gesetz zur legalen Durchführung von Freiluftveranstaltungen im öffentlichen Raum.

Best Practice: Bremen

Die Stadt Bremen hat bereits 2016 ein »Freiluftparty-Gesetz« eingeführt.⁶³

Nach diesem Vorbild wollen wir in einer mehrjährigen Testphase folgende Regeln für ganz Berlin einführen:

- Veranstaltende müssen Kontaktdaten nennen und für sanitäre Anlagen sorgen,
- die Sauberkeit muss spätestens 24 Stunden nach Ende der Veranstaltung wieder hergestellt und der Ort ab 10 Uhr des nächsten Tages wieder nutzbar sein,
- die öffentliche Sicherheit muss gewährleistet werden,
- es darf keine akute Lärmbelästigung für Anwohnende entstehen,
- Veranstaltungen sollen bis zu 24 Stunden vor dem Beginn beim Ordnungsamt eingereicht werden können,
- für Veranstaltende sollen keine Kosten für die Beantragung entstehen.

Aufwertung der Jugendleitercard⁶⁴

Die sogenannte **Jugendleitercard** bietet schon jetzt für ehrenamtlich engagierte Mitarbeitende in der Jugendarbeit die Möglichkeit, Vergünstigungen und Fortbildungen zu erhalten. Wir möchten die Bekanntheit und auch die Attraktivität der Card weiter fördern.

- Wenn Gruppenleiter*innen ihre Jugendgruppen betreuen, sollen sie **freien Eintritt** in alle Museen, Schwimmbäder und die Eissporthallen erhalten sowie freie Fahrten mit dem ÖPNV.

UNKOMPLIZIERTE HILFEN IM RAHMEN DER COVID-19-PANDEMIE

Durch die Tragweite der COVID-19-Pandemie können befristete, einschneidende Maßnahmen notwendig sein, die auch den Kulturbereich betreffen. Diese Maßnahmen kommen nicht selten einem Berufsverbot für Künstler*innen und Beschäftigte im Veranstaltungsgewerbe gleich, wodurch diese in ihrer Existenz bedroht sind.

⁶³ Vgl. Anmeldung einer Freiluftparty: in: Serviceportal Bremen, <https://www.service.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen128.c.887573.de> [01.05.2021].

⁶⁴ Jugendleitercard ist ein Eigenname und wird daher nicht gegendert. Wir vertreten die klare Position, dass wir in unserem Wahlprogramm alle Jugendleiter*innen mit einbeziehen, trotz einseitiger schon bestehender Namensgebung.

Um die Betroffenen, aber auch kulturelle Institutionen zu unterstützen, setzt Volt sich für eine gezielte finanzielle Absicherung ein. Diese Absicherung soll folgende Kriterien erfüllen:

- Sie soll solange gelten, wie der*die jeweilige Künstler*in oder die Institution betroffen ist.
- Sie soll einfach und transparent zugänglich sein, sowie Rechtssicherheit schaffen.
- Die private Altersvorsorge soll unangetastet bleiben.
- Die Absicherung soll ausreichen, um notwendige Ausgaben zu tätigen sowie einen würdigen Lebensstandard zu gewährleisten.
- Darüber hinaus müssen die langfristigen finanziellen Folgen abgedeckt werden, damit sich die Berliner Kulturszene erholen kann.

AUFARBEITUNG DER DEUTSCHEN KOLONIALGESCHICHTE

Eine kritische Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte hat nicht in ausreichendem Maße stattgefunden: Zum Beispiel hat die Bundesregierung den Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia nie offiziell anerkannt und keine rechtlichen Maßnahmen oder Wiedergutmachung geleistet. Im Rahmen der Berliner Möglichkeiten sollen hier jedoch erste Schritte gemacht werden.

Struktureller Rassismus ist noch immer tief in unserer Gesellschaft verankert. Betroffene und repräsentative Gruppen sollen im Rahmen öffentlicher und politischer Diskussionen Gehör finden, damit Anerkennung, Aufklärung und der Versuch zur Wiedergutmachung geleistet werden können. Wir wollen Gesetzeslücken vermeiden, die sich auf historische Rechte stützen und das heutige Rechtsverständnis ignorieren. Hierzu wollen wir mit Initiativen zusammenarbeiten.⁶⁵

Wir werden durch Berlins Stimmen im Bundesrat die Bundesregierung zu folgenden Maßnahmen bewegen:

- **Anerkennung der Völkermorde** und Bekennung zur Kolonialzeit
- **Wiedergutmachung** in finanzieller Form dort leisten, wo eine Gruppe diese entgegennehmen kann und dazu eindeutig legitimiert ist, sowie Anhörungen der Nachkommen der Betroffenen
- **Zurückführung von Artefakten**, menschlichen Überresten und Kunstwerken aus der Kolonialzeit, wenn die betroffenen Gruppen diese zurück nehmen können und wollen

⁶⁵ Vgl. Forum Kolonialismus und Widerstand: in: Decolonize Berlin e.V., <https://barazani.berlin> [01.05.2021].

Wir werden folgende Maßnahmen in Berlin umsetzen:

- Die **Auseinandersetzung** mit der **deutschen und europäischen Kolonialgeschichte** soll in die Erinnerungskultur und Bildungsarbeit Berlins (siehe [Chancengleichheit im Bildungssystem schaffen](#)) eingebettet werden. Es braucht eine gesellschaftliche **Sensibilisierung** für die Tragweite der immer noch genutzten rassistischen Begriffe, die zur Kolonialzeit entstanden sind.
- Aufarbeitung in Form von **kulturellem Austausch**
- **kritische gesellschaftliche Auseinandersetzung** mit Straßen, Plätzen u. A., die nach Verbrecher*innen der Kolonialzeit benannt sind oder rassistische Bezeichnungen enthalten. Für die Findung von neuen Namen werden Verbände von betroffenen Gruppen miteinbezogen. In jedem Fall sollen Schrifftafeln und öffentliche Aktionen auf Verbrechen in der Kolonialzeit aufmerksam machen.

In Deutschland betreibt nur eins von vier Museen **Forschung bezüglich Herkunft und Geschichte von kolonialen Ausstellungsstücken**. Wir planen, dass jedes Berliner Museum mit Kolonialbezug nötige Mittel erhält, um gute Provenienzforschung⁶⁶ betreiben zu können. Die Erkenntnisse sollen den Besuchenden im Rahmen der Ausstellungen präsentiert werden. Die Einnahmen aus verkauften Eintrittskarten sollen zu einem fairen Teil den Opfern des Kolonialismus zukommen, zum Beispiel Interessenverbänden, Kultureinrichtungen oder bestimmten Volksgruppen.



Best Practice: Frankreich⁶⁷

In Frankreich wurde durch den »Rapport sur la restitution du patrimoine culturel africain«, der von der führenden Forscherin Prof. Dr. Bénédicte Savoy mitgestaltet wurde, die koloniale Schuld anerkannt und mit der Aufarbeitung von Kulturgütern begonnen.

⁶⁶ Die Provenienzforschung widmet sich der Geschichte der Herkunft (Provenienz) von Kunstwerken und Kulturgütern: Vgl. Provenienzforschung geht uns alle an: in: Deutscher Museumsbund e.V., 18.06.2018, <https://www.museumsbund.de/provenienzforschung-geht-uns-alle-an/> [01.05.2021].

⁶⁷ Vgl. Sarr et al.: The Restitution of African Cultural Heritage. Toward a New Relational Ethics, in: Resitution Report 2018, 11.2018, <http://restitutionreport2018.com> [01.05.2021].

GEMEINSAM VERANTWORTLICH FÜR BERLIN

Berlin soll eine Heimat für alle seiner Bürger*innen werden. Eine Stadt, in der niemand zurückgelassen wird. Um die Bedürfnisse aller miteinbeziehen zu können, müssen sie sichtbar werden. Dazu brauchen wir zunächst eine Verwaltung, die diese wahrnimmt und versteht.

Eine vielfältige Stadtplanung sichert diskriminierungsfreie Räume und ein sicheres Zuhause. Gleichberechtigung bedeutet zudem nicht nur die bloße Abwesenheit von Diskriminierung, sondern Teilhabe und Selbstentfaltung, ob im Sportverein, im Techno-Club, in der Familie oder in den eigenen vier Wänden. Um diese Rahmenbedingungen für Gleichberechtigung zu schaffen, müssen wir auch Vielfalt in der Politik ermöglichen und fördern. Vielfalt ist moralischer Fortschritt und Gelingensfaktor für eine moderne Gesellschaft.

Gemeinsam können wir uns eine lebenswerte Heimat bauen, in der alle geborgen und frei sind. Nur in Vielfalt sind wir geeint.

FÖRDERUNG EINER INKLUSIVEN GESELLSCHAFT

Gleichberechtigung ist für uns kein gesondertes Thema, sondern Grundvoraussetzung für unser gesamtes Handeln und Denken. Der Begriff soziale Gleichberechtigung ist breit gefasst und bezieht Mehrfachdiskriminierung und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper mit ein. Unsere Prioritäten umfassen das Verhindern der Diskriminierung von

- Frauen, LGBTQI+, Menschen unterschiedlicher Hautfarben, Nationalitäten und/oder ethnischer Zugehörigkeit, Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder mit internationalem Hintergrund, Geflüchteten, Angehörigen von Glaubensgemeinschaften,
- Menschen mit unzureichendem sozialem und/oder finanziellem Startkapital, und
- Senior*innen, Menschen mit Be_hinderung sowie Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Kindern.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der **Teilhabe und Gleichberechtigung** Grundsätze sind. Eine zunehmende Zahl an Menschen hegt jedoch ein tiefgreifendes Misstrauen gegenüber politischen und wirtschaftlichen Akteur*innen, fühlt sich finanziell abgehängt und sieht sich in der derzeitigen Politik nicht ausreichend repräsentiert.

Daher wollen wir die folgenden Maßnahmen ergreifen, um den Menschen ein selbstbestimmtes Leben ohne Diskriminierungserfahrung zu ermöglichen und um tatsächliche Gleichberechtigung zu erreichen:

- die **inklusive und aufgeschlüsselte Datenerhebung** berlinweit, um angepasste Strategien für alle entwickeln zu können und um Probleme besser aufzuzeigen
- eine **inklusive, gleichberechtigte Stadtplanung**, welche die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mitdenkt und der sozialen Trennung entgegenwirkt. Verschiedenste Gruppen müssen aktiv bei der Stadtplanung beteiligt werden, um eine möglichst große räumliche Gerechtigkeit zu schaffen.⁶⁸

⁶⁸ Vgl. Wie Berlin zu einer gendergerechten Stadt wird: in: rbb-online, Rundfunk Berlin-Brandenburg, 18.10.2020, <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2020/10/gendergerechte-stadtplanung-gender-mainstreaming-berlin.html> [01.05.2021].



Best Practice: Wien (Österreich)

Wien fördert seit den 90er Jahren eine geschlechtergerechte Stadtplanung. Die unterschiedlichen Perspektiven und Lebensrealitäten der Geschlechter werden hierbei mitgedacht. Das hat unter anderem zu einem höheren Sicherheitsgefühl, der stärkeren Nutzung von Parks durch Mädchen und Frauen und kürzeren, fußverkehrfreundlichen Wegen geführt, wovon schlussendlich alle Wiener*innen profitieren.

- Absicherung existenzsichernder Einkommen und sozialer Mobilität
 - Volt erkennt die Notwendigkeit eines existenzsichernden Einkommens an und möchte hierfür das passende politische Instrument finden. Es werden länder-spezifische Möglichkeiten evaluiert, welche schnell, möglichst unbürokratisch und effektiv Existenzen sichern (siehe Bundeswahlprogramm von Volt). Hierbei wird besonders die Kinderarmut im Fokus stehen, die in Berlin bei 27 % liegt.
 - Die Wertschätzung und soziale Absicherung von Solo-Selbstständigen, Freiberufler*innen und Kleinunternehmer*innen muss verbessert werden.

Sichere und selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche

Wir setzen uns ein für eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um Gynäkolog*innen und Patient*innen besser zu schützen, die Beratungen und Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Zudem sollen Schutzzonen vor Praxen und Beratungsstellen gegen Demonstrationen für oder gegen Schwangerschaftsabbrüche und Verhütungsmittel auf die Vereinbarkeit mit dem Recht der Versammlungsfreiheit geprüft und gegebenenfalls durchgesetzt werden.

Weiterhin werden wir den Ausbau von **neutralen** und **unabhängigen Beratungsangeboten** bezüglich Verhütung und Schwangerschaftsabbrüchen fördern (mehr zur Abschaffung des Paragraphen 219a im Programm zur Bundestagswahl).

Förderung sozialer Einrichtungen für Minderheiten

Soziale Einrichtungen sollen gefördert werden und Menschen sichere Räume bieten.

Wir legen Wert auf den Ausbau und die Förderung von **Schutz- und Hilfseinrichtungen**:

- mit mehr Sensibilisierung für und Ausrichtung auf Mehrfachdiskriminierung
- mit Angeboten zur Stärkung der mentalen Gesundheit und zur Reduktion und Vermeidung von Einsamkeit, unter anderem bei Senior*innen.

Best Practice: Großbritannien

In Großbritannien wurde 2018 eine nationale Strategie zur Reduktion von Einsamkeit vorgestellt.⁶⁹ 20 Millionen Pfund hat London 2018 in Organisationen und Einrichtungen investiert, die Einsamkeit erforschen und bekämpfen. Daneben schuf Großbritannien eine bessere Datenlage und eine Anerkennung des Problems in der Politik, im Privaten sowie im Gesundheitssystem.

Mehr Schutz und ausreichend finanzielle Unterstützung für sogenannte **sichere Räume** (Safe Spaces), wie z. B.:

- Räume und Hilfseinrichtungen der LGBTQI+ Community,
- Räumlichkeiten für sicheren und überwachten Drogenkonsum für abhängig erkrankte Menschen,
- Einrichtungen für Jugendliche, obdachlose oder drogenabhängige Menschen, Religion, Kultur, politische Bildung, Radikalisierungsprävention, Senior*innen und Menschen mit Be_hinderung.

Ein neuer **Aktionsplan zu Gewalt an Frauen**, der das Problem mit folgenden Maßnahmen ganzheitlich angeht:

- eine regelmäßige Datenerhebung und die Evaluierung von bestehenden Hilfsmaßnahmen;
- Sensibilisierung von Behörden, Richterschaft und Polizei (z. B. durch Fortbildungen), ein effizientes Meldesystem und die effektive Bestrafung von häuslicher Gewalt;
- Präventionsarbeit, die auf Aufklärung und Verhinderung setzt, angelehnt an den 10-Jahres-Plan zur Bekämpfung von sexueller Gewalt von Schweden.⁷⁰

Integration und Inklusion im Sport

Wir unterstützen Förderung und zugeschnittene Strategien im Breiten- und Spitzensport für verschiedene Geschlechter, Menschen mit Be_hinderung und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Teilhabe im Sport wird beispielsweise gewährleistet durch eine gerechte Verteilung von Hallenzeiten, Kampagnen zum Recruiting, Stärkung von Vereinen sowie Spitzensport- und Nachwuchsförderung.

69 Vgl. A connected society - A strategy for tackling loneliness: in: Department for Digital, Culture, Media and Sport, 2018, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/936725/6.4882_DCMS_Loneliness_Strategy_web_Update_V2.pdf [01.05.2021].

70 Vgl. Fact sheet: National strategy to prevent and combat men's violence against women: in: Regeringskansliet, 03.10.2014, <https://www.government.se/information-material/2016/11/fact-sheet-national-strategy-to-prevent-and-combat-mens-violence-against-women> [01.05.2021].

Politik von allen für alle

Für die Gleichberechtigung in der Politik setzen wir uns für die **paritätische Besetzung von Wahllisten** ein. Außerdem unterstützen wir die Forderungen der Initiative »Eltern in der Politik«⁷¹ auch auf Landes- und Bezirksebene: So soll eine Elternzeit auch im politischen Amt möglich sein, ohne die demokratischen Abläufe zu verfälschen. Dies würde den Parteien ermöglichen, ihre Politiker*innen diverser, jünger und repräsentativer für die gesamte Gesellschaft aufzustellen.

EIN OBDACH FÜR ALLE

Volt erkennt den Anspruch jedes Menschen auf **menschenwürdiges Wohnen** an. Es gibt viele Menschen, die im Laufe ihres Lebens aus unterschiedlichsten Gründen unverschuldet in Not geraten. Diese sind beispielsweise Folgen von Armut, Diskriminierung, Migration, Krankheit, Alter oder mangelndem Wohnraum. Deutschland- und europaweit nimmt die Zahl an wohnungs- und obdachlosen Menschen zu. In Berlin wurden Anfang 2020 fast 2000 obdachlose Menschen gezählt, hinzu kommen circa 50.000 Menschen ohne Wohnung. Die Folgen der COVID-19-Pandemie haben zu einer weiteren Verschärfung der Situation beigetragen.

Wir sehen es als die Aufgabe unserer **Solidargemeinschaft** und des staatlichen Hilfesystems an, Menschen in Not beizustehen.

Unbürokratischer Schutz vor Obdachlosigkeit

Volt setzt sich ein für eine **umfangreiche Hilfe** für Menschen mit (drohendem) Verlust ihres Wohnraums. Diese muss unbürokratisch, niederschwellig, schnell, kostenlos, individuell, aufsuchend und ortsnah angeboten werden.

Wir setzen uns ein für:

- Investitionen in nachhaltigen und bezahlbaren **sozialen Wohnungsbau**, um Wohnungslosigkeit wegen steigender Mieten zu vermeiden
- Bereitstellung eines Anteils bestehender Sozialwohnungen für **besonders benachteiligte Gruppen**, die sonst keinen Zugang zu Wohnraum haben. Wir unterstützen einen bedarfsgerechten Ausbau des »geschützten Marktsegments« in Berlin.
- Der **Verbleib in der eigenen Wohnung** muss in den Verwaltungen des Landes Berlin immer Vorrang vor anderen Maßnahmen haben (zum Beispiel durch Mietschulden-Übernahme, Vermeidung von Kürzungen beim Wohngeld oder Wohnungssicherung bei vorübergehender Inhaftierung).

71 Vgl. Eltern in der Politik, 06.2015, <http://www.eltern-in-der-politik.de> [01.05.2021].

- Aufbau eines **trägerschaftsübergreifenden Hilfesystems** für Menschen in Wohnungsnotlagen. Diese **Fachstellen** koordinieren die Arbeit von staatlichen Behörden (Landesverwaltung, Kommunen, Gesundheits- oder Sozialämter) und lokalen Organisationen. Die Fachstellen sollen **spezifische Anforderungen** von Familien, verschiedenen Geschlechtern und Geschlechtsidentitäten, Migrant*innen, Menschen mit Behinderung, psychisch/suchtkranken sowie jungen und alten Menschen berücksichtigen.
- **Prävention von Verschuldung** durch Aufklärung und aufsuchende, niederschwellige Hilfsangebote. Diese sollen **mehrsprachig** sowie in **leichter Sprache** angeboten werden.
- Bei Entlassungen aus Justizvollzugsanstalten, Kliniken oder therapeutischen Einrichtungen sollen **Fachstellen frühzeitig eingebunden** werden, um Obdachlosigkeit vorzubeugen.
- Zur **frühzeitigen Erkennung** von Wohnungsnotfällen soll die **Kommunikation** zwischen allen Beteiligten (Vermietenden, Amtsgerichte, Behörden etc.) mit den zuständigen Fachstellen durch **einfache, klare Regelungen** verbessert werden.

Best Practice: Karlsruhe

Die »Fachstelle Wohnungssicherung« in Karlsruhe bündelt Hilfen zu Arbeitslosengeld/ Grundsicherung, Mietschulden, Zwangsräumungen und Unterbringung im Rahmen eines »Gesamtkonzepts Wohnungslosenhilfe«. ⁷²

Langfristige Hilfe für das eigene Zuhause

Housing First ist ein **erprobtes Konzept**, um obdachlosen Menschen **nachhaltig zu helfen**. Im Gegensatz zum jetzigen System müssen obdachlose Menschen bei Housing First **keine Bedingungen** erfüllen, wenn sie eine Wohnung mieten wollen. Es hat sich in Studien gezeigt, dass Housing First gegenüber den bisherigen Modellen viele Vorteile hat: In England, Amsterdam, Kopenhagen und Wien wurden eine überdurchschnittliche »**Wohnstabilität**« von 74-98 % beobachtet. ⁷³ Auch die **Lebensqualität** und die **Gesundheit** der betroffenen Menschen verbesserten sich messbar. Außerdem **spart** Housing First langfristig **Kosten** ein. In Berlin gibt es seit 2018 zwei wissenschaftlich begleitete Modellprojekte mit bislang 34 vermittelten Wohnungen (Stand 31.08.2020).

⁷² Vgl. Fachstelle Wohnungssicherung: in: Stadt Karlsruhe, 22.11.2019, <https://www.karlsruhe.de/b3/soziales/einrichtungen/wohnungssicherung.de> [01.05.2021].

⁷³ Pleace, Nicholas: Housing First, in: Housing First Guide Europe, 2016, <https://housingfirsteurope.eu/assets/files/2017/12/housing-first-guide-deutsch.pdf>, S. 23–24.

Wir setzen uns ein für:

- Aufnahme von Housing First in die **Regelfinanzierung** und Ausweitung auf 500 Wohnungen bis 2025
- Beteiligung von **kommunalen** und **privaten Wohnungsunternehmen** bei der Bereitstellung von geeigneten Wohnungen
- Berücksichtigung der Anforderungen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen bei der Wohnungsvergabe, zum Beispiel Familien, Menschen mit Behinderung, verschiedenen Alters, Geschlechts oder Geschlechtsidentität
- Verteilung von Projektwohnungen in **allen Bezirken**. Dies begünstigt eine soziale und diverse Zusammensetzung von Stadtteilen.



Best Practice: Finnland

Als erstes europäisches Land hat **Finnland** mit Hilfe von Housing First die Obdachlosigkeit deutlich reduziert. So konnte die Langzeit-Wohnungslosigkeit von 2008 bis 2013 um 35 % gesenkt werden.⁷⁴ Housing First ist Teil eines nationalen Programms zur Reduktion von Langzeit-Wohnungslosigkeit.



Obdachlosigkeit kennt keine Grenzen – eine europäische Strategie

In Berlin stammen nach einer Zählung vom Februar 2020 mehr als die Hälfte der befragten Menschen ohne Obdach aus einem anderen EU-Land, weitere 11-12 % aus Nicht-EU-Staaten. Ausländische Bürger*innen haben oft keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Dies führt dazu, dass ihnen auch weite Teile der Hilfen für obdachlose Menschen verwehrt bleiben. Außerdem leiden viele dieser Menschen unter Diskriminierung, Sprachbarrieren, rechtlichen Hürden oder Konflikten bei Zuständigkeiten. In einigen europäischen Nachbarländern ist die staatliche Unterstützung für obdachlose Menschen noch nicht ausreichend entwickelt.

Kurzfristig planen wir eine stärkere Förderung **länderübergreifender Projekte**. Außerdem schlagen wir **Beratungsstellen** nach dem Wiener Vorbild vor, in denen wohnungslose Menschen ihre **Bleibperspektive** klären können.⁷⁵ Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten wie Ungarn, die im Umgang mit obdachlosen Menschen gegen **rechtsstaatliche Prinzipien** verstoßen, müssen konsequent sanktioniert werden.

⁷⁴ Homeless in Europe, in: The Magazine of FEANTSA, 2017, <https://www.feantsa.org/download/increases-in-homelessness4974810376875636190.pdf>, S. 16–17 [01.05.2021].

⁷⁵ Vgl. Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS): Entstehung, Verlauf und Struktur von Wohnungslosigkeit und Strategien zu ihrer Vermeidung und Behebung, in: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2019, <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb534-entstehung-verlauf-struktur-von-wohnungslosigkeit-und-strategien-zu-vermeidung-und-behebung.pdf>, S. 214 [01.05.2021].

Best Practice

Die polnische Stiftung BARKA bietet obdachlosen Menschen aus Polen aufsuchende Hilfen in Berlin an.⁷⁶

Langfristig ist eine **europäische Strategie** zur Reduktion von Obdachlosigkeit notwendig. Volt möchte die **Zusammenarbeit** zwischen den europäischen Regionen im Bereich der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe ausbauen. Europaweit müssen **konkrete Zielvorgaben** und **einheitliche Kriterien**⁷⁷ zur Erfassung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit definiert werden. Damit überall in Europa adäquate Angebote zur Vorbeugung und Bekämpfung von Obdachlosigkeit entstehen, ist eine Erhöhung der **Fördermittel der Europäischen Union** notwendig.

76 Vgl. Runfunk, Bayerischer: Obdachlose in Berlin - Rückkehr nach Polen, in: ARD Audiothek, 08.12.2019, <https://www.ardaudiothek.de/die-reportage/obdachlose-in-berlin-rueckkehr-nach-polen/69748040> [01.05.2021].

77 Vgl. A Harmonised Definition of Homelessness for Statistical Purposes: in: European Federation of National Organisations Working with the Homeless, <https://www.feantsa.org/download/fea-002-18-update-ethos-light-0032417441788687419154.pdf> [01.05.2021].

WOHNEN - EIN MENSCHENRECHT

»Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum«, garantiert Artikel 28 der Berliner Landesverfassung. Leider gerät dieses Grundrecht durch extreme Mietsteigerungen und wachsende Wohnungsnot zunehmend in Gefahr.

Wohnraum und Bauland sind nicht unbegrenzt verfügbar, deshalb müssen bei ihrer Verteilung auch soziale Kriterien eine Rolle spielen. Volt setzt sich ein für ausreichenden bezahlbaren Wohnraum in Berlin, für vielfältige und lebendige Kieze, sowie für klimafreundliches Wohnen und einen ökologischen Bausektor.

Unsere europäischen Nachbarn haben in den letzten Jahren bereits bewiesen, wie der Wandel hin zu einer sozialen und nachhaltigen Wohnungspolitik gelingen kann: sozial wohnen wie in Wien, effizient bauen wie in den Niederlanden und begrünte Gebäude wie in Mailand oder Düsseldorf.

So wird Wohn- und Lebensraum geschaffen — für alle Berliner*innen.

ERSCHWINGLICHER WOHNRAUM IN BERLIN

Stärkung des Sozialen Wohnungsbaus

Volt möchte den sozialen Wohnungsbau stärken. Die Anzahl an Sozialwohnungen in Berlin ist in den letzten 10 Jahren stark zurückgegangen.⁷⁸ Gleichzeitig haben die Zunahme an Teilzeitjobs, flexiblen und befristeten Arbeitsverträgen sowie die Folgen der COVID-19-Pandemie in vielen Teilen der Bevölkerung zu finanzieller Unsicherheit geführt. In Berlin geben fast die Hälfte der Haushalte mehr als 30 % ihres Einkommens für Miete aus.⁷⁹

Als konkrete Maßnahmen möchten wir Folgendes umsetzen:

- Intensivierung des **sozialen Wohnungsbaus** durch die sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
- Förderung von Wohnraum mit **dauerhafter Preis- und Belegungsbindung**. Die Sozialbindungen dürfen nicht schon nach wenigen Jahren auslaufen und in regulären Wohnraum umgewandelt werden.
- Es kommt vor, dass Menschen in sehr günstigen Sozialwohnungen wohnen, obwohl sich ihr Einkommen in der Zwischenzeit deutlich erhöht hat. Daher unterstützen wir die Wiedereinführung und gezielte Anwendung einer **Fehlbelegungsabgabe** für nicht berechtigte Mieter*innen von Sozialwohnungen.
- Die Trägerschaften des sozialen Wohnungsbaus sollen in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung Konzepte erarbeiten, damit benachteiligte Gruppen (Menschen mit Behinderung, Queere, Alleinerziehende, Menschen, die aufgrund ihres Namens benachteiligt werden, etc.) **bei der Wohnungssuche nicht diskriminiert** werden.



Best Practice: Wien (Österreich)

In Wien werden circa 30 % der Mietwohnungen durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft betrieben, weitere 26 % gehören gemeinnützigen Bauvereinen und Genossenschaften. Per Gesetz sind zwei Drittel des Neubaus für Sozialwohnungen reserviert. Dies führt zu niedrigen Mieten und im Vergleich zu Berlin zu geringen Mietsteigerungen.⁸⁰

78 Vgl. IBB Wohnungsmarktbericht 2019, Investitionsbank Berlin (2019) S.51f. https://www.ibb.de/media/dokumente/publikationen/berliner-wohnungsmarkt/wohnungsmarktbericht/ibb_wohnungsmarktbericht_2019.pdf [01.05.2021].

79 Vgl. Teurer Wohnen: in: Hans-Böckler-Stiftung, <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-teurer-wohnen-4509.htm> [01.05.2021].

80 Vgl. Wohnungsmarkt Wien: in: Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland, 2020, https://www.bid.info/wp-content/uploads/2020/01/Bericht_Wien_2019050_endbericht-rev.pdf, S. 22ff [01.05.2021].

Sinnvolle Nutzung von vorhandenem Wohnraum

Viele Menschen ziehen aufgrund der kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt und der exzellenten Bildungseinrichtungen neu in unsere Stadt. Diese Menschen sollen genauso wie alle Berliner*innen Zugang zu Wohn- und Lebensraum finden, passend zur jeweiligen Lebens- und Einkommenssituation. Aufgrund des bereits vorhandenen Mangels an Wohnraum setzen wir uns für eine **sinnvolle Nutzung des vorhandenen Wohnraums** ein.

- Wir sprechen uns gegen die Umwandlung von Wohnraum in gewerbliche Nutzung, Ferienwohnungen oder Kurzzeitvermietungen aus.
- Wir möchten die Mobilität am Wohnungsmarkt erhöhen, damit große oder unpassend genutzte Wohnungen leichter gewechselt werden können. Menschen mit großen Wohnungen, die nur wegen eines niedrigen Preises in der Wohnung wohnen, sollen leicht Zugang zu Tausch- oder Ersatzwohnungen bekommen, damit diese Wohnungen wieder frei werden.
- Möbliertes Wohnen soll in die Preisregulierung aufgenommen werden, damit es nicht nur zur Umgehung genutzt wird. Möbliertes Wohnen soll dort weiterhin möglich sein, wo es für Zuzug, Projekt- und Arbeitsplatzmobilität erforderlich ist.

Stärkung der Wohnungsbaugenossenschaften

Die 27 Wohnungsbaugenossenschaften decken gegenwärtig circa 12 % des Berliner Wohnungsmarktes ab. Vorteile sind **niedrige Mieten**, eine **hohe Wohnsicherheit** und ein **Mitspracherecht** der Mietenden. Die Mieten dienen dem Erhalt und der Verwaltung der Immobilie sowie dem Neubau und nicht dem Profit der Genossenschaft.

Wir setzen uns für eine Stärkung von Wohnungsbaugenossenschaften ein. Hierbei sollen die bevorzugte Vergabe von Bauland sowie steuerliche Vorteile geprüft werden.

Schaffung neuer Milieuschutzgebiete

Volt setzt sich für den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer **Milieuschutzgebiete** ein. So soll sichergestellt werden, dass die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung erhalten bleibt. Außerdem sollen die Bewohner*innen dort bleiben können, wo die Infrastruktur vorhanden ist, die sie im Alltag brauchen.

Förderung gemeinschaftlichen Wohnens

Volt fördert neue Formen des Zusammenlebens und des **gemeinschaftlichen Wohnens**. Hierzu zählen wir beispielsweise Mehrgenerationenhäuser, kooperative Haushaltsmodelle und inklusive Wohngemeinschaften. Auch die gemeinschaftliche Nutzung

von Fortbewegungsmitteln, Reparaturwerkstätten, Ateliers, Probe-/Arbeitsräumen, Gärten etc. wollen wir ausbauen. Diese Modelle machen das Wohnen erschwinglicher, sparen Ressourcen und schonen die Umwelt. Außerdem verbessern sie den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität der Menschen.⁸¹

Reform des Gewerbemietrechts

Wir setzen uns ein für eine bundesweite Reform des Gewerbemietrechts. Ziel ist ein besserer **Schutz von Gewerbetreibenden** in Ballungsräumen vor Mietpreiserhöhungen und Verdrängung. Dies gilt auch für Mietwohnungen mit teilgewerblicher Nutzung.

Transparenz, Fairness und Rechtssicherheit am Berliner Wohnungsmarkt

Seit Februar 2020 sind die Mieten für rund eineinhalb Millionen Wohnungen auf dem Stand von Juni 2019 eingefroren. Seit November 2020 müssen Vermietende darüber hinaus die Mieten senken, wenn diese mehr als 20 % über den vom Senat festgelegten Obergrenzen liegen. Wir haben die Befürchtung, dass die dringend benötigte ökologische und strukturelle Modernisierung der Wohngebäude durch den Mietendeckel gebremst wird. Außerdem werden bislang moderat Vermietende bestraft, da sie ohnehin schon geringe Mieten auch weit unterhalb des Mietspiegels nicht erhöhen dürfen. Insbesondere städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften kommen zunehmend in finanzielle Engpässe; der Neubau wird deutlich zurückgefahren. Wir sehen besonders die zweite Stufe des Mietendeckels kritisch, die eine pauschale Festschreibung von Höchstpreisen sowie eine Senkung der Mieten bereits geschlossener Verträge vorsieht. Aus diesen Gründen hätten wir die zweite Stufe des Mietendeckels nicht eingeführt.

Unser Wahlprogramm enthält eine Vielzahl von Maßnahmen, die **dauerhaft bezahlbaren Wohnraum** sowie die **Energiewende im Gebäudesektor** für Berlin sichern sollen. In Ergänzung dazu unterstützen wir die zuletzt 2020 verbesserte Form der bundesweiten Mietpreisbremse. Diese bietet **Rechtssicherheit** und richtet sich nach der ortsüblichen Vergleichsmiete, welche im Jahr 2019 berlinweit durchschnittlich 6,72 Euro pro Quadratmeter betrug. Zudem sieht die aktuelle Version eine **deutliche Beschränkung der Mietsteigerungen durch Modernisierungen** vor sowie eine **Auskunftspflicht** für Vermietende bei Überschreitung der ortsüblichen Vergleichsmiete.

81 Vgl. Deffner, Jutta: Wohnbegleitende Dienstleistungen. Nachhaltiges Wohnen durch innovative gemeinschaftliche Angebote fördern, in: Institut für sozial-ökologische Forschung, 10.2018, http://www.wohnmobil-projekt.de/fileadmin/user_upload/Downloads/WohnMobil_Broschuere.pdf, S. 4ff [01.05.2021]

Darüber hinaus planen wir:

- sofortige Wiedereinführung des bisherigen **qualifizierten Mietspiegels**. Dieser ist unerlässlich zur rechtssicheren Anwendung der Mietpreisbremse.⁸²
- eine gestaffelte **Sonderabgabe auf Mieten**, die oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Diese Abgabe soll nicht auf die Mietenden umgelegt werden können, für den Neubau sollen Ausnahmen gelten. Die Einnahmen werden wir dafür verwenden, den sozialen Wohnungsbau zu fördern und einkommensschwache Mieter*innen zu unterstützen.
- Schaffung der größtmöglichen **Transparenz** auf dem Wohnungsmarkt. Volt setzt sich daher für ein digitales **Immobilien-Register** ein. Dieses soll ehemalige und aktuelle Mietpreise, Eigentumsverhältnisse sowie Angaben zu möbliertem, gewerblich oder befristet vermietetem Wohnraum enthalten. Eine höhere Transparenz dient auch der Bekämpfung von Immobilien-Geldwäsche.
- Wir sehen die an den aktuellen Mietspiegel angepasste **Erhöhung des Wohngeldes** als eine Möglichkeit, Menschen mit geringem Einkommen zu unterstützen. Uns ist es wichtig, dass Berliner*innen in dem Stadtteil wohnen können, in dem sie arbeiten oder sich ihr soziales Netzwerk befindet.

Das große Problem der bisherigen Maßnahmen in Berlin sehen wir darin, dass diese **unzureichend durchgesetzt und kontrolliert** wurden. Bürokratische Hürden, eine mangelnde Aufklärung sowie Sorge vor negativen Konsequenzen haben viele Bürger*innen daran gehindert, gegen überhöhte Mieten vorzugehen.

Wir setzen uns für Maßnahmen ein, um Mietende umfanglich zu **beraten** und zur **Durchsetzung ihrer Rechte** zu verhelfen:

- **kostenlose staatliche Beratungsstellen** ausbauen und für eine höhere Bekanntheit sorgen,
- deutliche **Aufstockung von Personal** in Behörden und Beratungsstellen zur Beratung, Kontrolle und zur konsequenten Sanktionierung bei Verstößen gegen geltendes Recht,
- **finanzielle Unterstützung** von Menschen mit niedrigen Einkommen, die Hilfe privater Vereine (Mietvereine, Mieterschutzbund etc.) in Anspruch nehmen möchten, und
- Aufbau einer **digitalen Plattform** zur:
 - **Aufklärung** über geltendes Recht und Handlungsmöglichkeiten. Diese sollen **verständlich, übersichtlich, mehrsprachig** sowie in **leichter Sprache** verfasst sein.

⁸² Vgl. Stellungnahme der gif-Mietspiegelkommission vom 30. Oktober 2020: in: Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung e. V., 2020, https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Stellungnahmen/2020/Downloads/110420_Stellungnahme_gif_RefE_Mietspiegel.pdf, S. 4ff [01.05.2021].

- **automatisierten Abfrage** der ortsüblichen Vergleichsmiete mit konkreten **Hilfestellungen für Bürger*innen**, falls die verlangte Miete von dieser abweicht.
- Nutzung eines Online-Tools zur »Rüge« und zur Meldung an das zuständige Bezirksamt, falls ein Verstoß gegen geltendes Mietrecht vermutet wird.
- Zuordnung von **Ansprechpersonen** in den Behörden zur Anmeldung von Rechtsansprüchen.

NEUEN WOHNRAUM SCHAFFEN

Der zunehmende Wohnungsmangel verschärft die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Bis 2030 werden zusätzlich 194.000 Wohnungen benötigt, davon alleine 77.000, um den bestehenden Wohnungsmangel auszugleichen.⁸³

Weniger Bürokratie für schnelles und günstiges Bauen

Das umfangreiche und komplizierte Bauverfahren führt zu hohen Baukosten und langen Bauzeiten. Im Durchschnitt dauert das Berliner Bauverfahren 26 Monate. Im Vergleich sind es in den Niederlanden, die ihr Bauverfahren bereits entbürokratisiert haben, nur 18 Monate. Die unterschiedlichen Landesbauordnungen erschweren zudem den dringend gebrauchten Bauunternehmen aus umliegenden Bundesländern das Bauen in Berlin. Wir setzen uns für die folgenden Maßnahmen ein:

- Die 16 verschiedenen Landesbauordnungen sollen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zu einer einheitlichen **Bundesbauordnung** zusammengefasst werden.⁸⁴ Anforderungen sollen damit in ganz Deutschland vereinheitlicht werden, wodurch Baukosten gespart werden.
- Die Einführung einer **digitalen Bauakte** für eine zeitgerechte digitale Kommunikation mit den Bauaufsichtsbehörden soll angestrebt werden.
- Wir unterstützen die Förderung der Errichtung von **Wohnhäusern** mit **einfachen**, aber trotzdem ausreichenden **Standards**.

⁸³ Vgl. Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030: in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, 12.2019, <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/de/wohnen/download/STEPWohnen2030-Kurzfassung.pdf>, S. 7ff [01.05.2021].

⁸⁴ Vgl. Kostengünstiges Bauen durch Vereinheitlichung und Deregulierung des Bauordnungsrechts: in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), 2017, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2017/bbsr-online-27-2017-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2.



Best Practice: Niederlande

Das Baurecht soll nach dem **niederländischen Modell reformiert** werden. Durch die Orientierung an Zielwerten, nicht an konkreten Vorgaben, eröffnet sich ein großer Spielraum für Innovationen im nachhaltigen Wohnungsbau und Kostenreduktion in der Baubranche.⁸⁵

Nachverdichtung und Neubau mit Augenmaß

Nachverdichtung schafft neuen Wohnraum und ist effizient, nachhaltig und umweltfreundlich. Beispiele sind der Ausbau von Dachgeschossen, das Aufstocken von Wohn- oder Gewerbeimmobilien sowie von Parkhäusern. Die Einbindung der betroffenen Nachbarschaft halten wir für notwendig. Es ist uns wichtig, dass die **Frischluftschneisen, Parks** und **Grünflächen** erhalten bleiben, da diese eine wichtige Funktion in der Klimaregulierung haben. Ein entsprechendes Mobilitätskonzept (siehe [Mobilität klimafreundlich und gerecht gestalten](#)) ist bei der Nachverdichtung vorausgesetzt. Aufgrund des deutlichen Mangels an Wohnraum in unserer Stadt begrüßen wir zusätzlich die **Entstehung neuer Wohngebiete am Stadtrand**. Dies sollte möglichst ohne eine zusätzliche Versiegelung von Flächen geschehen, zum Beispiel durch den Bau auf ehemaligen Industrieanlagen.



Best Practice: Wien (Österreich)

In der Seestadt Aspern am Rande Wiens entsteht bis 2028 ein neuer Stadtteil für 20.000 Menschen. Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf Nachhaltigkeit und moderne Mobilitätskonzepte gelegt.⁸⁶

Günstiger Wohnraum für Studierende und Auszubildende

Unsere Stadt ist das Zuhause von etwa 240.000 nationalen und internationalen Auszubildenden und Studierenden. Diese sind überwiegend auf günstigen Wohnraum angewiesen, jedoch verfügt das Studierendenwerk nur über circa. 9.500 Wohnheimplätze mit einer langen Warteliste. Das Land Berlin hat dem Studierendenwerk, den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und der berlinovo Bauflächen zugesichert. Allerdings werden in den kommenden Jahren maximal 5.000 neue Wohnheimplätze entstehen. Wir planen:

85 Vgl. Sagner, Pekka: Vorbild Niederlande, in: Institut der deutschen Wirtschaft, 20.09.2018, <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/pekka-sagner-michael-voigtlaender-vorbild-niederlande.html> [01.05.2021].

86 Vgl. Seestadt Aspern: in: Smart City Wien, 29.07.2020, <https://smartcity.wien.gv.at/site/seestadt-aspern/> [01.05.2021].

- eine stärkere **Förderung von neuen Wohnheimplätzen und günstigem Wohnraum** für Studierende und Auszubildende und
- die Schaffung von **Anreizen** für die Bereitstellung von **günstigen privaten Unterkünften** für Studierende und Auszubildende.

Die Idee der Werkwohnungen neu denken

Eine weitere Entlastung des Wohnungsmarktes stellen Mitarbeitenden-Wohnungen (Werkwohnungen) dar. Sie bieten den Beschäftigten bedarfsgerechte Wohnangebote sowie einen kurzen Arbeitsweg. Dieser entlastet zugleich den Verkehr und die Umwelt. Den Arbeitgebenden gibt es die Möglichkeit, ihren Fachkräftemangel zu bekämpfen und den Arbeitsplatz attraktiver zu gestalten.⁸⁷

Wir planen, den Neubau von Mitarbeitenden-Wohnungen durch **finanzielle und rechtliche Vorteile** zu fördern.

Ausreichend Mittel für den kommunalen Bodenfonds

Der Berliner Senat hat 2020 die Gründung eines kommunalen Bodenfonds beschlossen. Dieses Sondervermögen soll die Stadt Berlin in die Lage versetzen, Grundstücke strategisch für die öffentliche Hand zu erwerben.

Volt setzt sich dafür ein, dass

- der Bodenfonds mit ausreichenden Mitteln ausgestattet wird.
- die erworbenen Liegenschaften für **gemeinwohlorientierte Projekte** (Grünflächen, Fahrradwege, Sportplätze) und den sozialen Wohnungsbau genutzt werden.



Berliner Boden bleibt in Berliner Besitz

Wir setzen uns für die vermehrte Vergabe von Liegenschaften nach dem **Erbbaurecht** ein. Grundstücke in Besitz des Landes Berlin oder des Bundes werden nicht mehr verkauft, sondern für einen festgelegten Zeitraum verpachtet. Die Verpachtung kann an bestimmte **soziale und ökologische Bedingungen** geknüpft werden, beispielsweise der Errichtung von Sozialwohnungen, Sportanlagen, Grünflächen etc.

Kulturstätte: Tempelhofer Feld

Das Tempelhofer Feld bietet mit den ehemaligen Start- und Landebahnen eine vielfältig nutzbare Grünfläche mitten in Berlin.

⁸⁷ Vgl. RegioKontext GmbH: Mitarbeiterwohnen: Aktuelle Herangehensweisen und modellhafte Lösungen, in: Wirtschaft macht Wohnen, 22.04.2016, https://www.dgfm.de/fileadmin/01-DGFM/downloads/studien-wohnungsbau/wirtschaft_macht_wohnen_22042016.pdf [01.05.2021].

Generell setzen wir uns für ein **Gesamtkonzept zu einer zukünftigen intelligenten Nutzung** des Tempelhofer Feldes ein. Ein Konzept, welches **Park- und Naturschutzflächen, Kunst- und Kulturveranstaltungen** sowie **Freizeit- und Sportflächen** vorsieht, die den Berliner*innen weiterhin frei zur Verfügung stehen. Dafür bietet sich ein **Konzeptwettbewerb** an, sodass interessierte Bürger*innen beteiligt werden.

Ein Volksentscheid hat sich 2014 gegen eine Bebauung des Flugfeldes ausgesprochen. Wir respektieren die Entscheidung der Bürger*innen. Aufgrund der deutlich veränderten Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt können wir uns eine **soziale Randbebauung** des Tempelhofer Feldes vorstellen, allerdings nur im Falle eines erneuten, sorgfältig geplanten Volksentscheides. Die zu bebauende Randfläche soll nach dem Erbbaurecht ausschließlich an gemeinwohlorientierte Unternehmen vergeben werden.

KLIMANEUTRALITÄT BEIM BAUEN UND WOHNEN

Die Klimakrise bedroht die Zukunft unseres Planeten und unserer Nachkommen. Ziel von Volt ist die **Klimaneutralität** für alle Gebäude in Deutschland bis 2035. Diese wollen wir durch folgende Maßnahmen erreichen:



Einsatz nachhaltiger Baumaterialien

Für die globalen CO₂-Emissionen sind die Baustoffindustrie und der Gebäudebetrieb große Mitverursacher.⁸⁸ Um den menschengemachten Klimawandel zu stoppen ist es notwendig, klimaschädliche Produktionsmethoden und Baustoffe durch **nachhaltige Alternativen** zu ersetzen.

Volt setzt sich deshalb ein für:

- den flächendeckenden Einsatz und die weitere Erforschung von **nachwachsenden, nachhaltigen, klimaneutralen und kreislaufgerechten**⁸⁹ **Baumaterialien**. Hierzu zählen zum Beispiel Holz, Lehm, Kork, Hanf, Flachs oder Schafwolle. Zudem möchten wir die Nutzung von **Recycling-Beton** fördern.
- den Ersatz von umweltschädlichen Baustoffen, wie beispielsweise von Schwermetallen oder flüchtigen organischen Verbindungen, durch **umweltfreundliche Alternativen**
- einen **Marktpreis von Baumaterialien**, der alle Umweltfolgekosten beinhaltet. Dadurch werden umweltschädliche Baustoffe teurer. Ökologisch nachhaltige Baumaterialien hingegen sollten staatlich gefördert werden.
- die transparente **Abbildung des Ressourcenaufwands** und **CO₂-Ausstoßes** eines Gebäudes

⁸⁸ Vgl. Bauwesen: in: Zentrum Ressourceneffizienz, <https://www.ressource-deutschland.de/themen/bauwesen/> [01.05.2021].

⁸⁹ Kreislaufgerecht bauen bedeutet, dass verwendete Materialien zerstörungsfrei herausgelöst und somit wiederverwendet werden können.



Energiewende – jetzt!

In Berlin liegt der erneuerbare Anteil der Primärenergien nur bei ca. 4 %.⁹⁰ Es existieren bereits eine Vielzahl von nachhaltigen Energie- und Wärmequellen, um die **Energiewende** im Bereich des Städtebaus zu vollziehen. Hierzu zählen folgende Beispiele: Fernwärme, Abwasserwärme, Photovoltaik, gewerbliche Abwärme, Flusswasserwärme, lokale Biomasse, Solarthermie und Geothermie.⁹¹

Eine der effizientesten Wärmequellen stellt die **Fernwärme** dar. Derzeit wird das zentrale Fernwärmenetz von Vattenfall betrieben. Volt Berlin setzt sich dafür ein, zusätzlich zu Strom- und Gasnetz langfristig auch das Fernwärmenetz durch den Landesbetrieb Berlin Energie zu erwerben und auszubauen. Wir verfolgen das Ziel, in Zukunft deutlich mehr Berliner Haushalte an das Fernwärmenetz anzuschließen. Dies wollen wir erreichen durch **Informationskampagnen** für (Ver-)Mietende sowie durch finanzielle **Förderprogramme**. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten für nachhaltige, dezentrale Wärmeerzeuger (z. B. Solarthermie) geschaffen werden, überschüssige Wärme in das Fernwärmenetz einzuspeisen. Das Fernwärmenetz soll bis zum Jahr 2035 aus **100 % erneuerbarer Energie** gespeist werden.

Darüber hinaus setzen wir uns ein für eine Pflicht zur Installation einer **Solaranlage** bei Neubauten und bei einer vollständigen Erneuerung des Daches eines Gebäudes. Betrieb und Bau der Anlage können auch durch Dritte, beispielsweise die Berliner Stadtwerke, erfolgen. Die Pflicht soll entfallen, wenn eine Anlage nicht wirtschaftlich betrieben werden kann oder wenn andere triftige Gründe dagegen sprechen. Als Beispiel kann das Klimaschutzgesetz⁹² in Hamburg dienen.

Volt setzt sich für den **flächendeckenden Einsatz** und die **weitere Erforschung** von Technologien zur nachhaltigen Energie- und Wärmenutzung ein.



Intensivierung energetischer Modernisierung von Gebäuden

Etwa zwei Drittel des Energieverbrauchs privater Haushalte entfallen auf das Heizen. Die aktuelle jährliche energetische Modernisierungsrate von 0,8 %⁹³ des Gebäudebestands reicht bei Weitem nicht aus. Eine Erhöhung der **Modernisierungsrate** auf

90 Vgl. Energieatlas Berlin: in: berlin.de, <https://energieatlas.berlin.de> [01.05.2021].

91 Vgl. Dunkelberg et al.: Wärmewende in Städten gestalten, in: Empfehlungen für eine sozial-ökologische Transformation der Wärmeversorgung am Beispiel von Berlin, 05.2020, https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2020/Dunkelberg_et_al_2020_Waermewende_in_Staedten_gestalten.pdf [01.05.2021].

92 Vgl. Verordnung zur Umsetzung der Pflichten zur Nutzung von Photovoltaik und erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung: in: hamburg.de, <https://www.hamburg.de/contentblob/14762816/39b0a925173617c-6233deb3f8f2eb987/data/d-verordnung.pdf> [01.05.2021].

93 Vgl. Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Michael Efler: Drucksache 18/20 052: in: Abgeordnetenhaus Berlin, 27.07.2019, <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-20052.pdf> [01.05.2021].

mindestens **4 Prozent** pro Jahr ist zwingend erforderlich, um einen klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2035 zu erreichen. Diese Ziele wollen wir mit den folgenden Maßnahmen erreichen:

- Um Anreize für eine hohe Energieeffizienz von Gebäuden zu schaffen, setzen wir uns auf europäischer und deutscher Ebene für eine **einheitliche CO₂-Bepreisung** ein.
- Wir unterstützen die **Umlage des CO₂-Preises** auf Vermietende in Abhängigkeit der Effizienzklasse des Gebäudes:⁹⁴ Bei noch nicht modernisierten Gebäuden sind diese Mehrkosten vollständig durch Vermietende zu tragen, während nach effizienter energetischer Modernisierung die Kosten des CO₂-Preises auf die Mietenden übergehen.
- Wir planen den Aufbau sogenannter **One-Stop-Shops**⁹⁵ in Berlin. Diese bündeln alle Informationen zu Energieeffizienz (mögliche Energiesparmaßnahmen, praktische Hilfe, Ansprechpartner*innen, Förderangebote etc.) und begleiten Bürger*innen und Unternehmen entlang des Modernisierungspfads.
- Auf Bundesebene unterstützen wir die Einführung des sogenannten »**Drittelmodells**«:⁹⁶
 - **zielgerichtete Fördermaßnahmen** und **Schaffung von Anreizen** durch Einstellung der Förderungen für fossile Energieträger und deutliche Erhöhung der Zuschüsse für effiziente energetische Modernisierungen (mindestens KfW55-Standard)
 - deutliche Senkung der Modernisierungsumlage von 8 auf 1,5 % für **warmmietenneutrale energetische Modernisierungen**
- Umfängliche **Heizungstauschprogramme** mit dem Ziel, bis 2035 alle mit fossilen Brennstoffen betriebenen Heizungssysteme durch klimaneutrale Technologien zu ersetzen, sollen eingeführt werden.
- Eine breite Ausbildungsoffensive für das Handwerk garantiert die zügige Modernisierung des Heizungsbestands (siehe [Wahlprogramm](#) von Volt zur Bundestagswahl).
- Wir setzen uns für eine **anlassbezogene energetische Modernisierung** von Gebäuden ein. Der relevante Anlass hierfür ist der Kauf von Gebäuden. In Zukunft sollen Käufer*innen eines Gebäudes dazu verpflichtet sein, das Gebäude innerhalb

94 Vgl. Begrenzte Umlage der BEHG-Kosten – Investitionsanreize stärken: in: Deutsche Energie-Agentur GmbH, 11.01.2021, https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2021/dena-POSITIONSPAPIER_Begrenzte_Umlage_der_BEHG-Kosten_-_Investitionsanreize_staerken.pdf [01.05.2021].

95 Vgl. ProRetro - Verbreitung von Sanierungen privater Wohngebäude durch One-Stop-Shops in Deutschland: in: Wuppertal Institut, <https://www.wupperinst.org/p/wi/p/s/pd/887> [01.05.2021].

96 Vgl. Mellwig et al.: Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen, in: ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, 2019, https://www.ifeu.de/wp-content/uploads/Kurzstudie_BUND_ifeu_2019_Sozialer-Klimaschutz-in-Mietwohnungen.pdf [01.05.2021].

eines bestimmten Zeitraums auf mindestens KfW55-Standard zu modernisieren. Begleitend dazu deutliche Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für energetische Modernisierungen (siehe »Drittelmodell«).

- Neben den privaten Haushalten sollen auch **landeseigene Immobilien** (insbesondere Schulen und Behörden) energetisch modernisiert werden. Dazu zählen vor allem die Dämmung sowie Erneuerungen von Heizung und Fenstern, aber auch die Nutzung von Dachflächen für Solarthermie, Photovoltaik-Anlagen und Begrünung.
- Wir unterstützen die Forschung und Entwicklung serieller Methoden zur Modernisierung mit digitaler Erfassung der Gebäudemaße und paralleler Vorfertigung.



Best Practice: Niederlande

Das niederländische »Energiesprong« ist das Vorbild für Innovationen in der Gebäudemodernisierung. Die Abmessungen eines zu modernisierenden Gebäudes werden mittels 3D-Laserscannern erfasst. Die Daten werden verwendet, um in der individualisierten Serienproduktion die benötigten Bauteile passgenau und kostengünstig herzustellen. Nach der Modernisierung erzeugen die Gebäude so viel Energie, wie sie selbst verbrauchen.⁹⁷



Dach- und Fassadenbegrünung für ein besseres Stadtklima

Berlin ist eine der grünsten Großstädte Europas. Die Grünanlagen haben einen wichtigen ökologischen Effekt auf unser Stadtklima und müssen daher dringend erhalten bleiben. Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

- Bei jedem Neubau müssen **neue Grünflächen** geschaffen werden.
- Die Flächenversiegelung soll auf ein Minimum reduziert und nur noch genehmigt werden, wenn sie am Gebäude oder in direkter Umgebung ökologisch ausgeglichen wird.
- Bei Nachverdichtung von bestehender Bebauung bieten sich die **Dach- und Fassadenbegrünung** an. Diese sparen Energie, lassen sich mit Photovoltaik kombinieren, verbessern das Stadtklima, halten Regenwasser zurück und entlasten somit die Kanalisation.⁹⁸

⁹⁷ NetZero-Standard nach dem Energiesprong-Prinzip: in: [energiesprong.de](https://www.energiesprong.de/fileadmin/Energiesprong/Dokumente/Energiesprong-Prinzip.pdf), <https://www.energiesprong.de/fileadmin/Energiesprong/Dokumente/Energiesprong-Prinzip.pdf> [01.05.2021].

⁹⁸ Vgl. Wilkinson, Sara et al.: Green Roof Retrofit: Building Urban Resilience (Innovation in the Built Environment), 1. Aufl., 2016: in: Wiley-Blackwell, S. 1-12.



Best Practice

Wie Dächer und Fassaden großflächig begrünt werden können, zeigen Projekte in **Mailand (Italien)** (»Bosco Verticale«⁹⁹) und **Düsseldorf** (»Ingenhoven Tal«¹⁰⁰).



Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030

Wir begrüßen die Ziele des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030). Die Zwischenberichte zeigen allerdings, dass die bisherige Umsetzung der Maßnahmen nur langsam voranschreitet. Wir planen eine **bessere Unterstützung und Aufklärung der Bürger*innen, Handwerksbetriebe und Bauunternehmen** bei der Beantragung und Umsetzung der Maßnahmen.

ANREIZE FÜR EINEN FAIREN UND SOZIALEN BERLINER WOHNUNGSMARKT

Senkung der Grunderwerbsteuer bei Eigennutzung

In den letzten beiden Jahrzehnten sind die Preise am Berliner Wohnungsmarkt zunehmend gestiegen. Eine von mehreren Ursachen sind massive Aufkäufe von Wohnungen als Wertanlage. Für Privatpersonen wird es immer schwieriger, eine Immobilie zur Eigennutzung zu erwerben. Aktuell fallen in Berlin beim Kauf einer Immobilie einheitlich 6,0 % Grunderwerbsteuer an.

- Wir schlagen als Steuerungselement die Einführung einer **progressiven Grunderwerbsteuer** vor. Dies bedeutet: Die anfallende Grunderwerbsteuer wird um 50 % reduziert beim Kauf einer Immobilie oder eines Grundstücks zur Selbstnutzung für mindestens 2 Jahre als Hauptwohnsitz.
- Eine steuerfreie Veräußerung soll dafür künftig nur möglich sein, wenn die Immobilie in den vergangenen vier Jahren selbst genutzt wurde.
- Weiterhin möchten wir unterbinden, dass im Rahmen sogenannter **Share-Deals**¹⁰¹ die Grunderwerbsteuer umgangen wird.

Bodenwert-Modell – Reform der Grundsteuer

Die Berechnung der Grundsteuer ist kompliziert und mit hohen Kosten verbunden. Das aktuelle Gesetz sieht eine Besteuerung des Grundes abhängig von seiner Bebauung vor. Wir schlagen eine Reform der Grundsteuer nach dem sogenannten

⁹⁹ Bosco Verticale – vertikaler Wald in Mailand: in: Ökologisch Bauen GbR, 30.06.2020, <https://www.oekologisch-bauen.info/news/bauen-allgemein/bosco-verticale-der-besondere-wald-in-mailand-119.html> [01.05.2021].

¹⁰⁰ Begrünte Fassaden: Ratgeber und Beispiele - Kö-Bogen in Düsseldorf: in: Deutsches Architektenblatt, 02.12.2020, <https://www.dabonline.de/2020/06/30/begruente-fassaden-ratgeber-und-beispiele-ingenhoven-tal-koe-bogen-duesseldorf/> [01.05.2021].

¹⁰¹ Vgl. Share Deals in der Immobilienwirtschaft: in: Haufe.de, <https://www.haufe.de/thema/share-deal> [01.05.2021].

Bodenwert-Modell vor. Dieses orientiert sich an der Grundstücksfläche sowie an den sogenannten Bodenrichtwerten, die ohnehin alle zwei Jahre von den Gemeinden ermittelt werden und somit keinen zusätzlichen Aufwand bedeuten. Auf den ermittelten Wert wird ein kommunaler Hebesatz angewendet. Die aufwendige und zeitraubende Bewertung der Gebäude fällt also weg. Der Vorschlag wäre innerhalb weniger Jahre zu verwirklichen und würde in den Behörden hohe Kosten einsparen. Gleichzeitig schafft die Bodenwertsteuer den Anreiz zu bauen, denn sie besteuert unbebaute Grundstücke genauso hoch wie bebaute. Die reformierte Steuer führt zu einer **effizienten Nutzung des Bodens** und damit zu einer **Schaffung von neuem Wohnraum**. Mietende in **Mehrfamilienhäusern** würden langfristig **entlastet** werden, da eine geringe Flächennutzung honoriert wird.

Baden-Württemberg hat sich bereits für eine Reform der Grundsteuer nach dem Bodenwert-Modell entschieden.



Wohnraum zum Nutzen aller

Volt setzt sich für die Förderung von gemeinnützigen Akteur*innen auf dem Berliner Wohnungsmarkt ein, um einen **nicht-profitorientierten Wohnungssektor** zu schaffen. Wir möchten Unternehmen und Wohnprojekte fördern, die sich einem **gemeinnützigen Zweck** verpflichten: ökologische Kriterien im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel, dauerhaft bezahlbare Mieten, vorrangige Vermietung an Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie besondere Bedarfsgruppen (z. B. Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung), eine Beschränkung der Gewinne und die Reinvestition der Überschüsse in Bau, Ankauf und Modernisierung von Wohnungen. Im Gegenzug sollen diese Projekte entlastet und gefördert werden durch Steuererleichterungen in Bezug auf die Umsatz-, Körperschaft-, Gewerbe-, Grund- oder Grunderwerbsteuer sowie die bevorzugte Vergabe von kommunalen Liegenschaften. Die Vorteile sollen allen kommunalen, genossenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen oder Wohnprojekten jeder Rechtsform offen stehen.

Außerdem planen wir, dass das Baurecht nach § 34 BauGB um Gemeinwohlbelange erweitert wird. So werden Kommunen in die Lage versetzt, im Genehmigungsverfahren neben städtebaulichen auch soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen.¹⁰²

¹⁰² Vgl. Bodenpolitische Agenda 2020-2030: in: Deutsches Institut für Urbanistik, 2017, <https://repository.difu.de/jspui/bitstream/difu/238504/1/DCF2102.pdf>, S. 17ff [01.05.2021].

MOBILITÄT KLIMAFREUNDLICH UND GERECHT GESTALTEN

Jeder Mensch in Berlin ist durchschnittlich pro Tag 1 Stunde und 20 Minuten unterwegs. Wir gehen oder fahren zur Arbeit, zum Sport, zum Einkaufen oder ins Kino. Auch die Zeit, die wir im Transit verbringen, ist kostbar. Deswegen sollen Wegzeiten kürzer und angenehmer, der Verkehr insgesamt klimaneutral und gerechter werden.

Wir setzen uns für eine Verkehrspolitik ein, die die Verkehrsmittel des Umweltverbundes in den Mittelpunkt der Verkehrsplanung stellt: Radfahren, zu Fuß gehen und die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sollen attraktiver, sicherer und schneller werden, um eine bequeme, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Stadt zu ermöglichen. Zentrale Aspekte sind dabei der Infrastrukturausbau sowie innovative Lösungen für ÖPNV, Fuß- und Radverkehr und eine intelligente Verknüpfung der Verkehrsmittel untereinander. Die Verkehrsmittel des Umweltverbundes müssen optimal ineinandergreifen und aufeinander aufbauen. Auch innovative Konzepte, wie Seilbahnen, neuartige Sharing-Modelle oder bewährte Mittel wie Oberleitungsbusse und Fähren, können Teil eines zukunftsfähigen Verkehrsmixes für Berlin sein.

Mithilfe einer schrittweise eingeführten sozialen City-Maut, umfangreicher Parkraumbewirtschaftung und innovativer Lösungen für den Lieferverkehr planen wir, den motorisierten Verkehr in der Innenstadt gleichzeitig deutlich zu reduzieren. Notwendige motorisierte Fahrten sollen vorzugsweise durch klimaneutrale, emissionsarme¹ Ride- und Car-Sharing-Angebote gedeckt werden.^x Gemeinsam mit der Förderung von Kiezblocks und autofreien Zonen erreichen wir so eine deutlich höhere Lebens- und Aufenthaltsqualität. In allen Bereichen möchten wir zudem oftmals übersehene, im Verkehr häufig benachteiligte Gruppen stärker in den Fokus nehmen.

Volt möchte ein Berlin, in dem man sich frei bewegen und frei atmen kann. Einfach gesagt, Mobilität in Berlin soll Spaß machen.

VERKEHRSBERUHIGUNG FÜR EINE LEBENSWERTE STADT

Lange Zeit lag der Fokus der Berliner Verkehrspolitik auf dem PKW als dem Fortbewegungsmittel der Wahl. Mittlerweile besitzen nur noch etwa die Hälfte der Berliner*innen ein Auto und nutzen dieses gerade einmal für ein Viertel ihrer Wege.¹⁰³ Dennoch haben Jahrzehnte der PKW-zentrierten Politik dazu geführt, dass weit über die Hälfte des Straßenraumes für den fahrenden und parkenden motorisierten Individualverkehr reserviert ist.¹⁰⁴

Das hohe Berliner Verkehrsaufkommen verleitet Autofahrende dazu, nach Schleichwegen zu suchen. Das treibt das Verkehrsaufkommen in den Wohnvierteln in die Höhe und beansprucht Platz, der eigentlich als Lebensraum dienen sollte. Zudem belasten schlechte Luft und hohe Lärmbelastung die psychische sowie physische Gesundheit der Anwohnenden.¹⁰⁵

Wir sind der Auffassung, dass der knappe und wertvolle öffentliche Raum in Berlin auf bessere Art verwendet werden sollte. Wir möchten Platz schaffen für mehr Lebensqualität: Grünanlagen, Spielplätze, Freizeitaktivitäten und Außenbereiche von Cafés und Restaurants.

Erhöhung der Lebensqualität durch Förderung von Kiezblocks

Wir möchten die Lebensqualität in Wohnvierteln deutlich erhöhen. Dafür muss der **Durchgangsverkehr reduziert** werden, **ohne jedoch die Mobilität** von Anliegenden **einzuschränken**. Bisherige Ansätze, wie die Durchfahrtsverbote »Anlieger frei« verfehlen häufig ihre Wirkung, da sie schlicht nicht eingehalten werden. Stattdessen setzen wir beispielsweise auf gegenläufige Einbahnstraßen und Modalfilter¹⁰⁶ wie Diagonalsperren.

Um Kiezblockprojekte sowohl im Innenstadtbereich als auch in den Außenbezirken als ganzheitliches Konzept mit Einbindung der umliegenden Verkehrsinfrastruktur

X »Emissionsarm« bezieht sich in diesem Kapitel auf alle verkehrsbezogenen Emissionen mit signifikanten negativen Auswirkungen auf die Umwelt, Gesundheit oder Lebensqualität wie z.B. CO₂, Feinstaub und Lärm.

103 Vgl. Mobilitätsdaten für Berlin auch bezirkswise: in: Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, 2018, <https://www.berlin.de/sen/uvk/verkehr/verkehrsdaten/zahlen-und-fakten/mobilitaet-in-staedten-srv-2018/> [01.05.2021].

104 Vgl. Wem gehört die Stadt? Der Flächen-Gerechtigkeits-Report: in: Agentur für clevere Städte, 05.08.2014, https://www.clevere-staedte.de/files/tao/img/blog-news/dokumente/2014-08-05_Flaechen-Gerechtigkeits-Report.pdf [01.05.2021].

105 Vgl. Stressreaktionen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen: in: Umweltbundesamt, 26.03.2021, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/stressreaktionen-herz-kreislauf-erkrankungen#auswirkungen-des-larms-auf-die-gesundheit> [01.05.2021].

106 Modalfilter sind verkehrsplanerische Elemente, die das Ziel haben, unerwünschte Verkehrsarten herauszufiltern. Vgl. Modale Filter beruhigen Quartiere und schaffen Platz, in: ADFC e. V., o. D., <https://www.adfc.de/artikel/modale-filter-beruhigen-quartiere-und-schaffen-platz> [01.05.2021].

gezielt zu fördern, planen wir folgende Maßnahmen:

- die Einrichtung einer Beratungsstelle auf Senatsebene, die mit der Erarbeitung eines Leitfadens für die Einrichtung von Kiezblocks beauftragt wird. Sie kann auch Vorschläge für geeignete Kieze und Strategien zur Anpassung der umliegenden Verkehrsinfrastruktur (ÖPNV & Fahrrad) erarbeiten und die Bezirke bei der konkreten Planung und Umsetzung unterstützen.
- Informationskampagnen zur Steigerung der Bekanntheit von Kiezblocks sowie Beratungsangebote, die Bürger*innen bei der Projektplanung und -beantragung unterstützen. Damit sollen Kiezblockprojekte noch einfacher von Anwohnenden selbst initiiert werden können.
- den Ausbau digitaler Möglichkeiten zur Projektinitiierung und -planung (z. B. mittels Plattform mein.berlin.de, siehe auch [Berlin gestalten auf mein.berlin.de](https://mein.berlin.de)).



Best Practice: Superilles von Barcelona (Spanien)

Durch einfache Maßnahmen wie Einbahnstraßen oder Diagonalsperren an Kreuzungen hat die Stadt Barcelona verhindert, dass Wohnviertel von Autofahrenden als Abkürzung genutzt werden. Anwohnende, Einsatzfahrzeuge, Müllabfuhr und Lieferverkehr können Ziele innerhalb des Wohngebiets weiterhin erreichen. Dadurch wurden unter anderem folgende Verbesserungen erreicht:¹⁰⁷

- deutliche Reduktion des Verkehrsaufkommens innerhalb der Wohnviertel
- mehr Platz für Fußverkehr, Grünflächen und Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung
- verbesserte Luftqualität und reduzierte Lärmbelastung
- höhere Sicherheit, vor allem für Kinder, Senior*innen und Menschen mit Behinderung
- Einzelhandel und Gastronomie profitieren
- verstärkte Nutzung des ÖPNV & höhere Attraktivität des Radverkehrs



Autofreie Zonen und hybride Straßen schaffen

Neben Wohnvierteln würden auch andere Bereiche Berlins von weniger befahrenen oder **autofreien Zonen** deutlich profitieren. Wie zahlreiche Studien belegen, schafft eine Verkehrsberuhigung nicht nur eine höhere Aufenthaltsqualität für alle, sondern kann sich auch positiv auf Gewerbe und Einzelhandel auswirken.¹⁰⁸

Grundlegend unterstützen wir daher eine weitreichende Verkehrsberuhigung des Stadtgebiets zugunsten des Fuß- und Radverkehrs. Anstelle einer pauschalen Verordnung autofreier Bereiche für die Bezirke müssen Maßnahmen individuell auf die

¹⁰⁷ Vgl. López, Iván et al.: Mobility Infrastructures in Cities and Climate Change: An Analysis Through the Superblocks in Barcelona, in: Atmosphere, Jg. 11, Nr. 4, 2020, <https://www.mdpi.com/2073-4433/11/4/410/htm> [01.05.2021].

¹⁰⁸ Vgl. Wenn die Ladenkasse des Einzelhandels wegen der Rad-, Bus- und Bahnfahrer dreimal klingelt: in: Agentur für Clevere Städte, <https://www.clevere-staedte.de/projekt/f%C3%BCr-den-verband-deutscher-verkehrsunternehmen-umweltverbund-bringt-einzelhandelsumsatz> [01.05.2021].

Anforderungen der einzelnen Gebiete abgestimmt werden. Die Initiierung, Planung und Umsetzung verkehrsberuhigter Bereiche sollen in enger Abstimmung mit Einbeziehung aller Betroffenen erfolgen.

Konkret planen wir für Berlin

- die Umgestaltung von geeigneten Plätzen und Straßen im Sinne einer **hybriden Nutzung**. Hierbei können z. B. uhrzeitabhängige Durchfahrverbote für PKW zum Einsatz kommen. So kann tagsüber der Verkehr fließen, während in den Abendstunden die Gastronomie ihre Außenbereiche auf die Straße erweitern kann.
- die Einrichtung von »**Begegnungszonen**« als weiteren hybriden Ansatz, mit einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h und Vortritt für zu Fuß Gehende. Auch Spiel- und Fahrradstraßen sollen verstärkt zum Einsatz kommen.
- darüber hinaus den Ausbau **digitaler Möglichkeiten**, mit denen Anwohnende und Gewerbetreibende Vorschläge für Umgestaltungsprojekte einreichen können (siehe auch [Berlin gestalten auf mein.berlin.de](https://www.mein.berlin.de)).
- eine unabhängige, wissenschaftliche Begleitung der einzelnen Projekte. Jedes Projekt soll ergebnisoffen und anhand klarer Kriterien evaluiert und die Maßnahmen entsprechend angepasst werden. Sollte sich z. B. die komplette Sperrung für den PKW für ein Gebiet nicht als sinnvoll erweisen, können hybride Alternativen ausprobiert werden.

RAUM FÜR DIE VIELFALT AN FORTBEWEGUNGSMITTELN

Ein Wechsel zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln, z. B. vom Fahrrad zu U- und S-Bahn und anschließend zum Sharing-eScooter, wird als unbequem empfunden. Aktuell vorhandene Stellplätze für Fahrräder an den Bahnhöfen Berlins sind meist ungesichert und begünstigen deren Diebstahl. Sharing-Dienste werden nur im Innenstadtbereich angeboten und sind schwierig zu vergleichen. Momentan gibt es in Berlin einen »Flickenteppich« aus unterschiedlichsten Sharing-Anbietenden (ca. 11.000 Fahrräder von 8 Anbietenden und 3.000 Pkw von 12 Anbietenden).

Ein zeitgemäßes Mobilitätskonzept muss berücksichtigen, dass Bürger*innen mehrere unterschiedliche Verkehrsmittel nutzen, um an ihr Ziel zu gelangen. Der Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln soll möglichst einfach und barrierefrei möglich sein. Dies beinhaltet die Bereitstellung von Fahrradstellplätzen sowie ein flächendeckendes Bike- und Carsharing-Angebot.

Ausbau der Fahrradstellplätze und »Park & Ride« für PKW

Stellplätze für Fahrräder und Autos müssen an relevanten Orten in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Dafür sind folgende Maßnahmen notwendig:

- die Bereitstellung von **Fahrradstellplätzen** in Höhe des ermittelten Bedarfs¹⁰⁹ an allen S- und U-Bahnstationen und Bahnhöfen in Berlin (auch in den Außenbezirken) sowie an anderen Orten mit hohem Bedarf
- den Bau von **Fahrradparkhäusern** mit attraktiver Preisgestaltung an ausgewählten S-Bahnhöfen. Dort sollen Lademöglichkeiten für E-Bikes, Service-Stationen (Werkzeug, Luftpumpe) und Bikesharing-Stationen integriert sein.
- Nach Münchner Vorbild¹¹⁰ soll **bei Neu- und Umbaumaßnahmen von Gebäuden** die Verpflichtung bestehen, Fahrradstellplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen.
- Wir setzen uns ein für eine Ausweitung der **Park & Ride-Parkplätze** am Stadtrand Berlins an den Schnittpunkten von Hauptverkehrsstraßen und ÖPNV-Linien. In Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg wollen wir außerdem Parkplätze an Regionalbahnhöfen bauen, ohne dass ein Durchgangsverkehr für Anwohner*innen entsteht. Dafür sollen jeweils bereits bestehende private und öffentliche Flächen genutzt werden, um zusätzliche Flächenversiegelung zu vermeiden. Regelmäßige Expresszüge oder S-Bahnen sollen eine schnelle Ein- und Ausfahrt in die Innenstadt garantieren, auch nachts. Mithilfe neuer Technologien (Internet of Things) sollen Bedarfsspitzen abgefangen werden und der Verkehr intelligent gelenkt werden.



Best Practice: Utrecht (Niederlande)

In Utrecht¹¹¹ wurden mehrere große Fahrradparkhäuser für insgesamt 22.000 Fahrräder in der Innenstadt gebaut. Diese sind kostenlos nutzbar, haben ein digitales Parkleitsystem und werden ergänzt durch 1000 Leihräder. Die Stadt konnte durch Stärkung der Radinfrastruktur den Anteil der auf dem Rad zurückgelegten Wege auf 60 % erhöhen.¹¹²

Modernisierung der Sharing-Angebote

Für einen einfachen Zugang zu Leihfahrrädern und -autos muss ein einheitliches Konzept erstellt werden. Gleichzeitig muss die Versorgung mit Sharing-Diensten auch

¹⁰⁹Vgl. Fahrradstellplätze an Berliner S- und U-Bahnhöfen: in: infraVelo GmbH, o. D., <https://www.infravelo.de/projektarten/fahrradparken/standort-und-potenzialanalysen/> [01.05.2021].

¹¹⁰Vgl. Satzung der Landeshauptstadt München über die Herstellung und Bereithaltung von Abstellplätzen für Fahrräder: in: Landeshauptstadt München, 20.07.2020, <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtrecht/vorschrift/958.html> [01.05.2021].

¹¹¹Vgl. Bicycle parking, in: Gemeente Utrecht, <https://www.utrecht.nl/city-of-utrecht/mobility/cycling/bicycle-parking/bicycle-parking-stationsplein> [01.05.2021].

¹¹²Vgl. Bicycle first: Wie Utrecht in den Radverkehr investiert – und dabei spart: in: Bike Citizens, 25.07.2017, <https://www.bikecitizens.net/de/bicycle-first-radverkehr-utrecht/> [01.05.2021].

Gebiete außerhalb der Innenstadt abdecken. Wir wollen folgende Maßnahmen umsetzen:

- Alle Anbietenden sollen ihr Angebot über eine (bestenfalls europaweit) **standardisierte Schnittstelle**¹¹³, zum Beispiel in der **Jelbi-App**, bereitstellen. So können Kund*innen durch größtmögliche Transparenz das beste Angebot wählen. Neben dem Buchen per App soll auch Ausleihen beispielsweise per Guthabekarten möglich sein.
- In Zusammenarbeit zwischen Anbietenden und dem VBB soll ein **integriertes Preiskonzept** entwickelt werden. Durch den Wechsel vom ÖPNV zum Leihfahrrad sollen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Inhaber*innen von Monats- oder Jahreskarten sollen Preisvorteile haben.
- Zukünftig sollen nur noch Bikesharing-Anbietende staatlich gefördert werden, die auch **Lastenräder und E-Bikes** anbieten und **Randbezirke** versorgen. Beim Bikesharing soll auf ein stationsgebundenes Angebot gesetzt und die Zahl an Stationen deutlich ausgeweitet werden.

GLEICHBERECHTIGUNG UND SICHERHEIT BEI DER MOBILITÄT

Frauen, Senior*innen, Kinder, Menschen mit Be_hinderung und queere Menschen schränken ihr Mobilitätsverhalten stark ein: Sie benutzen nur bestimmte Haltestellen und Verkehrsmittel, vermeiden Wegstrecken, Haltestellen oder bestimmte Verkehrsmittel und ändern so ihr Mobilitätsverhalten je nach Uhrzeit oder Zugang. Unsicherheit in der Nacht-Tram, Unbehagen an dunklen Haltestellen und Barrieren beim Zugang zum ÖPNV sind ein Problem für Viele.¹¹⁴ Personen mit Geh- und/oder Sicht-Einschränkung und Passant*innen mit Kinderwagen sind oft besonderen Gefahren und Hindernissen ausgesetzt. Viele Berliner*innen vermeiden den ÖPNV ganz, weil sie sich unsicher fühlen.¹¹⁵

Berlin hat kein spezifisches Mobilitätskonzept für Frauen, Diverse, queere Menschen, Menschen mit Be_hinderung, Senior*innen und Kinder. Die Datenlage und die Berücksichtigung der Bedürfnisse dieser Menschen sind stark limitiert. So veröffentlicht die BVG Statistiken zum Sicherheitsgefühl der Passagiere, teilt diese jedoch nicht auf nach

113 Hier bietet sich als Standard die »«Mobility Data Specification» (MDS) an. Die MDS ist ein offener technologischer Standard, der einheitliche Datenstrukturen und Programmierschnittstellen für den sicheren Datenaustausch zwischen Mobilitätsdienstleistenden, Städten und der Öffentlichkeit definiert. Vgl. Open Mobility Foundation (OMF): About MDS [2020, Englisch]: <https://www.openmobilityfoundation.org/about-mds> [01.05.2021].

114 Vgl. Sicherheitsbericht der Berliner Verkehrsbetriebe 2018, in: BVG, <https://www.bvg.de/?section=downloads&download=3724> [01.05.2021].

115 Vgl. Prof. Dr. Gerhold, Lars et al.: Sicherheitsempfinden, Sicherheitskommunikation und Sicherheitsmaßnahmen., in: Sicherheit Forschung - Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, 05.2020, https://www.sicherheit-forschung.de/forschungsforum/schriftenreihe_neu/sr_v_v/Schriftenreihe_Sicherheit_27.pdf [01.05.2021].

Geschlecht und Alter. Während Diebstahl im ÖPNV zurückgegangen ist, sind Vorfälle der sexuellen Belästigung stark angestiegen. Zudem zeigen Umfragen, dass Männer ein anderes Sicherheitsgefühl aufweisen als Frauen.¹¹⁶ Menschen, die unter intersektionaler¹¹⁷ und Mehrfachdiskriminierung¹¹⁸ leiden, wie zum Beispiel Frauen mit Be_hinderung, sind überhaupt nicht erfasst, jedoch von mehreren Faktoren in ihrer Mobilität eingeschränkt.

Entwicklung einer inklusiven Mobilitätsstrategie

Jeder und jedem soll der gleiche Zugang, das passende preisliche und strukturelle Angebot und die gleiche Berücksichtigung in der Verkehrsplanung zuteil werden. Das Geschlecht, das Alter und der soziale Hintergrund sollen die Mobilität der Einzelnen nicht einschränken.

Deshalb setzen wir uns für eine **inklusive Mobilitätsstrategie** ein, die ein sicheres Ankommen für alle ermöglicht. Diese Strategie beinhaltet aus unserer Sicht

- eine **Aufschlüsselung der Datenerhebung** in Bezug auf Geschlecht, Aussehen, Be_hinderung und Alter, sowie der Lebensumstände, um durch eine ganzheitliche Strategie den ÖPNV für alle attraktiv zu machen, wie in London. Hierbei sollen auch Faktoren der Mehrfachdiskriminierung miteinbezogen werden.
- ein **einfaches digitales Meldesystem** zur schnellen interaktiven Kommunikation bei Problemen.
- den konsequenten Ausbau Berlins zur **barrierefreien Stadt** an jeder Straße und jeder Haltestelle inklusive guter Ausleuchtung. Dazu gehören u. a. barrierefreie Niederflur-Gehsteige und Leitelemente für Menschen mit Seh-Einschränkung.
- ein **digitales GPS-basiertes Tracking System** für öffentliche Verkehrsmittel, welches z. B. per App sowie in den Fahrzeugen des ÖPNV die Ankunfts- und Umsteigezeiten minutengenau anzeigt. Dies verringert Wartezeiten an Haltestellen und vermeidet so unsichere Situationen.¹¹⁹

¹¹⁶Vgl. Prof. Dr. Gerhold, Lars et al.: Sicherheitsempfinden, Sicherheitskommunikation und Sicherheitsmaßnahmen., in: Sicherheit Forschung - Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, 05.2020, https://www.sicherheit-forschung.de/forschungsforum/schriftenreihe_neu/sr_v_v/Schriftenreihe_Sicherheit_27.pdf [01.05.2021].

¹¹⁷Intersektionelle Diskriminierung: Bei der intersektionellen Diskriminierung greifen mehrere Dimensionen und interagieren miteinander, so dass sie nicht voneinander zu trennen sind. Beispiel: Ein dunkelhäutiger, junger Mann wird von der Polizei ohne konkretes Verdachtsmoment einzig aufgrund seines Geschlechts, seines Alters und seiner Hautfarbe auf Drogenbesitz kontrolliert (Racial Profiling).

¹¹⁸Mehrfachdiskriminierung: Diskriminierung kann nicht nur aufgrund einer Dimension, wie z. B. Geschlecht, Rasse oder Behinderung, sondern aufgrund von zwei oder mehreren Dimensionen stattfinden. Personen können also gleichzeitig mehreren benachteiligten Gruppen angehören und ganz bestimmten Formen von Diskriminierungen ausgesetzt sein. In Situationen, in denen Diskriminierung aus mehr als einem Grund zum Tragen kommt, wird von Mehrfachdiskriminierung gesprochen.

¹¹⁹Perez, Caroline Criado: Invisible Women: Exposing Data Bias in a World Designed for Men, in: Random House, 2019.

Gerechtere Preise und Wegzeiten für alle

Das Mobilitätsverhalten vieler Menschen hat sich in den letzten Jahren verändert. Vor allem Frauen legen oft sogenannte Wegketten¹²⁰ zurück. Daher passen die Preisstrukturen und das Liniennetz nicht zur Mobilität der Menschen. Eine Monatskarte lohnt sich oft nicht für Teilzeitbeschäftigte, da sie weniger als fünf Mal die Woche zur Arbeit fahren. Innerhalb der Außenbezirke Berlins ist die Abdeckung mit schnellen U- und S-Bahnlinien oftmals unzureichend. Dies hat lange Fahrzeiten und eine Benachteiligung der Bewohner*innen zur Folge.¹²¹

Wir setzen uns ein für eine Anpassung der Ticketstruktur und des Liniennetzes auf die Bedürfnisse aller. Ein Fokus muss hierbei auf Konzepten für besondere Gruppen liegen, zum Beispiel Frauen, Menschen mit Behinderung, Frauen mit Behinderung und Kinder.



Best Practice für Gleichberechtigung in der Mobilität: London (Vereinigtes Königreich)¹²²

London erhebt seit 2007 Daten bezüglich des Geschlechts und anderen Merkmalen, die Diskriminierung ausgesetzt sind. Daraus werden Strategien entwickelt und umgesetzt, die jede*n mobil machen. Resultate sind zum Beispiel die »London Hopper Fare« für günstigere Wegketten, barrierefreie Busse, Bahnen und Plattformen, digitalisierte Anzeigen auf dem Handy für kürzere Wartezeiten und bessere Planung.

FÖRDERUNG KLIMAFREUNDLICHER FORTBEWEGUNGSARTEN

Als Umweltverbund bezeichnet man die klimafreundlichen Fortbewegungsarten zu Fuß gehen, Radfahren sowie den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Förderung eines attraktiven Umweltverbundes bildet für uns die Grundlage einer lokalen Verkehrswende in Berlin.



Fußverkehr – eine gesunde Alternative

Ca. 5 Millionen Tonnen CO₂ könnten jährlich eingespart werden, würden Autofahrten von unter 5 km um die Hälfte reduziert werden.¹²³ Viele solcher kurzer Wege könnten problemlos zu Fuß zurückgelegt werden. Jedoch müssen Fußgänger*innen ihre Fläche

¹²⁰ Wegketten: zum Beispiel das Fahren zur KiTa, zum Halbtagsjob, zu pflegebedürftigen Älteren, zum Supermarkt und wieder nach Hause.

¹²¹ Vgl. European Commission: European's satisfaction with urban transport, in: European Commission, 06.2014, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/61244> [01.05.2021].

¹²² Vgl. Diversity and inclusion publications: in: Transport for London, <https://tfl.gov.uk/corporate/publications-and-reports/equality-and-inclusion-publications> [01.05.2021].

¹²³ Vgl. Rodt et al.: CO₂-Emissionsminderung im Verkehr in Deutschland, in: Umweltbundesamt, 01.05.2010, <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/3773.pdf> [01.05.2021].

oft mit dem Fahrradverkehr teilen und zusätzlich am häufigsten Umwege in Kauf nehmen. Mangelnde Möglichkeiten der Überquerung von Fahrbahnen machen den Fußweg oft länger und unnötig kompliziert. Die Neugestaltung von öffentlichen Plätzen und Begegnungszonen sowie von Einkaufsstrassen mit viel Einzelhandel können den Fußverkehr deutlich attraktiver machen. Daher planen wir:

Die Attraktivität des Fußverkehrs, von öffentlichen Plätzen und Begegnungszonen, sowie von Einkaufsstrassen mit viel Einzelhandel¹²⁴ wollen wir durch folgende Maßnahmen steigern:

- den Ausbau von mehr **Begegnungszonen** und attraktiven Fußpassagen mit nicht-kommerziellen Sitzgelegenheiten,
- bauliche Trennungen von Fußwegen, Radwegen und Straßenverkehr durch **Grünflächen** an Hauptverkehrsstraßen, .
- **sichere Übergänge** durch Ampelschaltung oder Zebrastreifen,
- eine höhere **Priorität des Fußverkehrs** bei der Stadtplanung,¹²⁵
- gut ausgeleuchtete Über- und Unterführungen, die regelmäßig gereinigt und gewartet werden sowie
- **breitere Fußwege** von 2,5 bis 3 m und mehr Über- und Unterführungen für Fußgänger*innen. Hierdurch können zwei bis drei Menschen bequem aneinander vorbeigehen. Dies erhöht die Sicherheit und gewährleistet, dass auch Personen mit Gehhilfen oder Rollstuhl ausreichend Platz haben.



Fahrradstadt Berlin

Der Radverkehr ist nicht zuletzt durch die Pandemie im vergangenen Jahr um fast ein Drittel gestiegen. Dennoch ist Radfahren in Berlin bis heute an diversen Stellen lebensgefährlich. Im Jahr 2020 gab es dreimal mehr Unfälle, die tödlich für Radfahrende endeten, als im Jahr 2019. In vielen Fällen entstehen Unfälle durch unübersichtliche Kreuzungen, marode oder fehlende Radwege, unklare Verkehrsführung und unzureichenden Schutz vor dem motorisierten Verkehr.

Das Fahrrad ist für uns ein zentraler Baustein der Verkehrswende und in vielen Bereichen eine umweltschonende Alternative zum Kraftverkehr. Fahrradfahren soll für alle sicher und bequem sein.

¹²⁴ Vgl. Handelsszenario 2030: Wachstumsparadoxon im deutschen Einzelhandel: in: Institut für Handelsforschung Köln, 19.03.2020, <https://www.ifhkoeln.de/handelsszenario-2030-wachstumsparadoxon-im-deutschen-einzelhandel/> [01.05.2021].

¹²⁵ Vgl. Fuss e.V.: Schritte zur Einführung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie Handlungsleitfaden, in: Fussverkehrsstrategie, 08.2018, <https://www.fussverkehrsstrategie.de/hlf.html> [01.05.2021].

Radwege für das zunehmende Fahrradaufkommen ausbauen

Damit der Radverkehr in Berlin sicher und attraktiv gestaltet werden kann, sind die Anzahl, die Qualität und die Gestaltung der Radwege von zentraler Bedeutung. Mit zunehmendem Radverkehr müssen sich auch die Radwege diesen neuen Entwicklungen anpassen.

Wir wollen daher folgendes umsetzen:

- **Sichere Radwege an allen Hauptstraßen** in Berlin.
- Wo immer möglich, sollen Radwege eine **Mindestbreite** von 2,5 Metern¹²⁶ aufweisen. Diese Breite gewährleistet nicht nur die Möglichkeit, sicher zu überholen, sondern bietet auch mehr Platz für Lastenräder, Handbikes, Rollstuhlfahrräder o. ä. Weniger breite Radwege sollen nur in Ausnahmesituationen genehmigt werden.
- Radwege werden auf der gesamten Länge **baulich von Gehweg und Fahrbahn abgetrennt** (Schutzzone, Poller o. Ä.). Wo dies nicht möglich ist (z. B. an Einfahrten) werden die Radwege **farblich markiert**. Bei der baulichen Trennung wird ebenfalls darauf geachtet, dass **Ausweichmöglichkeiten für den Notfall** bestehen (z. B. wenn der Autoverkehr für Einsatzfahrzeuge eine Gasse bilden muss).
- Alle Radwege werden mit einem **gut befahrbaren Belag** ausgestattet.
- Alle Radwege sollen auch **nachts gut sichtbar** sein, entweder durch Straßenbeleuchtung oder Reflektoren.
- Wir setzen auf **Pop-up-Radwege als Übergangslösung**, um das Radwegenetz zu erweitern. Diese müssen aber **schnellstmöglich verstetigt** werden.
- **Radschnellwege** als Verkehrsachsen oberster Ordnung bauen, die durch ganz Berlin führen. Dadurch werden nicht nur Fahrzeiten im Innenstadtbereich verkürzt, sondern die Außenbezirke besser an die Innenstadt angebunden. Zusätzlich unterstützen wir Projekte wie die »Radbahn«¹²⁷ (Radschnellweg unter der U1) und andere **flächensparende Konzepte** für Radschnellwege.
- Darüber hinaus setzen wir uns für den verstärkten Ausbau von Fahrradstraßen ein. Modalfilter sollen hier sicherstellen, dass diese Straßen nicht von Autos für den Durchgangsverkehr genutzt werden.
- Wir wollen ein **Förderprogramm für Ingenieurbauwerke** (v. a. Brücken und Unterführungen) für den Teil des Radnetzes aufsetzen, für das die Bezirke zuständig sind. So können beim Ausbau des Radnetzes optimierte Streckenführungen ermöglicht werden, die sonst an finanziellen Restriktionen scheitern würden. Dabei sollten, wo immer möglich, Lösungen realisiert werden, die auch Verbesserungen für den Fußverkehr bringen.

¹²⁶ Vgl. Radverkehrsanlagen – sicher auch beim Überholen: in: ADFC Berlin, 24.06.2020, <https://adfc-berlin.de/radverkehr/infrastruktur-und-politik/735-radverkehrsanlagen-sicher-auch-beim-ueberholen.html> [01.05.2021].

¹²⁷ Vgl. Radbahn. <https://radbahn.berlin> [01.05.2021].



Best Practice: Kopenhagen (Dänemark)

Durch einen massiven Ausbau der Infrastruktur für Fahrräder konnte Kopenhagen den Anteil der Wege, die mit dem Rad zurückgelegt werden, auf 29 % erhöhen.¹²⁸

Reduzierung von Unfällen durch bessere Kreuzungsbereiche

Kreuzungen sollen für den Radverkehr optimiert werden. Dadurch sparen die Radfahrenden nicht nur Zeit, sondern sind auch sicherer im Straßenverkehr.

Wir setzen uns dabei für folgende Punkte ein:

- Kreuzungen werden nach **niederländischem Design**¹²⁹ umgestaltet (Schutzinseln, Wartenischen für Fahrradfahrende, vorgezogene Haltelinien, etc.). Wir setzen darüber hinaus flächendeckend auf »**Grüne Pfeile**« für Radfahrende.
- Einführung eines intelligenten Monitorings des Straßenverkehrs und dementsprechende Ampelschaltung (siehe Best Practice)
- Flächendeckendes Aufrüsten zu Rot-Gelb-Grünen Fahrradampeln mit »Count-down« für Rot- bzw. Grünphasen.



Best Practice: 's-Hertogenbosch (Niederlande)

Durch sensorgestütztes, intelligentes Monitoring konnten die Wartezeiten an Ampeln in 's-Hertogenbosch deutlich verkürzt werden.¹³⁰

Förderung von Lastenrädern als Alternative zum Auto

Lastenräder stellen eine umweltfreundliche und platzsparende Alternative zum Privat-PKW dar. 2018 wurde der Kauf von Lastenrädern vom Senat finanziell gefördert, was auf große Resonanz gestoßen ist. Nachdem 2019 und 2020 keine Lastenräder gefördert wurden, wurde 2021 die Förderung wieder aufgenommen, jedoch nur für Unternehmen und Vereine.¹³¹ Wir wollen folgende Maßnahmen umsetzen:

- Die Förderung soll auch für **Privatpersonen** zugänglich sein.
- Das Gesamtvolumen der Förderung muss signifikant erhöht werden.

¹²⁸Vgl. Fahrradstadt Kopenhagen: Was die dänische Hauptstadt besser macht: in: Diamant Fahrradwerke GmbH, 28.09.2018, <https://www.diamantrad.com/blog/fahrradstadt-kopenhagen/> [01.05.2021].

¹²⁹Vgl. So geht Verkehrswende - Infrastrukturelemente für den Radverkehr (Version 1.1.), 2019, in: ADFC, https://www.adfc.de/fileadmin/user_upload/Expertenbereich/Politik_und_Verwaltung/Download/So_geht_Verkehrswende_klein.pdf, S. 38ff [01.05.2021].

¹³⁰Vgl. Traffic lights in 's-Hertogenbosch: in: Bicycle Dutch, 21.06.2016, <https://bicycledutch.wordpress.com/2016/06/21/traffic-lights-in-s-hertogenbosch-an-interview/> [01.05.2021].

¹³¹Vgl. Gewerbliches Lastenradförderprogramm startet in diesem Sommer mit einem Volumen von insgesamt 600.000 Euro, in: Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, 10.03.2021, <https://www.berlin.de/sen/uvk/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1062709.php> [01.05.2021].

- Die finanzielle und logistische Unterstützung der »**fLotte Berlin**« als kostenlose Anbieterin von gemeinschaftlich genutzten Lastenrädern.

Stärkere Vernetzung der Verwaltungen und der Polizei

Eine fahrradfreundliche Stadt verfügt neben der passenden Infrastruktur auch über Behörden, die den Fahrradverkehr ganzheitlich und abgestimmt fördern. Dazu gehört, dass die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK), die Ordnungsämter der Bezirke und die Polizei gemeinsam Prozesse entwickeln und umsetzen, die den Radverkehr in Berlin attraktiver machen.

Insbesondere sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Als Beitrag zum Verkehrsfrieden sollen **Verstöße von Rad- und Autofahrenden** gleichermaßen geahndet werden. Dies kann insbesondere durch den verstärkten Einsatz der **Fahrradstaffel** erfolgen.
- **Parkverbote** auf Radwegen sollen konsequent durchgesetzt werden.
- Die SenUVK soll die Mitarbeitenden der Bezirke beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur unterstützen. Dies soll auch durch Weiterbildungsmöglichkeiten (siehe [Verwaltung für Berlin neu denken](#)) der Mitarbeitenden der Bezirke erfolgen.
- Die Bezirke sollen **digitale und analoge Kontaktstellen** für Radfahrende schaffen, wo diese noch nicht vorhanden sind. Dort sollen Informationen zur Fahrradinfrastruktur bereitgestellt werden sowie eine Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge einzureichen (beispielsweise bei mangelhaften Radwegen).
- Im öffentlichen Raum dauerhaft zurückgelassene Fahrräder sollen konsequent entfernt werden.
- Von der SenUVK und den Bezirken sollen **Informationskampagnen** geplant und durchgeführt werden, die über Maßnahmen zur Fahrradinfrastruktur, Förderprogramme sowie sicheres Verhalten im Straßenverkehr aufklären.

Ein attraktiver ÖPNV als zentrales Element der Mobilität

Der öffentliche Personennahverkehr stellt für viele Berliner*innen und Brandenburger*innen immer noch keine Alternative zum eigenen PKW dar. Vor allem die eingeschränkte Einbindung der Außenbezirke und des Umlands, die grobe Taktung von mehr als 10 Minuten, die eingeschränkte Sicherheit und mangelhafte Sauberkeit sowie das unzureichende Nachtangebot werden immer wieder als Gründe genannt. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen.

Der Berliner ÖPNV ist dann attraktiv, wenn wir uns keine Gedanken mehr machen müssen, wie wir zu einer beliebigen Zeit sicher, bequem, günstig und angemessen schnell an unser Wunschziel kommen.

Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur

Um die angestrebte zunehmende Nutzung des ÖPNV stemmen zu können, muss die entsprechende Infrastruktur bei allen dazugehörigen Verkehrsmitteln in der Breite nachhaltig ausgebaut werden. Dabei werden die jeweiligen Verkehrsmittel ihren Stärken entsprechend eingesetzt. Das heißt konkret:

- Wir streben für den gesamten ÖPNV einen **flächendeckenden Zehn-Minuten-Takt** an. Bei besonders hoher Auslastung, wie zum Beispiel im Berufsverkehr, ist das Ziel ein Takt von unter fünf Minuten.
- Die verschiedenen ÖPNV-Netze müssen synergetisch mit besonderem Fokus auf der engmaschigen Anbindung der Außenbezirke sowie den Projektabschluss bis 2025 **erweitert** werden.
- Soweit Machbarkeits- und Kosten-Nutzen-Analysen dies empfehlen, werden auch längerfristige Projekte wie der **Ausbau von U-Bahnen** angestoßen – für die Stadt der zukünftigen Generationen.
- Um die Verfahren bis zum ersten Spatenstich zu beschleunigen, schaffen wir mehr Stellen für qualifiziertes Personal und treiben die **Optimierung der Prozesse** voran, zum Beispiel durch Einführung einer [digitalen Bauakte](#).
- Wir setzen uns für eine **Verbesserung des Nachtangebots** unter anderem durch Rufbusse ein, um das Mobilitätsangebot nicht nur für nächtliche Clubbesuche, sondern vor allem auch für Schichtarbeitende zu verbessern, damit jede*r sicher nach Hause kommt.
- Bei bestehenden ÖPNV-Verbindungen sollen an Bahnhöfen, Tram- und Busstationen sowie in den Verkehrsmitteln das **Sicherheitsgefühl** der Nutzer*innen und die **Sauberkeit** der Verkehrsmittel erhöht werden. Dies erreichen wir durch die vermehrte Präsenz von Sicherheitspersonal, Informationskampagnen und ein app-basiertes, interaktives Meldesystem (siehe Kapitel [Verbesserung des ÖPNV durch Digitalisierung](#)).

Bessere Anbindung des Berliner Umlandes

Täglich pendeln große Teile der 300.000 Berufstätigen aus dem Berliner Umland mit dem Auto in die Innenstadt. Dies erhöht zwangsläufig die Staugefahr, den Raumbedarf für Parkplätze sowie die Umwelt- und Klimabelastung. Um dies zu reduzieren, werden wir die bessere Anbindung des Berliner Umlandes in eng verzahnter Kooperation mit Brandenburg vorantreiben. Das heißt konkret:

- die Schaffung eines **Rufbus-Angebots**, insbesondere zu Berufsverkehrszeiten, zwischen den brandenburger Wohnorten im Umland und der jeweils nächsten Haltestelle von U-, S- oder Regionalbahn

- eine Machbarkeitsprüfung inklusive Auslastungsprognose für einen »Ring«-Verkehrsbetrieb auf dem Berliner Außenring, z. B. zwischen Ludwigsfelde bis Karow West. Hier soll insbesondere das künftige Wachstum der Stadt berücksichtigt werden.
- die zügige Umsetzung der bereits geplanten Teilprojekte von i2030¹³² zum Ausbau der Schieneninfrastruktur der Hauptstadtregion



Klimaschutz in den 2020ern durch schnellen Ausbau des Busnetzes

Im Gegensatz zu Tram-, S- oder U-Bahnen kann der Ausbau des Busnetzes ein kurzfristig umsetzbarer Ansatz zur klimaschonenden Verbesserung der Attraktivität des ÖPNV darstellen. Dafür muss der Fokus auf E-Bussen - sowie Bussen mit anderen klimaneutralen, emissionsarmen Antriebstechniken liegen. Solche Busse werden zu einer bedeutsamen Reduktion der CO₂-Emissionen im Berliner Verkehr bis 2030 beitragen. Damit sind sie ein wichtiger Faktor zur Einhaltung der Pariser Klimaziele. Langfristig soll ein möglichst großer Anteil des ÖPNV vom Asphalt auf die ökonomisch und ökologisch sinnvollere Schiene verlagert werden.

Konkret streben wir an:

- Bereits vor 2030 soll Berlins Bus-Flotte vollständig auf **rein klimaneutrale, emissionsarme Antriebe** (z. B. mit Strom aus erneuerbaren Energien) umgestellt werden. Dies wollen wir auch mit einer Umrüstung von konventionellen Bussen erreichen.
- Das Busnetz wird konsequent flächendeckend ausgebaut mit besonderem Fokus auf **schnelle Expressbuslinien**, enge Taktungen und hohe Verlässlichkeit. Das erreichen wir unter anderem durch die Schaffung von **exklusiven Busfahrstreifen** auf allen von Bussen genutzten mehrspurigen Straßen bzw. **eigenen Busstraßen** sowie der Vernetzung und Priorisierung von Bussen in einer intelligenten Ampelschaltung (siehe Kapitel [Reduzierung von Unfällen durch bessere Kreuzungsbereiche](#)). Dies erhöht auch den Fahrkomfort durch die Reduktion von Brems- und Beschleunigungsvorgängen und reduziert den Energieverbrauch.
- Der Einsatz von umweltschonenden und abgasfreien **Oberleitungs-Doppelgelenkbussen** (DGB), wie sie bereits in Nantes im Einsatz sind, soll im Rahmen eines Pilotprojekts in Spandau¹³³ erprobt werden. Der Einsatz von DGBs kann zur Steigerung der Kapazität von stark ausgelasteten Buslinien auf das Niveau von Tramlinien genutzt werden.

¹³² Vgl. Die Länder Berlin und Brandenburg, Deutsche Bahn und VBB planen im Projekt i2030 eine bessere Schieneninfrastruktur für die Hauptstadtregion, <https://www.i2030.de/> [01.05.2021].

¹³³ Geplantes Pilotprojekt zum Betrieb der Linie M32 in Spandau mit Oberleitungsbussen. Vgl. Fraunhofer-Institut ISI, PTV Transport Consult GmbH, IFB Institut für Bahntechnik GmbH, TU Dresden - Professur Elektrische Bahnen: Machbarkeit eines Hybridoberleitungsbusbetriebs - »Berlin-Spandau«, in: fragdenstaat.de, 02.07.2019, <https://fragdenstaat.de/dokumente/3749/> [01.05.2021].

Verbesserung des ÖPNV durch Digitalisierung

Der Berliner ÖPNV hinkt im internationalen Vergleich im Bereich der Digitalisierung gleich an mehreren Stellen deutlich hinterher. Unter anderem müssen Fahrkarten in starren Tarifen gekauft werden und jeder Bus und jede Bahn sind personen-gelenkt. Dabei werden entsprechende technologische Verbesserungen bereits in anderen europäischen Städten wie z. B. Kopenhagen oder auch Nürnberg erfolgreich angewendet.

Wir setzen uns daher für die folgenden Maßnahmen ein:

- Wir streben die Einführung eines vollumfänglichen **(((e-Tickets¹³⁴** inklusive eines kontaktlosen Check-In/-Out-Verfahrens und der automatischen Auswahl des günstigsten Tarifs an – basierend auf der VBB-fahrCard bzw. der Jelbi-App. Das Aufladen bzw. Abbuchen des (((e-Tickets soll dabei automatisch oder als Prepaid möglich sein. Auch Sharing-Angebote können so unkompliziert genutzt werden. Dies dient der Vorbereitung auf ein europaweit einheitliches (((e-Ticket, mit dem in Berlin wie in Barcelona gefahren werden kann.
- Wir setzen uns für eine **zentrale »Mobilitäts-App für Berlin«** (z. B. Jelbi) ein, in der die bisherigen Funktionen zusammengeführt und um weitere Aspekte wie eine Live-Karte oder auch ein interaktives Meldesystem für Missstände erweitert werden. Die App soll dabei auf Open Source setzen und Daten anonymisiert verfügbar machen (siehe Digitalisierung – Open Data).
- Wir befürworten die zügige Einführung von **autonomen U-Bahnen** auf geeigneten Linien wie zum Beispiel der U5 und U8. Dies ermöglicht eine Taktung der Züge auf unter zwei Minuten und erlaubt die flexible Reaktion auf Änderungen der Fahrgastzahlen im Tagesverlauf und bei Sonderereignissen. Um die Beeinträchtigung der ÖPNV-Nutzer*innen möglichst gering zu halten, soll die Umstellung im laufenden Betrieb nach Nürnberger Vorbild umgesetzt werden. Dem Fahrpersonal kann genau wie dort sozialverträglich eine Umschulung auf andere Verkehrsmittel bzw. zur Fahrgast- und Bahnhofsbetreuung angeboten werden.
- Die Forschungs- und Pilotprojekte im Bereich autonom fahrender Kleinbusse wie »Shuttles & Co« in Tegel wollen wir mit Blick auf On-Demand-Services wie auch den **Berlkönig intensivieren** (siehe [Bessere Anbindung des Berliner Umlandes](#)), da diese bei stark schwankender Nachfrage über den Tagesverlauf effizienter betrieben werden können als Busse mit Fahrpersonal. Aus denselben Gründen soll die Technologie mittelfristig auch auf Busse und Trams erweitert werden.

¹³⁴Vgl. Rund ums eTicket, in VDV eTicket Service GmbH & Co. KG, <https://fahrgaeste.eticket-deutschland.de/willkommen-bei-eticket-deutschland/rund-ums-eticket> [01.05.2021].

Best Practice: Nürnberg

Zwei U-Bahnlinien wurden in Nürnberg erfolgreich ohne zusätzliche Bahnsteigtüren für die Nutzung autonomer Fahrzeuge im laufenden Betrieb umgebaut bzw. neugebaut.¹³⁵

FÜR EINEN NACHHALTIGEN MOTORISIERTEN INDIVIDUALVERKEHR

Das Fundament unserer Verkehrspolitik auf dem Weg zu einer nachhaltigen Verkehrswende bilden der Umweltverbund und Sharing-Lösungen, um allen Berliner*innen attraktive Alternativen zum Privat-PKW anzubieten. Um die massiven Probleme, die der Autoverkehr in Berlin derzeit verursacht, kurzfristig in den Griff zu bekommen, wird das allein jedoch nicht ausreichen.

Mithilfe einer **City Maut** und umfassender **Parkraumbewirtschaftung** möchten wir den motorisierten Individualverkehr (MIV) in der Innenstadt auf das absolut Nötigste reduzieren. Wir schaffen dringend benötigten Platz für breitere Gehwege, eine attraktive Radinfrastruktur, einen schnelleren und effizienteren ÖPNV und einen lebenswerten und sicheren öffentlichen Raum. Der verbleibende MIV soll klimaneutral und emissionsarm unterwegs sein, um CO₂-, Lärm- und Schadstoffemissionen weiter zu verringern. Durch eine weitreichende **Tempobegrenzung** auf 30 Stundenkilometer möchten wir den Straßenverkehr sicherer machen und das Ziel »**Null Verkehrstote**« (**Vision Zero**) endlich Wirklichkeit werden lassen.

Tempo 30 als Standard in der Innenstadt

Auf vielen Nebenstraßen ist Tempo 30 bereits zum Standard geworden, auf 90 % der Hauptverkehrsstraßen gilt jedoch weiterhin Tempo 50.¹³⁶ Dem vermeintlichen Geschwindigkeitsvorteil gegenüber zeigen Studien viele Vorteile einer Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30:¹³⁷ Kürzere Reaktions- und Bremswege reduzieren die Schwere von Unfällen deutlich. Zudem können Lärmbelastung und Schadstoffausstoß durch kürzere Beschleunigungswege verringert und sogar der Verkehrsfluss verbessert werden.

135 Vgl. Nürnbergs U-Bahn fährt auf zwei Linien ganz ohne Fahrer: in: INFRA Dialog Deutschland GmbH, <https://www.damit-deutschland-vorne-bleibt.de/Blickpunkt/Infrastruktur-aktuell/04493/Artikel/Nuernbergs-U-Bahn-faehrt-auf-zwei-Linien-ganz-ohne-Fahrer/04106> [01.05.2021].

136 Vgl. Vielfach belegt: Tempo 30 im Stadtverkehr sorgt für bessere Luft, für weniger Lärm und mehr Sicherheit: in: Berlin.de, <https://www.berlin.de/hauptstadtluft/luftverbesserung/tempo-30/artikel.746139.php> [01.05.2021].

137 Vgl. Wirkungen von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen: in: Umweltbundesamt, 2016, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/publikationen/wirkungen_von_tempo_30_an_hauptstrassen.pdf [01.05.2021].

Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb dafür ein, **Tempo 30 in der Stadt zur Norm** und Tempo 50 zur Ausnahme zu machen. Bis dahin streben wir die konsequente Umsetzung von Tempo-30-Abschnitten im Innenstadtbereich an, soweit rechtlich möglich. Dabei sollen Straßen ohne Radwege Priorität haben. Wie Helsinki zeigt, können wir der **Vision Zero** (0 Verkehrstote) so ein gutes Stück näher kommen.



Best Practice: Helsinki (Finnland)

Im Jahr 2019 sind in Helsinki erstmals keine Fußgänger*innen oder Radfahrer*innen im Straßenverkehr mehr ums Leben gekommen. Als ein Schlüsselfaktor gilt die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h in großen Teilen des Innenstadtbereichs.¹³⁸

Eine soziale und gerechte City Maut für Berlin – Schritt für Schritt

Das aktuell sehr hohe Verkehrsaufkommen im MIV, insbesondere im Berliner Berufsverkehr, führt zu Zeitverlusten durch Staus, erhöhtem Unfallaufkommen und Luftverschmutzung durch Abgase. Dieses Verkehrsaufkommen zu verringern, kann durch die Einführung einer City Maut gelingen. Diese wird in anderen europäischen Großstädten bereits erprobt.

Wir sprechen uns für die **Einführung einer City Maut** innerhalb der kommenden Legislaturperiode aus. Da die Wirkung der Maut stark von ihrer genauen Ausgestaltung abhängt, soll ein **Gremium von Expert*innen** mit ihrer Planung beauftragt werden. Die Politik wird dagegen nur die folgenden Rahmenbedingungen vorgeben:

- Hauptaufgabe der Maut soll die **Reduzierung des Autoverkehrs** sein. Die Einnahmen durch die Maut sind nur von zweitrangiger Bedeutung.
- Die **Einnahmen** der Maut sollen **zweckgebunden** in unterschiedliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur fließen, um Alternativen zum Auto in der Innenstadt zu verbessern. Dazu gehören neben ÖPNV und Radverkehr auch verbesserte Möglichkeiten für Autofahrende, den Innenstadtbereich zu meiden.
- Bei der konkreten Ausgestaltung der Maut sollen die **Berliner*innen aktiv in den Planungsprozess** eingebunden werden (siehe hierzu auch [Demokratie leben durch Bürger*innenräte](#)). Hier sollen Themen zur Ausgestaltung der Maut, Maßnahmen zur Abfederung sozialer Härten sowie die Verteilung der Einnahmen der Maut aktiv diskutiert werden.
- Um Berliner*innen Zeit für die Umgewöhnung zu verschaffen und Alternativen zum Auto weiter auszubauen, wird die Maut **schrittweise eingeführt**. Zunächst

¹³⁸Vgl. No pedestrian fatalities in Helsinki traffic last year: in: City of Helsinki, 2020, <https://hel.fi/uutiset/en/kaupunkiymparisto/no-pedestrian-fatalities-in-helsinki-traffic-last-year> [01.05.2021].

soll sie nur wenige Gebiete im Innenstadtbereich umfassen, eine geringe Gebühr kosten und einige Verkehrsteilnehmende von der Maut befreien (Personen mit Mobilitätseinschränkung, Car-Sharing, E-Fahrzeuge etc.). Schrittweise wird das Gebiet erweitert (z. B. auf das Gebiet innerhalb des S-Bahnringes), die Gebühren erhöht und einige Ausnahmen zurückgenommen.

- Eine **angemessene Zeitspanne** vor Einführung der Maut soll ein detaillierter Plan der einzelnen Schritte vorliegen, sodass sich alle Berliner*innen auf die zukünftigen Veränderungen einstellen können.



Best Practice: Stockholm (Schweden)

In Stockholm konnte das Verkehrsaufkommen durch Einführung einer City Maut nachhaltig um 20 % reduziert werden,¹³⁹ in London sogar um 33 %.¹⁴⁰

Eine gerechte Parkraumbewirtschaftung

Ein privater PKW wird durchschnittlich nur eine Stunde am Tag genutzt. In Innenstädten ist etwa die Hälfte aller privaten PKW im öffentlichen Raum geparkt¹⁴¹ und blockiert damit wertvollen Platz. Parken im öffentlichen Raum ist in Berlin so günstig wie in kaum einer anderen europäischen Großstadt: Während Stockholm für einen Parkausweis für Anwohnende 827 €¹⁴² im Jahr berechnet, kostet er in Berlin gerade einmal 10,20 €. Das deckt nicht einmal 5 % der laufenden Kosten, die der Stadt dadurch entstehen.¹⁴³ Der restliche Teil der Kosten wird aus Steuermitteln gedeckt. Der Besitz eines eigenen PKW in der Innenstadt wird hier indirekt aus Steuermitteln subventioniert.

Wir sprechen uns für eine kostengerechte Bepreisung von Parkausweisen für Anwohnende aus. Zudem planen wir, die verfügbaren Parkflächen innerhalb des S-Bahnringes deutlich zu reduzieren. Dadurch schaffen wir dringend benötigten Platz für die Stärkung des Umweltverbundes sowie für Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten.

139 Vgl. Börjesson, Eliasson, Hugosson & Brundell-Freij: The Stockholm congestion charges – five years on. Effects, acceptability and lessons learnt, in: Transport Policy, Jg. 20, 2012, <https://www.diva-portal.org/smash/get/diva2:669352/FULLTEXT01.pdf> [01.05.2021].

140 Vgl. Metz: Tackling urban traffic congestion: The experience of London, Stockholm and Singapore, in: Case Studies on Transport Policy, Jg. 6, Nr. 4, 2018, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S2213624X17302912> [01.05.2021].

141 Vgl. infas, DLR, IVT & infas 360: Mobilität in Deutschland – MiD Ergebnisbericht, im Auftrag des BMVI, 2018, http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2017_Ergebnisbericht.pdf [01.05.2021].

142 Vgl. Deutsches Institut für Urbanistik: Vergleich der Gebühren für Bewohnerparken in ausgewählten europäischen Städten im Jahr 2019, 2019, zitiert nach Statista <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1065545/umfrage/gebuehren-fuer-bewohnerparken-in-ausgewaehlten-europaeischen-staedten> [01.05.2021].

143 Vgl. Agora Verkehrswende: Umparken - den öffentlichen Raum gerechter verteilen: Zahlen und Fakten zum Parkraummanagement, 3. aktualisierte Ausgabe, 2020, https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2018/OEoeffentlicher_Raum_ist_mehr_wert/Agora-Verkehrswende_oeffentlicher-Raum_Factsheet_Auflage-3_WEB.pdf, S. 1ff. [01.05.2021].

Konkret planen wir die folgenden Schritte:

- eine **Anhebung der Gebühren** für einen Parkausweis für Anwohnende auf zunächst 220 € pro Jahr, um die Betriebskosten des Parkplatzes zu decken. In Ausnahmefällen (z. B. bei mobilitätseingeschränkten Personen) sollen Ermäßigungen möglich sein.
- Bei Um- oder Zuzug soll kein neuer Parkausweis für Anwohnende mehr ausgestellt werden. Ab dem Jahr 2030 soll dann allgemein **keine Neubeantragung** mehr möglich sein. Auch hier werden Ausnahmen für Härtefälle berücksichtigt.
- eine **Reduzierung von Parkflächen** zugunsten von Fahrradabstellflächen, Busspuren, Lieferzonen, Radwegen, Außengastronomie und der Verbreiterung von Gehsteigen
- die Reservierung einer großen Zahl der verbleibenden **Parkflächen für Personen mit Mobilitätseinschränkungen**, Car-Sharing und E-Fahrzeuge
- die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf mindestens den Bereich innerhalb des Berliner Rings
- eine deutliche **Erhöhung der Parkgebühren** innerhalb des S-Bahnringes. Bestimmte Gewerbetreibende (wie z. B. Handwerker*innen oder Pflegedienste) können angepasste und für alle Parkraumbewirtschaftungszonen gültige Parkausweise beantragen.
- ein flächendeckendes, **intelligentes Parkleitsystem** zur Verringerung des Parksuchverkehrs

Eine smarte Ladeinfrastruktur für ganz Berlin

Grundsätzlich wollen wir eine Reduktion des MIV erreichen. Nichtsdestotrotz wird ein Teil des MIV verbleiben, der nicht durch den Umweltverbund ersetzt werden kann. Dieser muss schnellstmöglich auf klimaneutrale, emissionsarme Antriebstechnologien umgestellt werden. Vor allem die Elektromobilität hat hierbei in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung wird in Berlin allerdings durch fehlende Lademöglichkeiten in der Stadt gebremst.

Für den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur streben wir einen offenen und fairen Markt für alle Anbietenden an, um in Berlin eine flächendeckende, preislich transparente, herstellerunabhängige und digitale Ladeinfrastruktur aufzubauen. Zur Schaffung der Voraussetzungen hierfür setzen wir uns ein für

- einen schnelleren **bedarfsgerechten Ausbau von Ladesäulen** an relevanten öffentlichen Orten (Bahnhöfe, P+R, Gewerbegebiete etc.) sowie in Wohngebieten,
- eine **auf Carsharing abgestimmte smarte Ladeinfrastruktur**,
- dass **Tankstellen** ihr Angebot um **Schnellladesäulen** erweitern müssen und
- eine **gerechte dynamische Bepreisung** der Ladestationen, um Lastspitzen entgegenzuwirken.

LIEFERVERKEHR UMFASSEND DENKEN

Nicht zuletzt durch die signifikante Zunahme des Onlinehandels nimmt auch der innerstädtische Lieferverkehr stark zu. Die Branche rechnet weiter mit großem Wachstum und damit steigendem Verkehr. Fehlende Lieferzonen, Leerfahrten und Fahrten zu den Hauptverkehrszeiten führen zu erhöhten Verkehrsaufkommen und längeren Lieferzeiten.¹⁴⁴

Neue Wege bei der Paketzustellung

Für einen zukunftssicheren und attraktiven Lieferverkehr in Berlin setzt Volt auf innovative Lösungsansätze wie **City Hubs** (Mikro-Verteilzentren) und die verstärkte Nutzung von **Abholstationen**. Von den City Hubs aus können Pakete umweltfreundlich, beispielsweise mittels Lastenrädern, zum Ziel transportiert werden.

Dieses Ziel wollen wir mit den folgenden Maßnahmen erreichen:

- Die Bezirke sollen **Flächen in geeigneter Lage** für City Hubs zur Verfügung stellen. Hierfür können Bedingungen wie beispielsweise eine umweltschonende Lieferung oder eine kooperative Nutzung mit anderen Unternehmen zur Bedingung gemacht werden.
- Für die Nutzung der Hubs sollen **finanzielle Anreize** gesetzt werden. Dies kann über die City Maut erfolgen oder über steuerliche Vergünstigungen.
- Die Belieferung kann über **innovative Wege** erfolgen. Denkbar sind beispielsweise die Nutzung des ÖPNV oder des Schiffsverkehrs. Hierfür soll die Infrastruktur bei Bedarf bereitgestellt und die Umsetzung durch geförderte Forschungsprojekte wissenschaftlich begleitet werden.
- In Berlin soll ein **flächendeckendes Netz** von Abholstationen installiert werden. Hierfür sollen Anreize für eine kooperative Nutzung von Abholstationen gesetzt und diese in City Hubs integriert werden.
- **Leerfahrten** sollen durch Kooperation der Unternehmen untereinander **vermieden werden**. Hierzu soll der Senat eine entsprechende Plattform schaffen.
- An geeigneten Stellen sollen Parkplätze in **Lieferzonen** umgewandelt werden, so dass der fließende Verkehr nicht behindert wird.
- Die Belieferung soll vorrangig zu **Nebenverkehrszeiten** erfolgen. Hier kann die City Maut als Lenkungsinstrument eingesetzt werden. Außerdem sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine geräuscharme Nachtanlieferung geschaffen werden.

¹⁴⁴Vgl. Binnebösel, Ulrich: Handelsverband Deutschland (HDE) - Geräuscharme Nachtlogistik - Eine Lösung für den innerstädtischen Lieferverkehr, in: Handelsverband Deutschland (HDE), <https://einzelhandel.de/themeninhalte/standortundverkehr/539-themen/verkehrspolitik/12293-gerauscharme-nachtlogistik-eine-loesung-fuer-den-innerstaedischen-lieferverkehr> [01.05.2021].

- Für Unternehmen können **(E-)Lastenräder** (siehe [Förderung von Lastenrädern als Alternative zum Auto](#)) oder Elektrokleinstfahrzeuge als Ergänzung oder sogar als Ersatz großer Lieferfahrzeuge eingesetzt werden.



Best Practice: London (Vereinigtes Königreich)¹⁴⁵

Die Kombination aus Lieferfahrzeugen, Fußkurierdiensten und intelligenter Software kann die Anzahl der Transporter um zwei Drittel reduzieren.



NACHHALTIGE SCHIFFFAHRT IN DER STADT DER 1000 BRÜCKEN

Täglich erkunden in Berlin Tourist*innen und Einheimische die Wasserstraßen mit den geschätzt über 100 Fahrgastschiffen der verschiedenen Reedereien sowie einer Vielzahl privater Motorboote. In Ufernähe tragen die in Berlin beliebten Touristenschiffe merklich zur Belastung der Luftqualität durch Rußpartikel und Stickstoffdioxid bei.¹⁴⁶ Mit der derzeitigen Vergabepaxis der Stadt für bestehende Anlegestellen und der schleppenden Nachrüstung vorhandener dieselbetriebener Fahrgastschiffe ist eine nachhaltige und emissionsarme Nutzung der innerstädtischen Häfen nicht erreichbar.

Wir unterstützen deshalb insbesondere

- die Ausweisung des Humboldthafens ausschließlich zum Anlegen für **klimaneutral, emissionsarm betriebene Fahrgastschiffahrt**.
- die Bestimmung von zentrumsnahen **Nachtliegeplätzen mit Ladeinfrastruktur**, z. B. im Nordhafen.
- die Auflage für die Betreiber*innen von Steganlagen, **klimaneutral, emissionsarm** betriebenen Fahrgastschiffen das Anlegen zu ermöglichen.
- die diskriminierungsfreie Vergabe von Anlegestellen nach **ökologischen Kriterien**.
- die Förderung von **klimaneutralen, emissionsarmen Antrieben für private Boote** analog zur kommerziellen Binnenschiffahrt

¹⁴⁵Vgl. Bunte, Oliver: Nachhaltige Lieferung: Ford und Hermes setzen auf Transporter-Laufburschen-Kombi, in: heise online, 12.02.2021, <https://www.heise.de/news/Nachhaltige-Lieferung-Ford-und-Hermes-setzen-auf-Transporter-Laufburschen-Kombi-5053292.html> [01.05.2021].

¹⁴⁶Vgl. Ermittlung der schiffahrtsbedingten Luftschadstoffbelastung an innerstädtischen Berliner Wasserstraßen mit Hauptaugenmerk auf die Fahrgastschiffahrt: in: Ingenieurbüro Lohmeyer GmbH & Co. KG im Auftrag der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, 2019, https://www.berlin.de/senuvk/umwelt/luftqualitaet/de/luftreinhalteplan_projekte/download/gutachten_luftschadstoffbelastung_2019-09-13.pdf [01.05.2021].

FEHLT DIR ETWAS?

Danke, dass Du Dir die Zeit genommen hast, unser Wahlprogramm durchzulesen. Unser bundesweites Wahlprogramm mit vielen weiteren paneuropäischen, pragmatischen und progressiven Lösungen findest Du ab Anfang Juni auf voltdeutschland.org. In Zukunft wollen wir Positionspapiere zu weiteren Themen ausarbeiten und auf unserer Homepage veröffentlichen. Dir fehlt etwas? Ein Thema liegt Dir besonders am Herzen? Dann ist die Lösung ganz einfach: Mach bei uns mit.

www.voltberlin.org/

Volt

IMPRESSUM

Volt Deutschland
Choriner Straße 34
10435 Berlin

www.voltberlin.org